Informations-Dienst
zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten



ERSCHEINT WÖCHENTLICH — NR. 184 — 2. Juli 1977
Redaktionsschluß: Donnerstag, 16 Uhr

D 1870 CX

I N T E R N A T I O N A L E S

frankfurter informationsdienst e.V.
hamburger allee 45
6000 frankfurt 90
tel. 0611/70 43 52

postadresse:
postfach 90 03 43
6000 frankfurt 90

KONTAKTZENTREN

2000 hamburg
hälfte des himmels
schlüterstr.79
tel. 040/4104262

4630 bochum
politischer buchladen
im westenfeld
tel.0234/702336

5000 köln
der andere buchladen
zülpicherstr.197
0221/420214

7400 tübingen
aktion pol. buchladen
nauklerstr.20
tel.07071/ 23393

8000 münchen
basis buchladen
adalbertstr. 41b
tel.0811/2809522

schweiz:
eco libro
8004 zürich
engelstr. 62
tel.01/391267

druck: druckladen
hamburger allee 45
6000 frankfurt 90
tel. 0611/70 57 72

bilderdienst im id
postfach 90 03 43
6000 frankfurt 90

postscheckkonto
gerd kever
nr. 360811-608
6000 frankfurt 90

einzelverkaufspreis
1,50 dm incl 5,5% mwst

abonnement gegen vorauskasse von 1.50 dm je heft. mindestbetrag 18 dm für 12 hefte (vierteljahr) auf
postscheckkonto
52 52 28 – 602
postscheckamt frankfurt (blz 500 100 60)
bitte stichwörter angeben: „neuabo", „verlängerung" „adresswechsel", außerdem die genaue adresse. noch besser: die abonummer.

GEFANGENE DES KOMMANDOs HOLGER MEINS IM HUNGERSTREIK

STUTTGART
23. Juni

Presseerklärung des Internationalen Komitees zur Verteidigung politischer Gefangener in West-Europa (IVK):

„In den Justizvollzugsanstalten Essen und Köln sind die Gefangenen aus dem KOMMANDO HOLGER MEINS, Hanna Krabbe und Bernhard Rössner (Köln), Karl-Heinz Dellwo und Lutz Taufer (Essen), am 22.6.1977 erneut in den Hungerstreik getreten.

Mit ihrem Hungerstreik sollen sie ihre Zusammenlegung mit den in Stuttgart-Stammheim inhaftierten Gefangenen aus der RAF erreichen und gleichzeitig verhindern, daß die Erfüllung der Zusage des Baden-Württembergischen Justizministeriums verzögert oder hintertrieben wird, in Stammheim eine Gruppe von 15 politischen Gefangenen zusammenzufassen.

Das Internationale Exekutivkomitee von amnesty international in London hatte durch gleichlautende Telegramme vom 28.4.1977 an die Bundesregierung, den Bundesjustizminister und den Justizminister des Landes Baden-Württemberg gefordert, daß be i der Gestaltung der Haftbedingungen die UNO-Vorschriften über Folter und unmenschliche Behandlung sowie die Empfehlungen der medizinischen Gutachter zur Aufhebung der langjährigen Isolationshaft zu beachten seien."

BRANDANSCHLAG GALT DER SCHWARZFAHRERKARTEI?

BERLIN
28. Juni

In der Nacht zum 28. Juni wurde auf die Zentrale der Berliner Verkehrs-Betriebe (BVG) ein Brandanschlag verübt. Nach Schätzungen der BVG entstand ein Sachschaden von 200.000,-- DM. Polizei (Staatsschutzabteilung) und BVG vermuten, daß der Anschlag der Schwarzfahrerkartei galt. Nach Aussage der BVG wurde diese allerdings nicht beschädigt. Die Polizei wendet sich mal wieder an die Bevölkerung und bittet um Mithilfe bei der Aufklärung des Falles: Wer lief zur fraglichen Zeit mit Benzinkanistern durch Berlin?

In einer Erklärung der Revolutionären Zellen, die uns zuging, heißt es dagegen u.a.:

HURRA, DIE SCHWARZFAHRERKARTEI
IST ABGEBRANNT!

Das war kein Zufall, im 4.Stock der BVG haben wir, trotz scharfer Bewachung am 27.6. die Kartei in 3 Räumen zu Asche gemacht.
Das ist unsere Antwort auf die Fahrpreiserhöhung von 23% ab 1. August 1977.
Prima, jetzt brauchen alle erwischten Schwarzfahrer nicht mehr zu zahlen und keine Angst vor Gerichtsverfahren haben. (Auch die Angestellten der BVG werden nicht traurig sein, die Räume waren sowieso renovierungsbedürftig).

Wir lassen uns das nicht länger bieten, daß BVG,Bewag, Gasag, Miete, Lohnsteuer noch schneller erhöht werden, als alles andere. *Nee,nee,nee eher brennt die BVG."*

VORBEREITUNG ZUM RUSSEL-TRIBUNAL III

FRANKFURT
30.Juni

Im Zusammenhang mit den Vorbereitungen zum Russell-Tribunal III - über die Verletzung der Menschenrechte in der Bundesrepublik Deutschland - hat sich in jüngster Zeit viel und entscheidendes getan: die Russell Peace Foundation hat am 6. Juni 77 ein vorläufiges Sekretariat ernannt.

Darüber und über die personelle Zusammensetzung des vorläufigen Sekretariats hat es heftige Auseinandersetzungen gegeben, was bei der zweiten Arbeitskonferenz zum Russell-Tribunal am 25./26. Juni in Göttingen offensichtlich wurde. Uns liegen jetzt, kurz vor Redaktionsschluß vor:
Ein Rundbrief des vorläufigen Sekretariats (Nr. 2) mit einer Erklärung des Sekretariats zu seiner Funktion und zur Entstehung dieses Sekretariats.
eine Erklärung der Peace Foundation vom 22.6., in der dem Sekretariat das Vertrauen ausgesprochen wird
eine Resolution von Teilnehmern der 2. Arbeitskonferenz (veröffentlicht im Arbeiterkampf Nr. 107/27. Juni 77, Seite 6), in der u.A. dem vorläufigen Sekretariat das Mißtrauen ausgesprochen wird,
eine persönliche Stellungnahme des Sekretariatsmitgliedes Sebastian Cobler, die in Göttingen verlesen wurde,
eine Erklärung von Gruppen um das Internationale Verteidigerkomitee.

Wir schaffen es nicht, dieses Material für diesen ID fertig zu machen, zu tippen. Wir veröffentlichen es in der nächsten Nummer.

AKTIONSKOMITEE GEGEN REPRESSION GEGRÜNDET

BONN
Juni 1977

„Um gegen die zunehmende Verschärfung der Repression in der BRD Öffentlichkeit herzustellen und zu mobilisieren, hat sich in Bonn ein Aktionskomitee gegen Repression gegründet. Die Schwerpunkte unserer Arbeit sollen auf dem Bekanntmachen, Einschätzen sowie auf Aktionen gegen folgende Gebiete liegen:

— Justiz, Gesetze, Prozesse; — Knast, Haftbedingungen, Situation von politischen Gefangenen; — Bullenterror, Todesschuß, Bewaffnung; — Presse, Massenmedien.

Als konkretes Projekt soll in nächster Zeit ein Laden (Büro) entstehen, das als Informations- und Koordinationszentrum dienen und von dem aus Öffentlichkeitsarbeit in Form eines regelmäßig erscheinenden Infos, Veranstaltungen, Theater usw. laufen soll. Dazu brauchen wir noch Leute aus Bonn, die Interesse haben, an einem solchen Projekt mitzuarbeiten, und außerdem wäre es dufte, wenn Gruppen in anderen Städten die eine ähnliche Arbeit machen, uns Informationen, regelmäßige Publikationen zuschickten. Kontaktadresse:

Aktionsgemeinschaft gegen Repression in der BRD/Bonn (AKR), c/o Monika Schröder, Postfach 510901, 5300 Bonn-Beuel — Spenden auf Sonderkonto BLZ 37080040, Konto-Nr. 2282896/01

PUBLIKATIONEN ÜBER BERUFSVERBOTE

BERLIN
Juni 1977

Das Aktionskomitee gegen Berufsverbote weist auf seine neuen Publikationen hin. Es liegen vor

- die 5. Dokumentation des Aktionskomitees. Sie enthält u. a. Dokumente über die Arbeit der neu eingerichteten Senatskommission in West-Berlin und die nach dem Streiksemester an der Freien Universität eingeleiteten Ordnungsverfahren;
- die Zeitschrift „Gegenpolitische Unterdrückung" Nr. 1/77, die von inzwischen sechs Berliner Antirepressionsgruppen gemeinsam herausgegeben wird, die nächste Nummer soll im August erscheinen;

— eine Dokumentation zum Fall Udo Knapp, herausgegeben vom Komitee gegen Berufsverbote an der Fachhochschule für Sozialarbeit und Sozialpädagogik.

Eine der zahlreichen Kontaktadressen: **Aktionskomitee gegen Berufsverbote an der FU Berlin, c/o Demokratische Hochschule, Altensteinstraße 59, 1000 Berlin 33**

2. INTERNATIONALER MARSCH FÜR ENTMILITARISIERUNG

LANDAU
27. Juni

Vom 14. bis 21. Juli 1977 findet der 2. Internationale Gewaltlose Marsch für Entmilitarisierung statt. Der Marsch hat die Stationen: Haguenau — Oberhoffen — Haguenau (14.7.), Soultz/sous/Forets (15.7.), Wissembourg (16.7.), Bad Bergzabern (17.7.), Landau (18.7.), Neupotz (19.7.), Lauterbourg (20.7.).

Kontaktadresse: **Werner Burckhardt, Jahnstraße 7, 6740 Landau, Telefon 06341 / 5683**

„BAUM AB ? NEIN DANKE !"

MÜNSTER

Der Arbeitskreis Umwelt Münster hat im Zusammenhang mit dem Kampf um die Erhaltung des Waldes in der Haard bei Recklinghausen (ID 182) einen grinsenden Baum als Aufkleber herausgebracht. Der ist grün, schwarz und Anti-AKW-gelb, versteckt seine Faust gerade hinter den Blättern und ist 10,5 Kunststoffklebezentimeter groß. Mit dem können Leute, die im Moment mehr mit Bäumen zu tun haben, darauf hinweisen, daß sie sich auch für andere Sachen noch bedanken. Wer Baum sagt, sagt auch Atomkraft!

Zu beziehen für 60 Pfg. plus Porto bei:
AKU c/o Christoph Busch, Raesfeldstr. 72, 44 Münster



SOLDATENKOMITEES MIT BEVÖLKERUNG GEGEN MUNITIONSDEPOT

TÜBINGEN
18. Juni

Die Tübinger Soldatenkomitees haben am 18. Juni 1977 zur Verlagerung und Vergrößerung eines Munitionsdepots folgende Erklärung abgegeben:

„Die Tübinger Soldatenkomitees haben von der beabsichtigten Verlagerung des Munitionsdepots von Waldhäuser-Ost in die Südstadt (Tübingen) sowie seiner Vergrößerung erfahren. Wir verstehen die Besorgnis der Tübinger Bevölkerung, die sie angesichts der Verlagerung dieses Munitionsdepots äußert. Besonders deswegen, weil wir die verheerenden Sicherheitsbedingungen in den Kasernen kennen und weil es in diesem Zusammenhang bereits zahlreiche Unfälle gab und gibt. So ereignete sich kürzlich in der Gegend von Horb-Neckar folgendes: in der Nähe eines Dorfes feuerte am hellichten Tag ein Aufklärungspanzer (EBR - schnellfahrender Panzerwagen) eine Übungsgranate auf einen Jeep . . .

Wir schließen uns der Aktionen der deutschen Bevölkerung und ihren politischen Organisationen gegen die Errichtung des Munitionsdepots in der Südstadt an. Zur völligen Beseitigung jeglichen Anlasses zur Besorgnis der deutschen Bevölkerung schlagen die Soldatenkomitees vor: Abzug der französischen Armee aus der Bundesrepublik!
Tübinger Soldatenkomitees 24. GC, 5. RD, 613. CI, 405. BCS

WILL DAS LAND NIEDERSACHSEN WESER—WÄRMELASTPLAN IGNORIEREN?

ESENSHAMM
22. Juni

Unterläuft die Niedersächsische Landesregierung mit einem geschickten Schachzug auf dem Verwaltungswege eine Entscheidung des Oldenburger Verwaltungsgerichts, das im September vergangenen Jahres der Klage des Fischers Gustav Schäfe aus der Wesermarsch gegen die Inbetriebnahme des Kernkraftwerks Esenshamm an der Unterweser stattgab? Urteilstenor seinerzeit: Nur mit der Errichtung von Kühltürmen sowie der Berücksichtigung des 'Wärmelastplanes Weser' dürften die Nordwestdeutschen Kraftwerke AG den Atommeiler in Esensham in Betrieb nehmen.

Diese vom Verwaltungsgericht Oldenburg gemachten Auflagen waren zwar schon 1971 auf Drängen des Landes Bremen in die 1. atomrechtliche Teilgenehmigung aufgenommen worden, doch die NWK als Betreiber des Kraftwerkes weigerte sich bislang aus 'wirtschaftlichen Gründen', Kühltürme zu bauen. Ihr Argument: In der Teilgenehmigung war von Türmen 'oder einem gleich wirksamen System' die Rede gewesen.

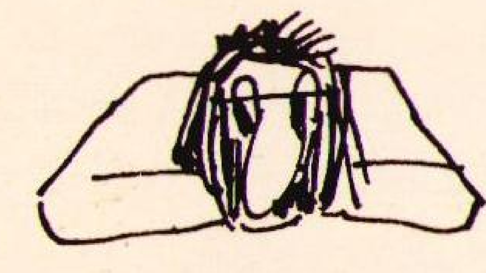
Durch den Spruch des Verwaltungsgerichts Oldenburg, das seinerzeit die zweite von insgesamt drei wasserrechtlichen Teilgenehmigungen aufhob, konnte der NWK die damit verbundene 7. atomrechtliche Teilgenehmigung für einen Probelauf des Atomreaktors nicht erteilt werden. Seither steht das fertige Kraftwerk an der Unterweser und verursacht der NWK tägliche Verluste und Ausfallzinsen in Höhe von 600 000 Mark.

Mit ihrem Verwaltungsakt will die Niedersächsische Landesregierung die 1. atomrechtliche Teilgenehmigung dahingehend ändern, daß alle 'kritischen Stellen' gestrichen werden. Dann könnte der Atommeiler, der auch wegen seiner mangelnden Sicherheitsvorschriften umstritten ist, doch noch in Betrieb genommen werden. Der Grund für die Eile des Landes Niedersachsen liegt auf der Hand: In Hannover befürchtet man eine 'saftige' Entschädigungsklage der NWK für den Fall, daß das Kraftwerk noch länger still gelegt bleibt.

Nach Informationen der Bürgeraktion Küsten (BAK), einem Zusammenschluß von 80 norddeutschen Umweltschutz-Bürgerinitiativen, liegt ein derartiger Änderungsentwurf bereits beim Niedersächsischen Sozialministerium, hat die Bürgeraktion Küste unterdessen erfahren, daß das Land Niedersachsen den seinerzeit von den vier Anrainerländern Hessen, Nordrhein-Westfalen, Bremen und Niedersachsen beschlossenen Wärmelastplan Weser für das Unterwesergebiet einseitig aufkündigen und außer Kraft setzen will.

Wie die Bürgeraktion ergänzend mitteilte, wurde während eines nichtöffentlichen Anhörungsverfahrens vor dem Verwaltungsgericht in Oldenburg von den Gutachtern der NWK sowie der Landesregierung eingeräumt, daß die 80 Zentimeter dicke Kuppel des Kernkraftwerkes Esenshamm lediglich dann einem Starfighter-Absturz standhielte, wenn das Flugzeug nicht schneller als 0,3 Mach (rund 300 Stundenkilometer) fliegt. Stürzt dagegen ein zweieinhalb mal so schwerer Jagdbomber vom Typ 'Phantom' auf die Kuppel des Reaktors, dann würde die Kuppel zwangsläufig bersten. Die Kuppel des Reaktors Biblis beispielsweise hat eine Dicke von zwei Metern.

Darüberhinaus befindet sich 350 Meter von dem Kernkraftwerk entfernt ein Sieldurchlaß, der das größte norddeutsche Bewässerungssystem im Butjadinger Land versorgt. Da durch die Änderung der 1. atomrechtlichen Teilgenehmigung auch ein weiterer Passus gestrichen werden soll, der das Ablassen radioaktiver Stoffe auf überschwemmtes landwirtschaftliches Gebiet untersagt, befürchtet die Bürgeraktion Küste letzlich, daß die gesamte Wesermarsch, auf der rund 80 000 Stück Vieh weiden, radioaktiv verseucht werden könnte.
(aus tefo-nord)



JUGENDLICHE IN DER ILLEGALITÄT

STUTTGART Juni 77 *Die Soziale-Selbsthilfe-Stuttgart (SSS) schickte uns einen Brief und ein Flugblatt, daß in Stuttgart verteilt wurde. Die SSS besteht aus ehemaligen Heimzöglingen und Häftlingen, Trebegängern und Leuten aus der Psychiatrie. Sie will in eigener Regie Jugendlichen helfen, aus der Heimsituation rauszukommen. Das Jugendamt Stuttgart sabotiert die SSS und versucht, sie zu kriminalisieren. In dem Flugblatt heißt es u.a.:*

„Wir schreiben diesen Brief, weil man uns dazu zwingt! Wir schreiben diesen Brief, weil wir es satt haben, daß wir ewig belogen werden! Wir waren alle im Heim, und beim SSS haben wir endlich ein Zuhause gefunden! Aber leider erleben wir allzu oft, daß es Jugendliche gibt, die gezwungen werden, illegal zu leben. Sie sind aus dem Heim entflohen, weil sie es nicht mehr aushielten. Wer im Heim ist oder war, wird immer ein „Außenseiter" sein müssen; damit haben wir uns abgefunden, aber wir finden uns nicht damit ab, daß man mit uns macht, was man will, denn wir können nichts dazu, daß wir keine Eltern haben, und wir können auch nichts dazu, wenn unsere Eltern uns im Stich lassen.

Man schiebt uns ab ins Heim! Wer weiß, was es heißt, im Heim sein zu müssen? Tausende sagen: „Aber im Heim habt ihr es ja gut." Wir können und wollen dieses verlogene Gerede, diese dauernden Entschuldigungen nicht mehr hören ..., weil es weh tut. Nun fragen wir: Warum müssen denn soviele dort abhauen? Warum wird seelenruhig dabei zugesehen, wie diese Leute auf der Straße verrecken? Und wir wissen, daß man auch in der BRD auf offener Straße verrecken kann, das ist keine Phrase, sondern das sind nackte Tatsachen, die für sich sprechen!

Gerade die Jugendämter Stuttgarts machen sich mitschuldig an den Selbstmorden der Jugendlichen. Selbstmorde gibt es in vielen Arten: Mord durch Einnahmen von Drogen oder Medikamenten, Alkohol. Mord der Menschlichkeit wird tagtäglich begangen. Wieso gibt es hierfür kein Gesetz, das bestraft? Weil die Leute aus dem Heim sowieso „kaputt" sind. Es erinnert brutal an die Zeit der Euthanasie, in der „kaputte Menschen„ getötet wurden!!!

Zu uns, der SSS, kam ein 16jähriges Mädchen, sie war aus einem brutalen „Nonnenknast" abgehauen, sie hielt die Unmenschlichkeit dieser Nonnen nicht mehr aus. In diesem Heim war es üblich, daß Mädchen keinen Kaugummi haben durften, sie durften sich nicht einmal untereinander Geschenke machen, Musik hören ja, aber was für welche. Bei Mißachten der „Gesetze" mußten die Mädchen eine Geldstrafe in/bis Höhe 10.- DM bezahlen. Wohin kam dieses Geld? Resignation und Haß entwickelten sich, Pulsadern öffnen, Selbstzerstörung wurden zur Tagesordnung, was wiederum mit Geldstrafen, Isolation usw. bestraft wurde.

B. ging freiwillig ins Heim, weil ihr Vater ständig besoffen war, sie glaubte den Worten des Jugendamtes, daß sie dort ihre angefangene Lehre beenden könne, doch Träume sind Schäume, das Versprechen wurde natürlich nicht eingehalten. B. kam zu uns, wir nahmen sie auf, trotzdem wir wußten, daß sie abgehauen war. Wir sahen uns auch nicht verpflichtet, gleich eine „Meldung" zu machen, denn B. sollte erst mal genau überlegen, was passiert war, was sie selbst will und wie wir ihr eventuell weiterhelfen könnten. Man sagt, wir hätten rechtswidrig gehandelt. Aber was ist wohl rechtswidriger: einen Menschen aufzunehmen der abgehauen ist, oder zusehen zu müssen, wie er ins nächste „Nonnengefängnis" verschwindet und dort durch die Isolation den sicheren Weg in den Tod geht? Denn es gibt viele Arten von Töten, aber nur wenige erkennt man als solche, deshalb werden sie niemals bestraft. Sie sind legal. Wir machen da nicht mehr mit!!!

B. wollte bei uns bleiben, und nach einigen Schwierigkeiten war es dann auch soweit. Wir gingen aufs Jugendamt Stuttgart, zu Herrn Schäfer, der den Buchstaben „K" unter sich hat. Seine Art, wie er uns empfangen hat, war eine Sauerei. Er sagte, ihm sei es egal, ob jemand abhaut und auf der Straße sei, er wäre für jeden Pfennig froh, der nicht bezahlt werden müsse. (B. ist ja auch selbst schuld, daß sie im Heim war, sie ist ja auch schuld, daß ihr Vater gesoffen hat.) Die Verhandlungen mit Herrn Schäfer waren unter aller Sau. Wir müssen das so krass ausdrücken, weil es so krass war und immer so sein wird. Es sind nun schon fast drei Wochen vergangen, seit wir auf dem Amt waren, man versprach uns, das gleich weiterzuleiten, nach dem Heimatjugendamt von B. Bis heute ist nichts unternommen worden. B. hat bis heute noch keinen Personalausweis, obwohl gerade z.Zt. die Personenkontrollen fast überhand nehmen. Also konnte B. nicht aus dem Heim, — was sie zwar trotzdem tut — aber ständig in Angst leben muß. Als wir nun die Nase voll hatten von der Schlammperei, meinte Herr Schäfer nur, „das kommt davon, wenn man abhaut". Auf dem Jugendamt Stuttgart steht der Spruch: „Einer trage des anderen Last", das ist der größte Hohn, die brutalste Verlogenheit.

Wir werden uns gegen diese dauernden Sauereien wehren, weil wir Menschen sind, die ein Recht haben zu leben, menschenwürdig, auch wenn wir im Heim gewesen sind. Vom Jugendamt Stuttgart wurde uns Hilfe zugesagt, wie diese Hilfe aussieht, haben wir erfahren. Sobald es da ein Gesetzchen gibt, da stecken die alle den Schwanz ein, da kriegen die Angst. Aber was aus den Jugendlichen wird, ist denen egal, Hauptsache sie haben ihr Geld und können bestimmen — über uns. Sie geben offen zu, daß die Gesetze ja schon 50 Jahre überholt seien, aber das kümmert sie ja nicht weiter, sie fallen ja nicht unter dieses Gesetz.
Wir haben die Nase voll von Gesetzen, die nur Beamte/Erzieher schützen!

Wir werden niemals zulassen, daß ein „Fürsorgezögling" ins Heim zurück muß, denn wir alle wissen, was hinter diesen Mauern passiert!
Wer es noch weiß und nichts dagegen tut, macht sich mitschuldig! Wir sprechen das Jugendamt für schuldig und können nicht mehr deren Gelabere akzeptieren.

Der Brief endet:
„Wir, der SSS rufen alle zur Solidarität mit uns und den Betroffenen auf. Bitte schreibt uns, wenn Ihr ebenfalls der Meinung seid, dam man da endlich was tun sollte. Vielen Dank im Voraus.

Soziale-Selbsthilfe-Stuttgart e.V. (SSS), Mönchhaldenstr. 7, 7000 Stuttgart 1, Tel. 0711/296055."

BUBACK UND DAS POLITISCHE MANDAT

AACHEN 21. Juni *Die Buback-Affäre hat mittlerweile auch Aachen erreicht. Der AStA der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule (RWTN) in Aachen hatte in der Studentenzeitung das Gedicht von Erich Fried abgedruckt, was zu vereiteln den rechten Studentengruppen nicht gelungen war. Die Basisgruppenfraktion der TH Aachen schickte uns dazu folgenden Bericht:*

„Einige Wochen später, knapp 14 Tage vor den Studentenparlaments-Wahlen, startete der erzreaktionäre Aachener Professorenverband, der sich von der Professoren-Standesorganisation abgespalten hat, weil sie ihm zu fortschrittlich war, einen neuen Versuch im Senat. In einer Resolution, die „der Hochschulöffentlichkeit, der Presse und dem Wissenschaftsministerium" bekanntgegeben werden soll, wird uns unterschoben, wir hätten mit dem Gedicht „den ermordeten Generalbundesanwalt verhöhnt und Gewalt bejaht". Dadurch sei dem Ansehen der Hochschule unübersehbarer Schaden zugefügt worden. Sie zeigten sich bestürzt über den Mißbrauch der Zwangsmitgliedschaft und der Zwangsbeiträge. Spätestens da wird klar, daß es nicht nur um das Gedicht geht, sondern ein Angriff auf die Verfaßte Studentenschaft und das politische Mandat beabsichtigt ist. Die reaktionären Profs werden dabei unterstützt von rechten Studenten, die während der Senatssitzung sogar die Forderung nach strafrechtlicher Verfolgung der presserechtlich Verantwortlichen stellten.

Da neben der Behandlung dieses Tagesorddungspunktes auch eine Entscheidung über die Selbstverwaltung des internationalen Kommunikationszentrums bei der betreffenden Senatssitzung anstand, waren eine Menge Leute gekommen, um sich die Diskussion anzuhören. Kurz vor Beginn der Sitzung verfügte der Rektor die Verlegung an einen „sicheren" Ort. Das schien notwendig geworden zu sein, da die letzten Sitzungen jeweils auf Betreiben der Profs geplatzt waren, da diese sich durch das Verhalten der Öffentlichkeit (Entrollen von Plakaten) gestört fühlten. Diesmal hatte der Rektor, mit Rückendeckung des Wissenschaftsministeriums, Polizei geholt und den Versammlungsraum hermetisch abriegeln lassen. Die Senatoren mußten sich durch die Menge wühlen und bekamen die letzten Meter von der Polizei freigedrängelt. Die gesamte Sitzung wurde für nichtöffentlich erklärt, was seit Jahren nicht mehr passiert war.

Damit hat es innerhalb einer Woche zwei Polizeieinsätze zur Absicherung von Gremienarbeit gegeben, denn bereits einen Tag zuvor war die Sitzung der philosophischen Fakultät unter Polizeischutz gestellt worden.

Da außerdem in dieser Woche die Wahl eines neuen Rektors anliegt, wahrscheinlich wird das ein ziemlich reaktionärer Typ werden, wird der Polizeieinsatz an der Uni, bisher von der Hochschulleitung immer abgelehnt, möglicherweise bald zum Alltag auch der Aachener TH gehören."

NACH DEM ENDE DES ZEITUNGSSTREIKS: RÜCKBLICK MIT STOLZ

GESPRÄCH MIT EINEM STREIKTEILNEHMER

BREMEN 24. Juni *Der Bremer Zeitungsstreik (3. Juni – 22. Juni 77), in diesem Gewerbe der bisher längste Arbeitskampf in der Geschichte der BRD (ID 183), war für die rund 1000 Kollegen der WESER-KURIER GmbH (ihr gehören die beiden Zeitungen WESER-KURIER (WK) und BREMER NACHRICHTEN (BN)), nicht der erste Streik. Sie haben in den letzten sechs Jahren sechsmal die Druckmaschinen still und die Griffel aus der Hand gelegt.*
Darüber hat einer vom ID mit einem Redakteur nach dem Ende des Streiks gesprochen.

ID: Die Leser der beiden Zeitungen haben mit Spannung erwartet, wie in der ersten Ausgabe nach dem Streik (Freitag, 24. Juni) auf den Arbeitskampf Bezug genommen wird. Es gab sogar Vermutungen, daß die erwartete Erklärung der Konzernspitze (Verleger Meyer) bei den Druckern und Journalisten auf Ablehnung stoßen und zu neuen Aktionen führen würde. Dergleichen ist nicht geschehen, obwohl die „Hausmitteilung" jeweils auf der Titelseite nicht gerade die Position der Streikenden widerspiegelt. Wie ist das gekommen?

An unsere Abonnenten und Leser!

Wir freuen uns darüber, daß wir Ihnen heute erstmals nach so vielen Tagen verständlichen Unmuts Ihre Zeitung wieder vorlegen können. Die Arbeitsniederlegung zwei Drittels unserer Belegschaft ist nun beendet. Der Friede ist unter Wahrung unserer Rechte wiederhergestellt. Alle Mitarbeiter befleißigen sich, eine gute Zeitung zu machen und sich damit Ihre Zufriedenheit und Gunst wieder zu erringen.

WESER-KURIER GMBH

Streiker: Es ist von uns versäumt worden, vorher über einen Text abzustimmen. Nachdem die Abstimmung über das letzte sogenannte Angebot vom Verleger Meyer — das jetzt auch Inhalt des Kompromisses ist — mit 175:135 FÜR die Annahme gelaufen ist, war der Druck raus, um von unserer, von der Streikseite aus noch über diese Hausmitteilung zu verhandeln. Daraufhin hat der Betriebsratsvorsitzende nur noch an den Verlag appelieren können.

Dann haben die — die Verlagsleitung — das formuliert und heraus kam dieser vorliegende Text. Und es war natürlich klar, daß die Kollegen über solche Scheiße sauer waren. Und es ist dann so weit gekommen, daß sie im WK ein Wort vom Text der Verlagsleitung verändert haben. Sie haben aus der Formulierung „Arbeitsniederlegung EINES Drittels unserer Belegschaft" die der Wahrheit entsprechende Formulierung „ZWEI Drittels" gemacht. Aber nur im WK, in den BN nicht. Daraufhin hat der Verleger eine Presseerklärung rausgegeben, wonach „Unbekannte" - „Täter" hat er nicht gesagt — nach der Seitenrevision (letzte Kontrolle vorm Druck) diese Manipulation vorgenommen hätten.
Dabei war das eher eine Richtigstellung.

ID: Wie verliefen eigentlich die Streiks in den vergangenen Jahren im Vergleich zu diesem jetzt?
Streiker: Mit diesen Praktiken, daß der Verleger willkürlich die übertariflichen Zulagen mitberechnet — zu deutsch: daß wir weniger Geld bekommen sollen — haben wir schon 1974 Erfahrungen gemacht. Damals standen die Maschinen sofort still, und am Abend war unser Widerstand erfolgreich.

1975 hatten wir einige Kürzungen geschluckt. Wir waren da in einer Schwächeperiode, die darauf zurückzuführen ist, daß Meyer, Besitzer des WK, vorher die BN geschluckt hatte. Die beiden Belegschaften wußten damals nicht viel voneinander und zögerten deshalb mit Aktionen.

Diese Schwäche ist eigentlich aufgehoben worden durch den einwöchigen Druckerstreik der IG Druck im letzten Jahr (1976). Die Kollegen haben sich kennengelernt, und als — nach dem Ende des Druckerstreiks — der Meyer versuchte, die Zulagen der Arbeiter bei den BN anzuknabbern, hat die Bude gestanden. Heute gibt es nur noch eine Belegschaft, die der WESER-KURIER GmbH. Im vergangenen Jahr haben wir jedenfalls einen Erfolg gehabt, weil nach den Verhandlungen für uns unterm Strich mehr Zulagen rausgekommen sind als wir vorher bekamen.

Und dieses Jahr hat er versucht, die Angestellten und Redakteure anzuknabbern, wobei die Summe davon nicht hoch ist — monatlich insgesamt etwa 3000 DM Gesamtsumme! Lächerlich gegenüber den Umsatzsummen.
ID: Wie hat der Streik eigentlich angefangen, und wie hat Meyer darauf reagiert?
Streiker: Auf einer Betriebsversammlung wurden die Rücknahme der Kürzungen, die Festschreibung wie in der Technik nach dem Streik im vergangenen Jahr und 30 Mark mehr gefordert. Wir haben dann in der Kantine auf die Rückkehr unserer Verhandlungsdelegation von Meyer gewartet. Und eine halbe Stunde später hat er die Aussperrung verkündet. Da gabs natürlich für uns kein Zuürck. Ist ja klar. Nach insgesamt sechs Auseinandersetzungen mit Meyer seit 1972, wobei die ersten vier allerdings immer nur einen Tag dauerten. Uns hat das diesmal nicht mehr erschreckt, weil wir Meyer langsam kennen und Erfahrungen mit unserer Stärke gemacht haben.

Wir haben also sofort angefangen, den Streik zu organisieren. Meyer hat zwar nach drei Tagen die Aussperrung zurückgenommen, aber da war schon klar, daß die Belegschaft nicht einfach zur Arbeit zurückgeht. Und die Technik, die nicht betroffen war, hat voll auf unserer Seite gestanden. Bei den Angestellten war es anders, die sind weniger bewußt, weniger organisiert. Da gibts Schwächen.

DIE ‚INSEL DER VERLORENEN'

Meyer hat die Aussperrung allerdings nur gegen die Streikenden ausgesprochen. Das sah dann morgens so aus, daß sich vor den beiden Zeitungshäusern, die sich gegenüber in der Martinistraße liegen, die Arbeitswilligen auf einer Verkehrsinsel auf der Straße sammelten — der ‚Insel der Verlorenen', wie wir sagten. Wir standen vor den Toren. Dann wurde — zunächst ohne Polizei — versucht, die reinzuholen. Das waren immer so 60 Leute, vor allem natürlich leitende Angestellte, die du vergessen kannst. Maximal warens wohl 100 — von insgesamt etwa 1000 Leuten Gesamtbelegschaft. Nur ist das mit der Gesamtzahl ein Problem: da gehören Putzfrauen dazu mit anderer Arbeitszeit; Einlegerinnen, die dann arbeiten, wenns ihnen gesagt wird; Boten, die als ehemalige Selbstständige oder Polizisten kein Verständnis für unseren Streik hatten.
Tatsache ist jedenfalls, daß die Technik — bis auf drei/vier Typen — geschlossen draußen war, daß die Redaktion weitgehend draußen war und etwa die Hälfte der Angestellten.

Ich stand an der ‚Insel der Verlorenen'. Die Polizei, die wohl auf Anweisung der sozialdemokratischen Führung der Stadt sehr zurückhaltend war, wollte vier Beamte stellen; wir sagten dann: ‚Nein, lieber acht!' Schließlich haben da sechs Polizisten eine Gasse gebildet, durch die die Streikbrecher durchgehen mußten. Wir standen dahinter und haben gezählt, und „Null" gerufen, wenn einer, den wir besonders gern hatten, reinging. Das ist praktisch jeden Tag so gelaufen. Das war für viele der Kollegen, die reingingen, ein Problem. Und es kam dann so, daß einige von ihnen nach dem Streikbeginn (Montag, 10 Juni) auf unsere Seite rübergekommen sind. Umgekehrt ist mir kein Fall bekannt. Niemand ist von uns abgesprungen.
ID: Wie habt ihr den Streik dann organisiert?
Streiker: Wir haben Streikposten aufgestellt und Öffentlichkeitsarbeit gemacht. Das waren die wichtigsten Aufgaben. Da wurde gesagt: die und die Kollegen aus der Redaktion machen Öffentlichkeitsarbeit. Und die Kollegen aus der Technik haben die Streikposten organisiert und gestellt, Kollegen, die im vorigen Jahr bei den beiden Streiks bestimmte Funktionen hatten, die jetzt wieder wahrgenommen haben. Mit diesen Erfahrungen wußte man also, was zu tun war.
Wir haben dann im Verlauf des Streiks eine Streikleitung gewählt. Die wurde aber nicht auf der täglichen Streikversammlung im Gewerkschaftshaus gewählt, sondern im Vertrauensleutekörper. Wobei da das Gremienprinzip schon etwas durchbrochen wurde, weil Kollegen sich engagiert hatten, obwohl sie nicht Vertrauensleute waren. Es ist auch nicht so wichtig, das alles immer so gremienhaft zu machen — das entwickelt sich so viel besser.
ID: Wie hat die Bremer Bevölkerung auf euren Streik reagiert?
Streiker: Unsere ersten Flugblätter stießen zunächst auf die Ablehnungen, wie sie die Flugblattverteiler der K-Gruppen erfahren. Die Leute waren noch zu wenig über den Streik informiert. Wir haben deshalb unsere Flugblätter sehr deutlich als „Belegschafts-Information" gekennzeichnet und jedes fortlaufend numeriert. Wobei das Numerieren noch einen speziellen Sinn hatte: der Meyer sollte sehen, daß wir uns durchaus auf Nummer 50 eingestellt haben (gekommen sind wir bis Nr. 8).

Es ist dann soweit gekommen, daß die Leute uns die Flugblätter aus der Hand gerissen haben. Gerade die, die morgens zur Arbeit durch die Martinistraße mit dem Auto fahren. Die haben angehalten und den Arm rausgestreckt. Und wenn da nichts kam, weil wir wirklich nicht jeden Tag in der Lage waren, so ein Ding zu produzieren, dann waren sie sauer. Man kann also klar sagen: die Bevölkerung ist auf unsere Seite.

ID: Wir war die Reaktion in den Betrieben und in der Universität, wo ja auch ein Streik lief?

Streiker: In der Uni fand während des Streiks mal eine Vollversammlung statt, auf der auch ein Vertreter von uns gesprochen hat. Der ist umjubelt worden. Die Studenten haben sich unheimlich gefreut, daß da einer vom Zeitungsstreik gekommen war. Die Uni hat auch gespendet, dort wurde in den verschiedensten Fachbereichen gesammelt.

Natürlich auch in allen Einzelgewerkschaften in Bremen, aus den Betrieben sind reichlich Spenden gekommen. Die ÖTV-Ärzte, also die Mehrheit der Krankenhaus-Ärzte, wollten uns kostenlos behandeln, wenn der Meyer seine Drohung mit der Abmeldung bei der Krankenkasse wahrmachen würde.

Die Neue Heimat (Gewerkschaftsunternehmen) hat erklärt, daß sie die Mieten stundet. Die SPD, die hier in Bremen regiert mit Koschnik an der Spitze — der war zweimal beim Meyer gewesen und ist von ihm rausgeworfen worden — hat sich taktisch verhalten. Sie hat uns nicht diffamiert, sie hat aber auch keine offene Unterstützung gegeben, denn die denken: was passiert, wenn wir uns als die Stärkeren erweisen. . . ?

Überhaupt die Spenden: rechne mal 500 Leute, die durchschnittlich 1500 Mark netto bekommen — das sind so 375.000 Mark. Demgegenüber sind an Spenden rund 60.000 Mark reingekommen. Die Spendensumme konnte also den Lohnausfall bei weitem nicht decken. Aber dennoch: soviel Spenden hätten wir uns nicht zu träumen gewagt. Nicht nur als Ausdruck von Solidarität. Eine solche Summe — ich weiß nicht, ob schon mal irgendwo soviel reingekommen ist — zeigt den Kollegen natürlich auch, daß sie auf dem richtigen Weg sind. Und daß diese Auseinandersetzung auch als exemplarisch begriffen wird.

Sie ist exemplarisch, weil es darum geht und ging, diese unternehmerische Spielwiese abzuschaffen. Denn die Gewerkschaften können dies nicht erfüllen. Denk an den Druckerstreik im vergangenen Jahr, wo eine Woche lang für 0,1 Prozent gestreikt wurde, und wo danach die Unternehmer beim Übertarif wieder ihre Willkür einsetzten. Insofern ist klar, daß die Belegschaften selbst versuchen, diese Willkür einzuschränken. Deshalb war auch die Bevölkerung und Kollegen in den anderen Betrieben sehr interessiert. Wir haben oft gehört: „Haltet ihr ja durch, bei uns ist das genau die gleiche Scheiße."

ID: Was ist der Meyer eigentlich für eine Figur? Mich erinnert er mit seinen Methoden an den Seibel in Erwitte, wo die Arbeiter die Zementfabrik monatelang besetzt gehalten hatten.

Streiker: Die Volksmeinung ist: der Meyer ist stur, der ist blöd, der ist ein ungeschickter Kapitalist.Ein guter Manager würde sone Konflikte vermeiden. Der schädigt die Leser und die Wirtschaft mit Unsummen, nur um seinen Standpunkt durchzudrücken. Was stimmt. Was nicht stimmt: daß der Meyer ein hirnverbannter Frühkapitalist ist. Er ist zwar sehr kleinkariert, in der ganzen Führung im Betrieb sehr willkürlich, und hat insofern sehr zur Erziehung der Belegschaft beigetragen, das ist gar keine Frage. Aber er ist natürlich nicht so dumm, daß er nicht sehen würde, daß er mit einer aufmüpfigen und harten Belegschaft nicht rationalisieren kann.

„WIR WOLLEN KEINEN SETZER MEHR SEHEN"

Was den Vergleich zum Seibel in Erwitte angeht: der ist einfach ganz brutal gegen die Belegschaft vorgegangen, die er nicht mehr brauchte. Ganz klar profitorientiert: ‚Den Laden brauch ich nicht mehr. Also weg damit.' Wenn allerdings die Arbeiter sich dagegen wehren, dann distanzieren sich eben die Mitkapitalisten von ihrem Kollegen Seibel. Dann wird der eben als schwarzes Schaf und als Frühkapitalist bezeichnet. Die Behauptung, das seien Ausnahmefälle, ist also echte Irreführung. Das ist eine taktische Frage der Darstellung in der Öffentlichkeit.

Hier in der WESER-KURIER GmbH ist bekannt, daß Rationalisierungen geplant sind. Die Verlagsleitung beschäftigt sich eigehend mit neuen Technologien — wie bei einigen Zeitungen bereits die Redakteure am Bildschirm sitzen. Und dann — so Herr Jakobsen von der Verlagsleitung — „wollen wir keinen Maschinensetzer mehr sehen". Das heißt also: dann wollen wir diesen harten Kern nicht mehr im Betrieb haben. Das ist den Kollegen bei den Auseinandersetzungen auch bewußt. Das unterstützt auch die Bereitschaft, solche Angriffe auf eine Gruppe der Belegschaft — diesmal gegen die Angestellten und Redakteure, im vergangenen Jahr gegen die Setzer — geschlossen abzuwehren.

ID: Seit ihr mal geschlossen in der Stadt aufgetreten, habt ihr Demonstrationen gemacht?

Streiker: Wir haben zwei Demonstrationen gemacht. Die erste war überwiegend nur Belegschaft. Das war am Samstag in der ersten Streikwoche. Wir hatten dafür nicht mobilisiert, sondern nur die Belegschaft wollte in die Stadt gehen. Dafür sind 1000 Leute viel. Die zweite Demonstration war am Dienstag in der letzten Streikwoche. Da warens etwa 3000. Da kamen z.B. auch Kollegen von KLÖCKNER (Stahlschmiede), die gerade eine Betriebsversammlung hatten. Wir haben versucht, mit den K-Gruppen Absprachen zu treffen, dennoch hat's kleinere Konflikte gegeben. Die Polizei hat den Verkehr geregelt. Die Kollegen sind mit Parolen noch etwas zurückhaltend, sie riefen: „Meyer, wir kommen! Versteck dich nicht, wir finden dich." Vorher eingelernt war da nichts, und das ist gut so.

ID: Habt ihr über die unmittelbaren Streikaktionen hinaus noch Veranstaltungen gemacht?

Streiker: Am ersten Wochenende hatten wir eine kulturelle Veranstaltung mit dem Werkkreis, Arbeiterliedern und Beiträgen. Da wurde auch getanzt, war aber bald Schulß. Das zweite Mal war weniger Programm, da wurden schon die ersten Filmaufnahmen vorgeführt. Der ganze Arbeitskampf ist ja abgelichtet worden von einem Kollegen, der filmt. Interessant war das Fest am letzten Abend — der Arbeitskampf war zuende — sozusagen eine Abschlußfeier: da kamen unwahrscheinlich viele Frauen mit den Kollegen mit und niemand wollte nach Hause gehen. Also ganz anders, als noch beim ersten Fest.

Mittags hatte uns der Meyer noch ein Ultimatum auf 11.30 Uhr gestellt. Das haben wir verstreichen lassen, haben erst um 12 Uhr über den Kompromiß abgestimmt. Und als er angenommen war, haben wir gesagt: „Aber arbeiten — das kommt heute nicht mehr infrage. Heut abend feiern wir erst nochmal."

Es hat auch Kollegen gegeben, die gesagt haben: „Ja, so mancher Mann, der mag seine Frau gar nicht hierher mitbringen, weil sie ihm dann zuhause zu aufgeweckt wird." Insgesamt vermute ich, daß eine Schwächung durch die Ehefrauen bzw. — bei den Angestellten, das sind überwiegend Frauen — durch die Ehemänner nicht zustande gekommen ist.

ID: Habt ihr euch immer stark gefühlt, oder gab's auch Schwächeperioden?

Streiker: Ja, als in der zweiten Streikhälfte einmal wieder ein sogenanntes ‚letztes Angebot' von Meyer auf den Tisch kam, wurden einige Maschinensetzer nervös. Wir haben dann abgestimmt. Das Ergebnis war äußerst knapp. 130 waren FÜR weiterstreiken, 122 DAGEGEN. (Der Betriebsratsvorsitzende und der Landesbezirksvorsitzende der Gewerkschaft hatten sich GEGEN das Weiterstreiken ausgesprochen. Diese Anmerkung ist vom ID, nicht von dem Redakteur.) Aber: die 122 haben die knappe Mehrheitsentscheidung verbindlich anerkannt. Keiner von ihnen ist reingegangen. Dahinter steckte auch das Bedürfnis, die

Solidarität, die einmal aufgebaut war, nicht dadurch zu zerstören, daß man Extratouren reitet. Ich wüßte nicht, daß sowas schon mal in der Geschichte passiert ist. Daß bei einer so knappen Mehrheit die unterlegene Hälfte sich dran hält und nicht reingeht.

MEYER VERSTECKT SICH

ID: Wie haben sich die Medien in Bremen dem Streik gegenüber verhalten?

Streiker: Radio Bremen hat immer das genommen und gesendet, was kam. Die haben in der „Rundschau" – das ist eine lokale Sendung – ziemlich regelmäßig ein Interview gebracht mit unserem Betriebsratsvorsitzenden. Das ging deshalb auch günstig für uns, weil die Verlagsleitung grundsätzlich nicht bereit war, sich zu äußern. Die Verlagsleitung ist auch nicht in der Lage, ihren Standpunkt zu formulieren. Das ist so abstoßend – du kannst es an der Hausmitteilung erkennen –, daß jeder entsprechend reagiert. Das hat uns viel genützt. Auch die Art vom Meyer: Donnerstag (23.6.) früh, bei der Arbeitsaufnahme vorm Verlagshaus, ist der Meyer mit seinem dicken Mercedes 450 SLC weggefahren. Da kam „Panorama" an und wollte ihn filmen. Und wieder mal hat er sich – diesmal nicht hinterm Hut versteckt wie beim ersten Mal, als er wie Al Capone vor dem Filmteam weglief – diesmal hat er sich also den "Stern" genommen, in dem ein Artikel über ihn drin ist, und hat sich damit die Visage zugehalten. Die überregionale Presse – davon haben wir profitiert – hat oft detalliert berichtet, weil bei ihr meist Kollegen schreiben, die früher beim WESER KURIER gearbeitet haben und rausgeflogen sind. Die haben also Erfahrungen und internes Wissen gehabt. Direkt unterstützt mit Extrablättern hat die Stadtzeitung BREMER BLATT den Streik.

ID: Der Streik ist offensichtlich friedlich verlaufen. Anders als im letzten Jahr in Reutlingen und anderswo. Welche Rolle hat die Polizei hier gespielt?

Streiker: Den Kollegen ist zweifellos klar, daß die Polizei eine Ordnungsmacht ist, die im Zweifel vom Unternehmer gegen sie eingesetzt wird. Selbst wenn einzelne Einsatzleiter das nicht wollten, können sie sich nicht entziehen.

Gezeigt hat sich das auch, als Meyer in der zweiten oder dritten Nacht – noch während der Aussperrung – unter Polizeischutz ein Sonderblatt gedruckt, rausgebracht und in die Briefkästen verteilt hat. Die Kollegen haben dazu gesagt: ‚Wir können hier nicht militant werden, das hat keinen Zweck, wir müssen es dulden!' Aus den Erfahrungen der letzten Streiks war den Kollegen klar, daß es sinnlos sei, gegen die Polizei vorzugehen. Als der Betriebsratsvorsitzende Kammering dann am letzten Abend in seiner Rede auch der Polizei dankte, gab's Buhrufe und Pfiffe.

Ein anderes Beispiel: als der Obermaschinenmeister in den Betrieb wollte, und zwar allein, und dafür Polizei anforderte, haben die sich geweigert, für ihn allein Knüppelgarde zu spielen. Die Polizisten hatten wohl auch Redeverbot, haben das aber teilweise durchbrochen. Sie haben auch Leuten, die nach dem Streikfest besoffen Auto fuhren und in eine Kontrolle gerieten, nur für eine Nacht den Führerschein abgenommen, keine Anzeige gestellt. Es ist also sehr durchwachsen. Grundsätzlich hatten die Polizisten uns gegenüber eine andere Haltung als gegenüber Studente, die ihr normales Feindbild bestimmen.

ID: Welche Rolle hat die Gewerkschaft in diesem Streik gespielt?

Streiker: Das Gewerkschaftsproblem stellt sich natürlich, auch langfristig. Die müßten sich schon überlegen, ob sie nicht Mittel und Wege finden, solche Auseinandersetzungen zu finanzieren, um den Kollegen zu einem größeren Erfolg zu verhelfen. Bisher zahlt die Gewerkschaft bei einem spontanen Streik nichts. Im vorigen Jahr allerdings haben sie nach unserem Streik Gemaßregeltenunterstützung gezahlt. Das können sie auch. Das können sie sogar auf der Basis eines Abkommens, in dem es heißt, daß keine Maßregelungen erfolgen. Das ist zwangsläufiger Bestandteil eines jeden Abkommens nach einem Arbeitskampf.

Wegen der Rechtslage hat sich die Gewerkschaft auch offiziell von uns distanziert und hat gesagt: „Ansonsten sind wir natürlich vollkommen solidarisch mit euch und unterstützen euch, soweit möglich."

PITTLER BETRIEBSRAT: NOCH EIN PAAR MONATE ARBEITSGERICHT

FRANKFURT
30. Juni

Am 16. Juni ab 9.45 Uhr sprachen Anwälte und Richter am Offenbacher Arbeitsgericht über die Zukunft eines Langener Betriebsrates der Firma Pittler. Bruno Belawa, der am 9. Februar mit einem 18 Punkte umfassenden Begründungskatalog fristlos entlassen wurde (s. ID 168), bis zum 7. März auf einen Gütetermin und dann noch drei Monate bis zum ersten Kammertermin gewartet hatte, soll auch in Zukunft entlassener Betriebsrat sein. Er soll eben noch ein paar Monate warten, bis im Betrieb neue Betriebsratswahlen waren oder er einen vom Arbeitsamt vermittelten Job annehmen muß , denn er gilt als arbeitslos und muß dem „Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen", wenn er leben will.

Zwar hat die ID Metall gerade noch rechtzeitig, drei Tage vor dem Gerichtstermin, ihre fatale Rechtsbeistandspraxis im Falle Belawa aufgegeben und einen ihrer Staranwälte mit der weiteren Betreuung beauftragt, aber auch Ullrichs 16seitiger Schriftsatz konnte nichts an der Entscheidung des Richters ändern. Die Klage auf Wiedereinstellung ist abgewiesen.
„Kein Wunder", sagte Belawa, „es sei ja auch derselbe Richter wieder gewesen, der habe doch schon einmal die fristlose Entlassung eines Betriebsratsmitgliedes für richtig gehalten, der könne doch jetzt nicht plötzlich seine Meinung ändern".

Rechtsanwalt Ullrich bemühte sich, den zynischen Angriffen des Arbeitgeberanwaltes Niederhausen zu entgegnen, legte auch mündlich noch einmal sehr plausibel seine Entkräftung der 18-punktigen Begründung von Belawas Entlassung dar, so daß im Gerichtsraum selbst zunächst der Eindruck entstand, als sei die Wiedereinstellung eine klare, nicht mehr abzuwendende Sache. Ein bißchen Erleichterung bei den Zuschauern, die Wünsche beim Händeschütteln, daß Bruno schnell machen solle, er werde im Betrieb gebraucht, das Schulterklopfen von den Kollegen, das wäre geschafft. Dann, um 14 Uhr telefonisch die lapidare Durchsage, ja, die Klage sei abgelehnt, auch verwundertes Nachfragen änderte nichts, so stehe es auf dem Papier, mehr gäbe es nicht zu sagen.
Naja, sagte Belawa darauf, müssen wir eben weitermachen, wollen sehen, was die IG Metall jetzt sagt. Die IG Metall hat sich immerhin schon dazu druchringen können, dem „Betriebsrat der Maschinenfabrik Pittler" einen Rechtsbeistand zu gewähren, der nicht nur nuschelnd vor dem weißen Tischchen sitzt und mit Richter und Arbeitgebervertreter flüstert, und auch dazu, sich schon am Prozeßtag durch die Redaktion der Zeitschrift 'Metall' für das Geschehen zu interessieren. Diesmal braucht es vielleicht nicht erst die empörten Briefe einiger Betriebsräte aus anderen Betrieben, bis etwas zu Belawa gesagt wird. Bißchen lange aber doch, bis allen aufgefallen ist, daß immer mehr Betriebsräte gefeuert werden und keiner sich auch nur wundert.

Kontaktadresse: Bruno Belawa, Sophienstraße 33, 607 Langen

KEIN RECHT AUF WEITERBESCHÄFTIGUNG WÄHREND DES PROZESSES UM WIEDEREINSTELLUNG!

Am 26. Mai 77 veröffentlichte das Bundesarbeitsgericht folgendes Urteil zur Rechtssprechung bei Kündigungsschutzklagen. Wortlaut der Presseinformation:

„Der Zweite Senat des Bundesarbeitsgerichts hatte in einem Rechtsstreit über die Wirksamkeit einer fristlosen Entlassung die Frage zu entscheiden, ob dem Arbeitnehmer bis zum rechtskräftigen Abschluß des Kündigungsprozesses ein Anspruch auf Weiterbeschäftigung zusteht. Diesen Anspruch hatte der Arbeitnehmer in demselben Verfahren ebenfalls klageweise geltend gemacht. Das Bundesarbeitsgericht hat insoweit die Klage abgewiesen.
Zwar hat der Arbeitnehmer nach der ständigen Rechtsprechung neben dem Anspruch auf Zahlung des Arbeitsentgeldes auch einen Anspruch auf tatsächliche Beschäftigung. Das gilt aber grundsätzlich nur für die Zeit, in der das Arbeitsverhältnis unangefochten besteht, d.h. im Falle einer ordentlichen Kündigung auch bis zum Ende der Kündigungsfrist. Für die Zeit danach bis zur rechtskräftigen Entscheidung über die Wirksamkeit der Kündigung besteht – von dem Sonderfall des § 102 Abs. 5 BetrVG abgesehen (Widerspruch des Betriebsrates gegen Kündigung und Klage auf Feststellung der Kündigung seitens des Unternehmers. Anm. ID) – in der Regel kein Beschäftigungsanspruch. Nur in Ausnahmefällen, z.B. bei einer offensichtlich rechtsunwirksamen Kündigung, kann der Arbeitgeber zur Weiterbeschäftigung verpflichtet werden."

Der Fall Belawa (s.o. und ID 168) hat schon jetzt gezeigt, daß auch die Rechtsunwirksamkeit einer, offensichtlich nicht den Bestimmungen des Betriebsverfassungsgesetzes gemäß entstandenen, Kündigung nicht dazu veranlaßt, die Wiedereinstellung gerichtlich zu verfügen. Dazu der Text einer Presseerklärung, die 32 Hamburger Rechtsanwälte unterschrieben haben:

Presseerklärung zum Urteil des Bundesarbeitsgerichts vom 26.5.77.

DAS BAG HAT DIE BISHERIGE RECHTSPRECHUNG DER ARBEITSGERICHTE ZUM BESCHÄFTIGUNGSRECHT BESEITIGT.

„Der letzte Satz dieser Erklärung (BAG Urteil s.o.) ändert nichts daran, daß in Zukunft ein Arbeitnehmer die Beschäftigung erst nach einem mehrjährigen Kündigungsrechtsstreit durchsetzen könnte, praktisch also nie. Wann eine Kündigung „offensichtlich rechtsunwirksam" ist, soll nach dem Verhältnis von Ausnahme und Regel interpretiert werden. Nicht einmal die gerichtliche Feststellung, daß eine Kündigung das Arbeitsverhältnis nicht aufgelöst hat, soll für die Durchsetzung der vorläufigen Weiterbeschäftigung ausreichen. Schon wegen der Prozeßdauer wird die Regel daher der Abfindungsprozeß sein. Mit der bloßen Abfindung gewinnt immer nur der Unternehmer den Prozeß um den Arbeitsplatz.

Schon bisher war der gesetzliche Kündigungsschutz von seiner Struktur her nur ein Schutz der Kündigung und nicht ein Schutz vor Kündigung. Die Durchführung des Verfahrens als Feststellungsklage, die Möglichkeit des Unternehmers, auch bei unwirksamer Kündigung die Auflösung des Arbeitsverhältnisses zu beantragen, die Verpflichtung des Arbeitnehmers, seine Arbeitskraft woanders zu verkaufen und die jahrelange Prozeßdauer haben dazu geführt, daß in tausenden von Kündigungsschutzprozessen kaum jemals ein Arbeitnehmer an den Arbeitsplatz zurückkam. Seit wenigen Jahren war es allerdings gelungen, durch zusätzliche Klage auf Beschäftigung (teilweise auch mit einstweiliger Verfügung) einen Bestandsschutz zu verwirklichen. Diese Rechtsprechung war formal gesehen konsequent und zwingend.

Das BAG hat dem nun ein Ende gemacht. Es hat klargemacht, daß das Kündigungsschutzgesetz entgegen allen Beteuerungen keinen Bestandsschutz gibt. Seine unmittelbare politische Bedeutung gewinnt das Urteil durch die im nächsten Jahr stattfindenden Betriebsratswahlen. Es wird als Ermunterung an die Unternehmer wirken, unbequemen Kandidaten frühzeitig zu kündigen. Mögen dann solche Kündigungen auch unwirksam sein, so ist doch abgesichert, daß vor den Wahlen kein gekündigter Kandidat an den Arbeitsplatz zurückkehrt. Das Urteil des BAG macht auch klar, daß die Arbeiter kein Recht haben, das sie nicht erkämpft haben.
Als Rechtsanwälte, die für gekündigte Arbeitnehmer die Beschäftigungsklage erhoben haben, sind wir der Auffassung, daß zwar die Arbeitsrichter in den „politischen Ungehorsam" gegenüber dem höchsten Arbeitsgericht treten und an ihrer bisherigen Rechtsprechung festhalten sollten (was ihnen gesetzlich nicht verboten ist); daß aber eine gesetzliche Nomierung eines grundsätzlichen Beschäftigungsrechts während des Kündigungsschutzverfahrens zu fordern ist, das die Arbeiter freilich politisch und gewerkschaftlich gegen die Unternehmer und den Staat erkämpfen müssen."

PLÄDOYERS DER VERTEIDIGUNG IM JAROWOY/REIMERS PROZESS

FRANKFURT 28.Juni

Am 28.Juni plädierten die vier Verteidiger von Robert und Wernfried – und zwar selbstverständlich allesamt auf Freispruch für ihre Mandanten. Begründet wurde diese Forderung im wesentlichen damit, daß die Beweisaufnahme keine Fakten erbracht habe, die für eine mögliche Verurteilung ausreichen könnten.
Im Gegensatz zu den Ausführungen des Staatsanwalts in der letzten Woche ließ die Verteidigung keinen Moment lang Zweifel daran aufkommen, daß man es hier mit einer Gerichtsverhandlung zu tun hatte, in der nur Fakten eine Relevanz haben. So nahmen die Verteidiger dann auch in akribischer Kleinarbeit die sogenannte Beweisaufnahme auseinander, die nach Meinung der Staatsanwaltschaft und des Gerichts die Basis für ein Urteil bilden soll. Im Mittelpunkt stand auch dabei wieder die vermeintliche Glaubwürdigkeit des ‚Kron'zeugen Schäfer.

Als erster ergriff Rechtsanwalt Hartmut Jacobi das Wort und legte vor rund sechzig Zuschauern (die dienstliche Öffentlichkeit nicht mitgezählt) dar, daß und warum er in dem Zeugen Schäfer in erster Linie ein Opfer der Staatsschutzbehörden sähe, dessen unklaren und widersprüchlichen Aussagen er keine Bedeutung beimesse. U.a. führte RA Jacobi aus, daß die Aussagen Schäfers zum Tatkomplex Hamburg (versuchter Raub auf die Kassenbotin eines Kinos) und zu dem Anklagepunkt ‚kriminelle Vereinigung' vollkommen unverwertbar seien. Er stellte fest, daß der Zeuge insbesondere bei der Beschreibung einzelner Örtlichkeiten und der Angaben zu einigen zeitlichen Abläufen zum Teil mit einer äußerst geringen Trefferquote aufgewartet habe. Da aber sowohl Orte als auch Zeiten in der Nachempfindung eines Handlungsablaufes untrennbar miteinander verbunden seien, läge die Unverwertbarkeit der Aussagen Schäfers auf der Hand. Nicht nur im Zusammenhang mit den vor Staatsanwalt Winkel gemachten Aussagen Schäfers, sprach RA Jacobi von ‚Schwierigkeiten im Umgang mit der Wahrheitsfindung'. Es sei sehr schwer, in dem Wirrwarr von sich widersprechenden Aussagen den Überblick zu behalten. Hoffentlich – so der Anwalt – habe ihn das Gericht nicht verloren.

Aus den Ausführungen von RA Jacobi sei nur noch herausgegriffen, daß der Zeuge Schäfer in einem bei den Akten befindlichen Brief beschrieben hatte, wie er ein Angebot, als Kronzeuge zu fungieren, erhalten und nach einigen Überlegungen auch angenommen habe, was vom Staatsschutz schließlich auch gebührend belohnt wurde. Während Schäfer bereits einige Zeit nach seiner Verhaftung wieder entlassen wurde, sitzen Robert und Wernfried mittlerweile seit 3 1/2 Jahren (!) in U-Haft.

RA Uli Roeder bezog sich auf den sinnigen Spruch Staatsanwalt Broschats, daß die Politik in diesem Verfahren draußen vor der Tür geblieben sei (vgl. ID 183) und stellte klar, daß dem nicht so gewesen sei. Das Verfahren müsse durchaus als politisch bezeichnet werden, da nicht nur die Begleitumstände (scharfe Sicherheitsvorkehrungen, Durchsuchung der Prozeßbesucher, Polizisten mit MP's etc.) und die Tatsache, daß vor einer Staatsschutzkammer verhandelt werde, klar die politische Dominanz verrieten, sondern auch ein Blick auf die Geschichte der Anwendung des § 129 StGB zeige, daß diese Strafnorm vornehmlich in politischen Verfahren (z.B. KPD-Prozesse) angewendet worden sei.
Außerdem entlarvte der Anwalt den Staatsanwalt noch als aufmerksamen Lexikonleser, da dessen wirre Ausführungen über Anarchismus in seinem sogenannten Plädoyer aus dem Brockhaus entnommen worden seien.

Nach RA Jacobi und RA Roeder, die als Verteidiger von Wernfried plädiert hatten, legte RA Roland Kern als Verteidiger von Robert dar, daß die aufgebotenen Zeugen der Anklage sämtlich unbrauchbar seien, daß insbesondere die für den Tatkomplex Darmstadt (Überfall auf ein Reisebüro) aufgetretenen Zeugen unter keinen Umständen eine Identifizierung von Robert als einem der ‚Täter' vorgenommen hätten. RA Kern prangerte die Gegenüberstellungspraxis der Polizei an (Robert war unmittelbar nach seiner Festnahme inmitten einer Anzahl adrett gekleideter Herren, die überdies alle noch deutlich größer als er waren, den Tatzeugen präsentiert worden und stellte abschließend klar, daß die Frage, ob einer der ‚Täter' in Darmstadt eine Brille trug oder nicht, insofern sehr wesentlich für eine angebliche Beteiligung von Robert sei, als dieser ohne Brille nicht hätte agieren können, da er eine nachweisbare Sehschwäche von minus 7,5 Dioptrien habe.

Die befragten Zeugen hätten indes keine klare Aussage dazu gemacht, ob der ‚Täter', der – nach Lichtbildvorlage wiedererkannt, figürlicher Identifizierung, „der Kleinere von beiden" und ähnlicher unverwertbarer Zeugenaussagen mehr – nun plötzlich Robert Jarowoy heißen soll, eine Brille trug oder nicht. RA Kern resümierend: „Zu einem Rätselraten gehört halt auch ein bißchen Glück."

Im Fortgang seiner Erklärung warf der Verteidiger dem Staatsanwalt ein Dienstvergehen vor, da es dieser vollends unterlassen habe, in seinen Ausführungen entlastende Umstände aufzuzeigen. Er habe im Gegenteil Entlastendes noch zu Belastungen verkehrt. Zum Terrorvorwurf der Staatsanwaltschaft erklärte der Verteidiger, daß es sich hierbei nur um ‚Stimmungsmache' handele, da in dem gesamten Verfahren nicht ein einziger Anhaltspunkt für einen derart schwerwiegenden Vorwurf zu finden gewesen sei.

RA Victor Pfaff sprach davon, daß die Anklage ‚Durchfall' erlitten habe. Ausgehend von dem Anfangswirrwarr des Verfahrens (mehrere Anläufe in Darmstadt und in Frankfurt), der Tatsache, daß die Verteidigung von dem alles entscheidenden Anlauf in Form des nun laufenden Verfahrens erst aus einer Tageszeitung unmittelbar vor dem Prozeß erfahren habe und dem eklatanten Mißverhältnis zwischen einer viermonatigen Verfahrensdauer und der drakonischen Strafforderung der Staatsanwaltschaft (vgl. ID 183) stellte der Verteidiger noch einmal dar, daß auf die Aussagen der Zeugen eine Verurteilung nicht zu stüzen sei.

Zu den Ausführungen der Verteidiger bleibt zu bemerken, daß sie zumindest von den Prozeßbesuchern gebührend gewürdigt wurden. Die Verteidiger konnten einige Male nämlich erst nach regelrechten Ovationen, denen der Vorsitzende Richter hilflos gegenüber zu sitzen schien, weiterreden. Von der Verteidigung wurden abschließend noch mehrere Hilfsbeweisanträge gestellt, deren spektakulärster die beantragte Erstellung eines Glaubwürdigkeitsgutachtens über den Zeugen Schäfer sein dürfte. Wernfried und Robert unterstrichen in ihren Schlußworten, daß sie unschuldig im Sinne der Anklage seien und daß sie jegliche Gewalt gegen Menschen ablehnten.

Für große Verblüffung sorgte der Vorsitzende am Schluß der Verhandlung, als er den Termin zur Verkündung des Urteils bereits auf den 30.Juni, also nur zwei Tage nach den Plädoyers der Verteidigung, anberaumte. Es stellt sich die Frage, wie das Gericht über die gestellten Beweisanträge in den verbleibenden zwei Tagen sachgemäß befinden will, sodaß sich der Verdacht aufdrängt, als liege das Urteil in diesem Verfahren bereits fix und fertig in der Schublade. Sollte dem nicht so sein, so muß doch – ohne die Fähigkeiten des Gerichts anzweifeln zu wollen – befürchtet werden, daß bei ‚verständiger Würdigung der Sachlage, von der die deutschen Gerichte doch so gerne reden, ein Urteil in der kurzen Zeit bestenfalls ‚zusammengezimmert', nicht aber ernsthaft begründet werden kann.

URTEIL IM JAROWOY/REIMERS–PROZESS

FRANKFURT
30. Juni

Wie angedroht, verkündete die 23. Strafkammer (Kammer für Staatsschutzsachen) des Landgerichts unter Vorsitz von Richter Adalbert Schäfer unpünktlich um 14.30 Uhr das Urteil gegen die beiden Genossen.

Wie leider aber auch kaum anders zu erwarten, lautete es auf 7 Jahre 3 Monate Freiheitsentzug für Robert und ebenfalls 7 Jahre 3 Monate Freiheitsentzug für Wernfried.
Die lange Untersuchungshaft von dreieinhalb Jahren wurde angerechnet.

GÜNTHER HANISCHS PSYCHIATRISIERUNG WIRD FORCIERT

WIESBADEN
24. Juni

Ein Bericht von der Hanisch-Unterstützungsgruppe:

„Am 2.6.76 versuchte der Gefangene G. Hanisch mit einem selbstgebastelten Schußapparat – nach 16 Jahren Knast – für sich und das Unrechtsurteil gegen ihn Öffentlichkeit zu erzwingen. Der damalige Butzbacher Anstaltsleiter Künckeler kam bei dem Versuch, dies zu verhindern, ums Leben. Günther wurde zusammengeschlagen, kam in Isolationshaft für 1o Monate. Diese ist jetzt teilweise aufgehoben, seit einiger Zeit aber läuft der Antrag der Staatsanwaltschaft, Günther zwecks Untersuchung seines Geisteszustandes ins Irrenhaus einzuweisen. Günthers Verteidiger hatte sich dagegen ausgesprochen und die Zulassung eines Psychotherapeuten von Günthers Wahl beantragt; mit dessen Hilfe sollen die Vorfälle, die 1960 zu Günthers Verurteilung führten, wirklich aufgeklärt werden. Das Gericht hat jetzt dem Antrag der Staatsanwaltschaft entsprochen, nämlich Günther – notfalls mit Gewalt – in die Klapsmühle Eickelborn einzuliefern. Sogar der leitende Arzt von Eickelborn, Schneller, der untersuchen soll, ist dagegen, wenn Günther sich wehrt.

Der Verteidiger hat sofortige Beschwerde gegen diesen Beschluß eingelegt, die bis zur Entscheidung des Oberlandesgerichtes aufschiebende Wirkung hat.

Die Justiz versucht mit der Psychiatrisierung Günthers um den anstehenden Prozeß gegen ihn wegen des Künckelertodes herumzukommen. Günther würde nämlich versuchen, diesen Prozeß zum Ausgangspunkt eines Wiederaufnahmeverfahrens von dem Prozeß 1960 zu machen. In Justizkreisen scheint man eifrig bemüht zu vertuschen, was damals wirklich war. So werden seinem Anwalt seit einem Jahr bestimmte Akten vorenthalten, die notwendig wären, die Sache von 1960 zu rekonstruieren.

Günther wird sich gegen jede Form der Psychiatrisierung zur Wehr setzen. Aber eines ist klar. Wenn er erst mal in Eickelborn ist, in der Abteilung für „kriminelle Wahnsinnige", wird es fast unmöglich sein, ihn wieder da rauszuholen. Otto Worm z.B., der durch seine Aussagen den Mannheimer Gefängnisskandal ins Rollen gebracht hat, befindet sich auch im Irrenhaus. Wie lange noch, weiß keiner.

Kontakt: Hanisch-Unterstützungsgruppe, Grabenstr. 11, 6200 Wiesbaden

oder: Günther Hanisch, Paradeplatz 5, 3578 Schwalmstadt

AM BEISPIEL DES UNTERSUCHUNGSGEFANGENEN E. DREHER

WESTBERLIN 27. Juni *Die Angehörigen des Untersuchungsgefangenen Eberhard Dreher und dessen Anwälte haben eine Dokumentation gemacht und dazu folgenden Begleitbrief geschrieben:*

Angehörige und Rechtsanwälte haben versucht, die Inhaftierung von Eberhard Dreher zu dokumentieren. Eberhard Dreher sitzt seit dem 26.3.76 in Untersuchungshaft. Ihm wird von der Staatsanwaltschaft vorgeworfen, die Bewegung 2. Juni unterstützt zu haben. Nach fast einem Jahr Untersuchungshaft ohne Akteneinsicht liegt nunmehr die Anklageschrift vor. Der Prozeß gegen Eberhard Dreher soll am 12.7.77 vor der Staatsschutzkammer des Landgerichts beginnen.

In diesem Prozeß wird es – wie bereits im Prozeß gegen Waltraut Siepert und Tina Doemeland – nur am Rande um die Taten gehen, die ihm vorgeworfen werden. In der Hauptsache soll es jedoch in diesem Proezeß darum gehen, den Nachweis dafür zu erbringen, daß es eine kriminelle Vereinigung 2. Juni gibt und daß diese Gruppe Herrn Lorenz entführt und weitere Straftaten begangen haben soll. Während sich der Angeklagte zu diesen Vorwürfen gar nicht verteidigen braucht und kann, da sie ihm gar nicht zur Last gelegt werden, können sich die, denen diese Taten vorgeworfen werden, gar nicht dazu äußern und verteidigen, da sie an diesem Verfahren überhaupt nicht teilnehmen.

Daß es in diesem sogenannten Unterstützungsprozeß im Grunde darum geht, jetzt, d.h. ohne die Hauptbeschuldigten, den Beweis für die Existenz einer sogenannten kriminellen Vereinigung 2. Juni zu führen, ergibt sich schon aus der Tatsache, daß sich die Anklageschrift gegen Eberhard Dreher zu 90 % mit angeblichem Geschehen und angeblichen Aktionen der Bewegung 2. Juni beschäftigt und nur zu 10 % auf die dem Angeklagten angelasteten Taten eingeht.

Es soll mit dieser Dokumentation erreicht werden, daß Eberhard Dreher endlich entlassen wird und es soll gezeigt werden, auf welche Weise in der Bundesrepublik Deutschland Gesetze angewandt und Untersuchungshaft vollstreckt wird. Es sind nur die Haftverhältnisse von Eberhard Dreher dokumentiert worden. Die Haftbedingungen anderer Gefangener sind jedoch nicht besser, manchmal sogar noch schlechter. 1 1/2 Jahre Untersuchungshaft heißt auch, daß hier jemand, der sich wehrt, der von seinem Recht auf Aussageverweigerung Gebrauch macht, schon vor einer möglichen formellen Verurteilung durch Dauer und Art der Untersuchungshaft bestraft werden soll. Die hier dokumentierte Gefängniswirklichkeit stellt keine außergewöhnlichen Entgleisungen oder bedauerliche Auswüchse dar, sondern ist zu begreifen als der Versuch, Menschen, die angefangen haben, sich innerhalb und außerhalb der Gefängnisse gegen die Verhältnisse, so wie sie sind, zu wehren, mürbe zu machen, zu brechen. Deshalb auch die Überschrift dieser Dokumentation: „Am Beispiel E. Dreher!"

So wurde Eberhard bisher zweimal entgegen seinem ausdrücklichen Willen zur Vernehmung geschleppt. Außerdem wurde er mit anderen Gefangenen beim Anlaß einer sogenannten Gegenüberstellung am 21./22.5.77 derart brutal mißhandelt, daß er und andere Gefangene nach der Gegenüberstellung ärztlich behandelt werden mußten. Durch das Anziehen der Knebelketten, mit denen die Gefangenen gefesselt waren, wurden erhebliche Verletzungen der Handgelenke verursacht. Bei einem der Gefangenen trat sogar das Blut aus den Fingernägeln (wir verweisen in diesem Zusammenhang auf den Artikel im Tagesspiegel vom 26.5.77 sowie auf die Presseerklärung des Rechtsanwalts Spangenberg). Wegen dieser ungeheuerlichen Vorgänge wurde Strafanzeige erstattet. Diesen beispielhaften Versuchen, jeglichen Widerstand zu brechen und damit gleichzeitig abschreckend zu wirken, gilt es mit Hilfe der Öffentlichkeit entgegenzutreten.

Über die Verhältnisse in den Gefängnissen ist schon viel berichtet worden. Es mangelt wahrscheinlich weniger an Information darüber, als an dem Willen, etwas dagegen zu tun. Wir fordern Sie deshalb auf, diesen Fall öffentlich zu machen und persönlich an den Vorsitzenden der 2. großen Strafkammer des Landgerichts Berlin, Richter Kubsch, Turmstr. 91, 1 Berlin 21, zu schreiben und sofortige Haftverschonung für Eberhard Dreher zu verlangen (möglichst mit Durchschlag an Eberhard Dreher, Alt-Moabit 12 a, 1 Berlin 21). Geldspenden sollen an das Prozeßbüro Berlin gehen (Sonderkonto Gerhard Faß, Postscheckkonto 5183–106, Berlin-West). Das Büro hat sich die Aufgabe gestellt, Haftbedingungen und Strafprozesse zu dokumentieren und öffentlich zu machen. Anfragen zu Eberhards Situation können an uns über die Anwälte von Eberhard gerichtet werden.

Die Angehörigen

Kontaktadressen: Rechtsanwältin Helga Wüllweber, Müllerstr. 144 1 Berlin 61,
Rechtsanwalt Bernd Friton, Bissingzeile 11, 1 Berlin 30

Die Dokumentation gibt es im linken Buchhandel für DM 5.-

HERAUSGEBER:

Frankfurter Informationsdienst e.V.
Hamburger Allee 45, 6000 Frankfurt 90

Verantwortlicher Redakteur:
Peter Michael Borch

RESOZIALISIERUNG SCHON – ABER NICHT FÜR STAATSFEINDE

RHEINBACH
13. Juni

Der Gefangene Gerd Jacobs berichtet, wie es ihm erging, als er die Mittlere Reife nachholen wollte (aus Platzgründen leider leicht gekürzt):

„Am 17. Mai 1977 wurde ich nach einer Eignungsprüfung durch Herrn Kuhlmann vom Pädagogischen Zentrum (PZ) nach Münster verlegt, um dort die Mittlere Reife zu machen. Meine Verlegung wurde nach Anhörung und Zustimmung eines hiesigen Oberlehrers und des hiesigen Anstaltsleiters betrieben. Am 18. Mai 1977 kam ich in Münster an, und der Unterricht begann dort am Montag, dem 23. Mai 1977.

Am 1. Juni 1977 wurde ich dort mit Zustimmung des Klassenlehrers zum stellvertretenden Klassen- und Gruppensprecher gewählt, und am 2. Juni 1977 wurde ich als „nicht tragbar" unter strengen Sicherheitsmaßnahmen in die JVA Rheinbach zurückverlegt. Die Gründe meiner Rückverlegung liegen ziemlich im Dunkeln. Zwar wurde mir eine offizielle Begründung genannt, jedoch kann – wie ich noch aufzeigen werde – davon ausgegangen werden, daß diese Begründung konstruiert und als Aufhänger genommen wurde, um die wahren Gründe nicht nennen zu brauchen, aus welchem Grunde auch immer.

Offizielle Begründung

„Ich habe einen Brief geschrieben, der den Schluß zuläßt, daß ich die Schule nicht ernst nehme und außerdem zeigt, daß ich Kontakt zu 'Anarchisten' habe und aus diesem Grunde nicht mehr tragbar bin."

Dazu erkläre ich folgendes:

Am 7. April 1977 schrieb ich einen Brief an Fritz Teufel und Andreas Vogel, mit denen ich seit langem Kontakt hatte. Dieser Brief wurde mit Beschluß vom 12. Mai 1977 vom Bundesgerichtshof (BGH) beschlagnahmt mit der Begründung, daß dieser Brief „Hinweise auf die mögliche Bildung und Unterstützung einer kriminellen Vereinigung enthält und der Schreiber sich in hämischer Weise über die Ermordung von Generalbundesanwalt Buback äußert" (Zitat Ende). Den Beschluß bekam ich am 26. Mai 1977 im PZ Münster ausgehändigt, wo er auch zensiert wurde. Über den Beschluß war ich ziemlich sauer, weil ich wußte, daß die BGH-Begründung sehr fadenscheinig war und es reine Schikane gewesen ist, diesen Brief zu beschlagnahmen. Deshalb setzte ich mich spontan kurz nach Erhalt des Beschlusses hin und schrieb dagegen eine Beschwerde de, die ich ziemlich ironisch formuliert habe, indem ich ausgedrückt habe, daß ich mit deren Trauer, die nur gespielt ist, weil sie dafür bezahlt werden, nichts zu tun habe, aber mir das auch egal sei, weil ich eben kein Verständnis dafür habe, wenn deswegen Briefe beschlagnahmt werden. Diese Beschwerde ging nebst einer Durchschrift noch am gleichen Tage (am 26.!) zur Postbeförderungsstelle. Die Durchschrift war an Andreas Vogel adressiert. Diese Sache wurde mir dann am 2. Juni 1977, also 7 Tage (!) später als Begründung meiner Rückverlegung genannt. Daß dies der wahre Grund ist, dafür spricht nichts, hingegen spricht alles dafür, daß andere Gründe dahinterstecken:

1. Der Beschluß und meine Beschwerde waren der Anstalts- und PZ-Leitung am Tage meiner Rückverlegung schon 7 Tage bekannt, ohne daß ich je darauf angesprochen wurde.

Das gibt dann den Ausschlag. Der Vollzugspräsident (wie alle Präsidenten praxisfremde Fachidioten) sieht auf einmal nicht mehr meine Mühe und Mitarbeit in der Schule, sondern sieht nur noch den Jacobs, der immer viel Bambule gemacht hat, sogar in Stammheim als Zeuge war etc. und ruft nun den Anstaltsleiter in Münster an, scheißt ihn vielleicht zusammen und fragt, wieso Leute wie ich im offenen Flügel des PZ sind und ordnet meine sofortige Rückverlegung an. Sie reden vielleicht noch darüber, daß man mir keine Verbindungen zur Demo nachweisen kann und nun fällt denen der 7 Tage alte Beschluß und die Beschwerde ein, und ich sitze eine Stunde später im Auto. ...

Ich habe lange dafür gekämpft, endlich in das PZ verlegt zu werden, um die Mittlere Reife machen zu können, habe es endlich geschafft und war mit vollem Eifer bei der Sache, weil ich darin die Chance für den Aufbau einer neuen Existenz sah, ganz vom Gefühl abgesehen, die Zeit im Knast nun endlich produktiv nutzen zu können. ...

Bis vorige Woche habe ich auch noch gehofft, aber dann kam vom PZ-Leiter die endgültige Absage, nämlich, daß es kein Zurück mehr geben wird und ich komme mir ziemlich betrogen vor. Von der Frustration, die sich in solchen Fällen einstellt, ganz zu schweigen. Was nun dagegen zu machen ist, weiß ich nicht – schon schlimm genug, das zugeben zu müssen, wieder mal seine Hilflosigkeit zu erkennen – aber eines können wir alle daraus lernen: nämlich, daß Artikel 3 des Grundgesetzes auch im Knast seine Gültigkeit verloren hat und der Radikalenerlaß auch hier nicht spurlos vorübergegangen ist. Egal auf welchen Nenner man kommt: letzlich läuft es darauf hinaus, daß meine Gesinnung die Begründung ist, so wie sie wahrscheinlich als Begründung herhalten muß, wenn ich im August meinen Termin auf 2/3-Entlassung habe, die mit allergrößter Wahrscheinlichkeit abgelehnt wird."

Gerd Jacobs, Aachener Straße 47, JVA, 5309 Rheinbach

"STOPPT DIE MISSHANDLUNGEN VON AUSLÄNDISCHEN GEFANGENEN!"

WESTBERLIN
20. Juni

Aufruf von ausländischen Gefangenen:

„Unser Mitgefangener Mirgafer Vakil, der voriges Jahr knapp einem Mordversuch seitens der Justizmafia entgehen konnte, wurde heute, am 26. Mai 1977, plötzlich – wie in solchen Fällen üblich – ohne Begründung in die Isolationshaft Moabit verlegt, damit dort der seinerzeit mißlungene Mordversuch vollendet werden kann. Ähnlich wie bei Isma. Yousef, der am 20. August 1976 in der Berliner Bastei nur knapp seiner Ermordung entging und brutal zusammengeschlagen und blutend und bewußtlos ins Krankenhaus verlegt wurde! Humanere Beamte, die Augenzeugen dieses Vorfalls waren, erstatteten damals Anzeige gegen ihre sadistischen und rassistischen Kollegen. Das Verfahren wurde – wie üblich – von den Komplicen der sadistischen Beamten in der Staatsanwaltschaft eingestellt.

Faramarz Shamanesh entging am 19. August 1976 einem Mordversuch. Blutend und bewußtlos wurde er in die Intensivstation des Westend-Krankenhauses gebracht. Dieser Mordversuch wird seitens einiger Rassisten und Sadisten bei der Berliner Staatsanwaltschaft heruntergespielt und als „Körperverletzung im Amt" beschönigt! Omran El-Haje und Jumah Kawash und Bijanpour entgingen ebenfalls nur unter schweren Körperverletzungen ähnlichen Mordversuchen. Auch ihre Fälle wurden von der Staatsanwaltschaft eingestellt!

Erfahrungsgemäß werden Gefangene, die gefoltert und ermordet werden sollen, zunächst in die Isolationshaft Moabit verlegt. Deshalb ist es uns klar, daß M. Vakil dorthin nicht zur Kur gebracht wurde! Demütigung, Beleidigung, Schikane, offener Rassismus und nicht selten körperliche Mißhandlung sind an der Tagesordnung im westberliner Strafvollzug. Und

wenn wir uns beschweren, werden wir ignoriert oder es wird sogar von der Justizmafia und deren rassistischen Staatsanwälten der Spieß herumgedreht: dann besitzen die Scharfrichter in diesem Land die Skrupellosigkeit, das Opfer unter Berufung auf ihre alte faschistische Tradition zu verurteilen. Das alles geschieht unter der Aegide des so viel gepriesenen, liberalen Justizsenator Baumann.

Wir, die ausländischen Gefangenen, werden uns diesem offenen Rassismus, den Mißhandlungen, Schikanen und Demütigungen widersetzen: wir besitzen nur noch unser Leben, aber wir scheuen uns nicht, dieses unser Leben für unsere Würde zu opfern! Wir sind nicht die ersten Opfer des Faschismus und Menschenhasses in diesem Lande, aber gleichzeitig sind wir überzeugt, daß dieser Rassismus und Sadismus bei allen Völkern Empörung und Abscheu hervorrufen wird! Und wenn die Sadisten, Rassisten und manche Scharfrichter in der Berliner Justiz und Staatsanwaltschaft denken, daß sie unbestraft bleiben, so irren sie sich gewaltig! Wir rufen alle Demokraten, Antifaschisten und echten Liberalen und Humanisten auf:

– *Stoppt die Massaker gegen ausländische Gefangene!*
– *Rettet das Leben unseres Mitgefangenen Mirgafer Vakil!*
– *Setzt euch für seine Rückverlegung von Moabit nach Tegel ein!"*

(Es folgen 32 Unterschriften.)

ZUM PROZESS GEGEN KARL HEINZ ROTH UND ROLAND OTTO

KÖLN
23. Juni

41. Verhandlungstag am 2. Juni
Nachdem am Schluß des 40. Verhandlungstages bekannt geworden war, daß das Oberlandesgericht Köln eine Untersuchung Roths durch Professor Dr. Beck genehmigt habe – an diesem Verhandlungstag (VT) hatte die Verteidigung wieder die Frage nach der Verhandlungsfähigkeit gestellt und erhebliche Bedenken angemeldet – gab der Vorsitzende am 41. VT bekannt:
Nach Auskunft der Justizärzte Dr. Wittler und Dr. Uhlenbruch sei die Verhandlungsfähigkeit von Roth inzwischen so weit beeinträchtigt, daß nur noch an zwei Wochentagen verhandelt werden solle. Die Ärzte schlugen vor, daß die Verhandlungstage auf zwei aufeinanderfolgende Tage verlegt werden sollten, damit die zusätzliche Belastung durch zwei weitere Hubschraubertansporte erspart bliebe. Zwischen den beiden Verhandlungstagen solle Roth in Köln-Ossendorf inhaftiert werden. Die Ärzte schlugen damit vor, was die Verteidigung seit Monaten forderte. Der Vorsitzende aber sah sich wegen „organisatorischer Schwierigkeiten" nicht in der Lage, dem Vorschlag voll zu folgen, ordnete aber an, daß der letzte Verhandlungstag im Wochenrhytmus Mo Mi Fr ausfällt, und Roth zwischen den Verhandlungstagen in Köln-Ossendorf inhaftiert wird.

Als Zeugen wurden an diesem Tage u.a. der Polizeizeuge Heller, Beamter in der Datenstelle, und der Krankenwagenfahrer Reinhard vernommen.
Der Zeuge Reinhard sagte zum Abtransport von Werner Sauber aus:
Er habe zur Besatzung eines Krankenwagens gehört, die bei ihrer Abkunft von Polizeibeamten darauf hingewiesen wurden: „Dahinten liegt noch einer." Sie hätten den noch lebenden Werner Sauber sofort in den Transportwagen gebracht, wo der Notarzt mit der Behandlung begonnen habe. Während der Fahrt sei Sauber in tiefe Bewußtlosigkeit gefallen. Deshalb sei die Fahrt für etwa 20 Minuten unterbrochen worden und Sauber sei von dem Unfallarzt Dr. Stober und ihm künstlich beatmet worden. Dann sei Sauber ins Ev. Krankenhaus Kalk gebracht worden, weil sie das Kath. Josefskrankenhaus für weniger geeignet hielten. Ob eine Anweisung, Sauber nach Kalk zu bringen, erfolgt sei, wisse er nicht mehr. Im Krankenhaus sei ein weiterer Wiederbelebungsversuch unternommen worden. Nach ca. 20 Minuten sei aber der Tod festgestellt worden.

Nach der Zeugenaussage kann ausgeschlossen werden, daß der Transport von Werner Sauber verzögert wurde. Offen bleiben natürlich die Fragen, die sich mit der Erschießung des am Boden liegenden Werner Sauber beschäftigen.

Der Polizeizeuge Heller, Beamter in der Datenstelle der Kölner Polizei, sollte Fragen nach dem Ablauf der KFZ- und Personenprüfung beantworten. Als einziger der Polizeizeugen erschien er in Begeleitung seines Dienstvorgesetzten, der erklärte, der Zeuge Heller dürfe nur in seiner Anwesenheit aussagen, da Heller nicht in der Lage sei, die Grenzen seiner Aussagegenehmigung zu erkennen. Als die Verteidigung erklärte, auch der Vorgesetzte von Heller komme als Leiter der Datenstelle als Zeuge in Betracht, mußte die Vernehmung von Heller verschoben werden, bis nachmittags. Er erschien mit dem Leiter seines Kommissariats, der sich für kompetent erklärte, Heller zu überwachen.

Heller gab an: er habe in der Datenstelle den Beginn der Schießerei über Funk mit angehört und sei sich sicher, daß er zu diesem Zeitpunkt das Ergebnis der Personenüberprüfung noch nicht an die Einsatzstelle und damit an die beteiligten Polizeibeamten übermittelt hatte. Auch schloß er aus, daß er das Ergebnis direkt, ohne die Einsatzstelle zu informieren, an die Beamten weitergegeben habe.

Diese Aussage schien die zentrale These der Angeklagten und ihrer Verteidiger zu erschüttern, daß die Mitteilung der Personenüberprüfung – einer der Insassen sei der Terroristenszene zuzurechnen – Auslöser für das aggressive Vorgehen der Polizeibeamten war.

Die weitere Vernehmung des Polizeizeugen Heller wurde auf den 44. VT verschoben.

42. Verhandlungstag am 6. Juni
Der eingeflogene Cheffahnder der Lorenzentführung aus Berlin, Kittlaus, erklärte zu Beginn der Verhandlung:
Sauber sei von seiner Behörde zu keinem Zeitpunkt als Mitentführer von Peter Lorenz angesehen worden. Außerdem sei auch nicht nach Werner Sauber als einem der mutmaßlichen Drenkmann-Attentäter gefahndet worden.

Der Sachverständige Prof. Dr. Sellier begann sein Ergänzungsgutachten, daß er am

43. Verhandlungstag am 8. Juni
fortsetzte. In dem Gutachten wurde auf Grundlage von Einschüssen die Schußbahn und Schußwinkel, also die Schußposition von Werner Sauber zu Beginn der Schießerei, bestimmt. Zusammenfassend kommt das Gutachten zu dem Ergebnis, daß die Schüsse von W. Sauber nicht an den Stellen abgegeben worden sein können, wie von den Polizeizeugen behauptet worden war.

Einschätzung und Würdigung dieses wichtigen Gutachtens wird in den Anträgen auf Haftentlassung, die Mittwoch, den 22. Juli gestellt werden, gegeben werden.

44. Verhandlungstag am 14. Juni
Im Verlauf der Vernehmung der Politischen Polizei in Köln ergab sich, daß dort eine Akte über K.-H. Roth schon vor dem 9.5.75 geführt wurde. Über den Inhalt weigerten sich die Zeugen Angaben zu machen. Klar wurde ebenfalls, daß es ein Ersuchen der Politischen Polizei aus Hamburg an die Kölner Politische Polizei gab, Roth zu observieren.

Bei der Vernehmung des Zeugen Thiele, der sich nach der Tat veranlaßt sah, die Sicherheitsgruppe Bonn zu informieren, versuchte die Verteidigung zu erfragen, wer zu der Einschätzung gekommen sei, daß die Person im NSU der Terroristenszene zuzurechnen sei. Thiele: „Der Ablauf der Tat führte zu gewissen Vermutungen." Roth: „Man kann auch sagen, gewisse Vermutungen führten zum Ablauf der Tat." Roth bezog sich mit dieser Feststellung auf die Ergebnisse der weiteren Vernehmung des Zeugen Heller. Dieser hatte nämlich, trotz Observation durch seinen Dienstgruppenleiter, zugestehen müssen, daß das entscheidende Stichwort bereits bei der Überprüfung von Roths Auto vom Computer ausgespuckt wurde. Weiterhin konnte Heller nicht ausschließen, daß dieses Ergebnis von ihm bereits vor der Schießerei an die am Tatort befindlichen Polizeibeamten weitergegeben worden ist. Hiermit bestätigte er den Polizeibeamten Barzig, der bei seiner Vernehmung angab, das Ergebnis der Fahrzeugüberprüfung sei vor der Schießerei am Tatort bekannt gewesen. Also:

Die zentrale These von Angeklagten und Verteidigern, daß Auslöser der Polizeischüsse das Reizwort – zur Terroristenszene zugehörig – gewesen, steht. Denn übermittelt wurde dieses Reizwort bereits bei der Überprüfung von Roths KFZ.

45. Verhandlungstag am 20. Juni
Roth verlas seine Antworten auf die Fragen des Gerichts und der Staatsanwaltschaft, die sich auf den Ablauf des Tags der Verhaftung beziehen.

BEFANGENHEITSANTRAG GEGEN RICHTER DRABER

KÖLN 28. Juni — Karl Heinz Roth hat den Vorsitzenden Richter Dr. Draber wegen Besorgnis der Befangenheit abgelehnt, weil dieser in einer bisher unbekannten Veröffentlichung mit dem Titel „Gruppendynamik im Strafprozeß" (Zeitschrift 'Gruppendynamik, Forschung und Praxis', Stuttgart, Nr. 5/1974, Seite 350 ff.) in der Hauptsache zu „Rollen, Strategien, Mechanismen und Hilfsmechanismen" angeblich gruppendynamischer Provenienz Stellung genommen hat. Diese Veröffentlichung ist Gegenstand des vorliegenden Befangenheitsantrages.
Insbesondere die folgenden Textstellen erregen begründetermassen die Besorgnis der Befangenheit:

„Diese Literatur (Kommentare, Lehrbücher und Monographien zur Strafprozeßordnung) behandelt den Arbeitsgruppenaspekt der Hauptverhandlung als den einzig vorhandenen und bezieht ihn auf ihre Funktion als Veranstaltung zum Zwecke der Tatsachenermittlung und Anwendung der Strafgesetze. Fragt man sich aber, was die zwecks Durchführung der Hauptverhandlung zusammengekommenen Beteiligten als Gruppe eigentlich tun, so ergibt sich ein anderer Bild: Die Gruppe vollzieht einen sozialen Ausstoßungsmechanismus." (S. 363)

„Aus Strafprozessen gegen linksextreme Angeklagte der jüngsten Zeit sind Versuche bekannt geworden, das Befragungsverbot zu durchbrechen. Diese Angeklagten stellen ihrerseits den Prozeßbeteiligten unbeirrt Fragen mehr oder weniger persönlicher Natur, z.B. nach deren politischer Vergangenheit oder Einstellung, obwohl sie wissen, daß diese nicht beantwortet werden. Sie versuchen einen wichtigen Sicherungsmechanismus zu zerstören..." (S. 370)

„Aus dieser Kontinuität (des Lebens) wird nun ein Vorgang herausgetrennt und bildet als die in der Anklage bezeichnete Tat den Gegenstand der Untersuchung in der Hauptverhandlung. Der Angeklagte kann versuchen, sich dagegen zu wehren. In Strafprozessen mit politischem Hintergrund wird oft versucht, diesen Hintergrund durch Benennung entsprechender, z.B. prominenter, Zeugen in die Verhandlung hereinzuholen, mit dem Ziel, das herrschende politische System zu entlarven. Aber auch, wer nur auf milde Strafe hofft, mag versuchen, seine unglückliche Kindheit oder andere fernliegende Umstände als zur Sache gehörig mit ins Spiel zu bringen." (Seite 370)

Ergänzende Begründung von Karl Heinz Roth zum Befangenheitsantrag vom 28.6.1977:

1. Was der abgelehnte Richter als theoretische Grundauffassung vom Strafprozeß dargestellt hat, ist für mich praktische Erfahrung. Die *gruppendynamische Interpretation des Vorsitzenden* Richters, die den Angeklagten von vornherein zum Schuldigen macht und herrichtet, hat klare Konsequenzen für mich und bedeutet, daß diese Konsequenzen auch auf die Zeit zur Vorbereitung der Hauptverhandlung hinausgreifen:
   Im Juni 1976 hat der abgelehnte Richter das Verfahren übernommen. Obwohl ich von einer schweren Verletzung noch nicht genesen war, war ich über ein Jahr in Isolationshaft gewesen. Der abgelehnte Richter hat diese *Isolationshaft* Anfang Juni 1976 noch *ausgedehnt.*

2. Ich muß annehmen, daß ihm die Resultate der psychologischen Forschung bekannt sind, wonach im Durchschnitt nach sechs Monaten strenger Einzelhaft schwere Verhaltensstörungen auftreten, die den Gefangenen weitgehend unfähig machen, sich auf sein Verfahren vorzubereiten und eine Konzeption zur Verteidigung zu entwickeln. Der abgelehnte Richter hat die Isolationshaft für mich noch verschärft: Als ich im August 1976 nach Bochum verlegt wurde, wurden mit meiner Ankunft zusätzliche Scheinwerfer vor meiner Zelle angebracht, die mir über ein Jahr chronisch den Schlaf entzogen haben.

   Der abgelehnte Richter hat, nachdem ihm klar war, daß er dieses Verfahren in der Hauptverhandlung durchzuführen haben würde, daß also der soziale Ausstoßungsmechanismus durchgeführt werden würde, mich desweiteren dadurch der Verschärfung der Haft unterworfen, daß er Gesinnungspost von mir konfiszierte, zum Beweismittel erklärte, aber kein einziges Mal diese Konfiskation als Beweismittel begründet hat. Er hat also versucht, meine Isolationshaft auszuweiten zu einer Deprivation von jeglicher Kommunikation mit der Umwelt, gerade auf meiner politischen Kontaktebene.

   Da er beabsichtigte, einen unpolitischen Mordprozeß zu führen, war eine weitere Haftverschärfung nötig: Alle Grundrechte, die ein Untersuchungshäftlich hat, sind mir von dem abgelehnten Richter entzogen worden, z.B. das Recht auf freie Arztwahl. Mir sind weitere Erschwerungen auferlegt worden, von denen mir nicht bekannt ist, daß sie anderen politischen Gefangenen auferlegt worden wären, wie z.B. der Einbau eines Doppelspions.

3. Der abgelehnte Richter *hat mein Verhalten rein gruppendynamisch interpretiert.* In meinem schweren Krankheitszustand, der bis Ende 1976 andauerte und sich zu Beginn des Prozesses verschärfte, sah er nicht die Tatsachen, sondern eine taktische Verhaltensweise eines Delinquenten, der sich seiner Verurteilung entziehen will. Am ersten Prozeßtag hat mich das *fast das Leben gekostet.* Als ich vom Notarzt des Malteser-Hilfsdiensts in der JVA Ossendorf behandelt wurde, da hatte ich schwere Kreislaufdepressionen und nur das schnelle Eingreifen des an sich gar nicht vorgesehenen Notarztes half mir aus dieser kritischen Situation.

4. Nach der Lektüre des Aufsatzes ist mir klar geworden, daß der abgelehnte Richter versucht hat, durch die unmenschliche Haft, *durch die unmenschlich verschärfte Haft mich zu einem Prozeßgegenstand zurechtzumachen.* Er wollte mir alle meine Möglichkeiten zur Verteidigung nehmen: er woll-

te einen Prozeß, der seinen rituellen Vorstellungen entsprach und den Angeklagten möglichst unfähig macht, sich zu verteidigen und ihn schließlich als bloßen Störfaktor erscheinen läßt.

5. Ich habe aber auch begriffen, daß der abgelehnte Richter mit mir schon vor Beginn der Hauptverhandlung einen gesellschaftlichen Ausstoßungsprozeß durchzusetzen versucht hat, den er benötigte oder zu benötigen glaubte, entweder um mich in den Zustand vollständiger Sprachlosigkeit zu versetzen oder mich in eine irrationale, in eine der Aufklärung der Wahrheit nicht gemäße Verhaltensweise zu pressen, indem ich in den gruppendynamischen Aktionsprozeß eingebaut wurde.

   Es fand also eine Strafe vor der Bestrafung, vor dem Urteil, vor Beginn der Hauptverhandlung statt.

6. Ich als der Angeklagte sollte so hergerichtet werden, daß ich nur noch eine vorgefertigte Funktion hätte wahrnehmen können, daß ich in meinem äußeren Prozeßverhalten von vornherein als niedrig gesinntes Tätersubjekt dastehen würde.

   Da ich also durch die Erfindung der Delinquenz in der Haft der Unschuldvermutung von vornherein beraubt war, konnte der gruppendynamische Interaktionsprozeß so ablaufen, wie der Richter ihn plante: Möglichst konfliktfrei, möglichst kommunikativ.

   Auf der anderen Seite hat der abgelehnte Richter trotz dieser möglichst weit vorangetriebenen Konfliktfreiheit versucht, sich einer Garantie für den sozialen Ausstoßungsprozeß als Ergebnis seiner Prozeßstrategie zu versichern. Der abgelehnte Richter hat die Unschuldsvermutung mir gegenüber umgekehrt und nicht nur in wesentlichen Aspekten der Hauptverhandlung, wo allerdings seine Möglichkeiten begrenzt geblieben sind, sondern entscheidend vor der Hauptverhandlung – er hat mich einer Haftsituation unterworfen, deren Funktion im Sinne seiner Interaktion darin bestand, Schuld zu befinden. Über diese befundene Schuld seine Aufgabe wahrzunehmen, die Aufgabe der herrschenden Macht, mich jenseits der Wahrheit, jenseits der Identität, jenseits der möglichst zu verschleiernden Ereignisse vom 9.5.1975 aus dieser Gesellschaft auszustoßen.

   Ich lehne den Vorsitzenden Richter als befangen ab.

STAMMHEIM: HUNGERSTREIK ABGEBROCHEN

Stammheim 27. Juni *Die Hafterleichterungen für die Stammheimer Gefangenen, die nach dem Hungerstreik versprochen wurden, werden von der Bundesanwaltschaft nur bruchstückhaft und nach harten Auseinandersetzungen realisiert. Nach der Zusammenlegung von Sabine Schmitz und Verena Becker mit anderen Gefangenen aus der RAF haben diese ihren Hungerstreik, der in diesem Punkt zum Erfolg geführt hat, abgebrochen.*

Durch die Mordanklage ihrer beiden Anwälte Arnd Müller und Armin Nerwala (ID 183) hat die Justiz ihre Strategie der Kriminalisierung von Anwälten erneut eskaliert.

Einerseits erhielten Sabine und Verena jetzt den durch den Hungerstreik erreichten Schutz durch die Gruppe der Gefangenen, verlieren aber auf der anderen Seite den Schutz ihrer bisherigen Anwälte, da sie diesen das Mandat entzogen haben. Die beiden Frauen begründen diesen Schritt in einer Erklärung vom 22. Juni:

,Wir können nur unterdrückt werden, wenn wir aufhören zu denken und aufhören zu kämpfen. Menschen, die sich weigern, den Kampf zu beenden, können nicht unterdrückt werden – sie gewinnen entweder, oder sie sterben, anstatt zu verlieren und zu sterben..'

Weil wir nicht wollen, daß unser Tod, der offenbar beschlossene Sache ist, zum Anlass wird, die wenigen Verteidiger zu kriminalisieren, die in der Bundesrepublik noch den Mut haben, Gefangene der RAF gegen die Politik der Folter und des Mordes, die die Bundesanwaltschaft seit 1972 in den Staatsschutzverfahren verfolgt, zu verteidigen, haben wir Newerla und Müller das Mandat entzogen.

Wir stellen dazu fest:

Die Behauptungen der Strafanzeige der Bundesanwatlschaft sind in allen Einzelheiten falsch. Nicht die Anwälte ,vereiteln Hafterleichterungen', sondern die Bundesanwaltschaft, der Ermittlungsrichter des Bundesgerichtshofes Kuhn und das Baden-Würtembergische Justizministerium haben die Zusage, in Stammheim eine größere Gruppen von Gefangenen zusammenzubringen, nicht eingehalten. Statt dessen wurde ein zweiter Foltertrakt eingerichtet, in dem wir seit 5 Wochen total isoliert werden.

Die ,Haftbedingungen', von denen in der Presseerklärung der Bundesanwaltschaft die Rede ist, bedeuten in Wirklichkeit eine Verschärfung, weil sie die Gruppe der fünf Gefangenen aus der RAF, die nach jahrelangem Kampf gegen die Isolation im Trakt im 7. Stock zusammenkommen kann, nicht vergrößert, sondern auseinanderreißt. Wobei es dem Staatsschutz – nachdem einStuttgarter Gericht das Abhören im 7. Stock verboten hat – darum geht, ihre Kommunikation mit uns in dem Trakt, in dem wir jetzt sind, auszuschnüffeln.

Unsinn ist auch, es ginge uns darum, die Zusammenlegung mit „führenden Mitgliedern der RAF zu erzwingen". die RAF ist ein Kollektiv. Und der ,Rahmen einer größeren Aktion', von dem die Bundesanwaltschaft quatscht, um ,Hintermänner' zu suggerieren – das muß bei Frauen so sein –, ist nichts anderes als die Tatsache, daß wir solange mit dem Hungerstreik kämpfen werden, bis sich die politische Justiz dazu bequemt, die minimalen Menschenrechte der politischen Gefangenen zu beachten, oder bis wir wieder frei oder tot sind.

Unser Widerstand richtet sich – wie jeder Hungerstreik der Gefangenen aus der RAF – gegen das Projekt der Staatsschutzjustiz, die Gefangenen durch jahrelange Isolation – allein oder in Kleingruppen, die nach der Definition der UNO und der internationalen Gefangenenhilfsorganisation Folter ist – physisch und psychisch zu zerbrechen. Er richtet sich gegen den Zynismus, mit dem die Bundesanwaltschaft die Menschenrechtskampagne Carters propagiert, während sie die Widerstandsbewegung gegen den amerikanisch-deutschen Imperialismus, die sich aus der Vietnam-Opposition entwickelt hat, auf den Strassen und in den Gefängnissen der Bundesrepublik durch den gezielten Mord, Folter und psychologische Kriegsführung zu vernichten versucht.

Wir fordern die Abschaffung der Isolation in den Gefängissen der Bundesrepublik – d.h. konkret die Zusammenfassung in interaktionsfähigen Gruppen von midestens 15 Gefangenen, die der Menschenrechtskonvention und den Mindestgarantien der Genfer Konvention entspricht."

Für die Gefangenen aus der RAF:
Verena Becker, Sabine Schmitz

Es werden inzwischen neue Anwälte gesucht, die weiterhin für die beiden Rechtsschutz übernehmen.

Die Frauen aus dem 7. Stock der Stammheimer Festung erklären am 22. Juni zu der neuen Kriminalisierungsstrategie gegenüber den Anwälten von Verena Becker und Sabine Schmitz:

„Zu der kopflosen Infamie der Bundesanwaltschaft, Newerla und Müller hätten „Hafterleichterungen vereitelt", stellen wir fest, daß die Bundesanwaltschaft, seit sie in den Verfahren gegen die RAF wütet, je nachdem ob es um die Vernichtung

der Gefangenen oder die Kriminalisierung der Anwälte geht, zwischen der Konstruktion, die Anwälte wären ‚Befehlsempfänger', ‚Komplizen', würden ‚erpresst'
und der Konstruktion, wir würden von ihnen ‚ferngesteuert', schlingert. Die brutale Dummheit des Einfalls, ausgerechnet den Rechtsanwälten eine Strafanzeige wegen versuchten Mordes an ihren Mandanten anzuhängen – nachdem Holger Meins, Siegfried Hausner und Ulrike Meinhof unter der Regie der Bundesanwaltschaft hingerichtet wurden – erinnert uns an die Stammheimer Plädoyers dieser höchsten Ankläger, in denen die Widerstandsaktionen der RAF gegen den Genocid in Vietnam mit dem Massaker der amerikanischen Armee in My Lay und den Verbrechen der SS in Ausschwitz verglichen wurden.

Tatsache ist, daß Anwälte auf unsere Entscheidungen keinen Einfluß haben.

Wir haben es abgelehnt, mit Verena Becker und Sabine Schmitz außerhalb des Isolationstrakts im 7. Stock zusammenzu kommen, weil die Gruppe der politischen Gefangenen in Stammheim damit nicht vergrößert wird, wie das Justizministerium Baden-Würtemberg zugesagt hat, sondern gespalten. Das ‚Angebot' bedeutet nicht größere Interaktionsmöglichkeiten entsprechend der Forderung der Gutachter, sondern die Einrichtung eines zweiten Isolationstraktes in Stammheim und eine Kanalisierung unserer Kommunikation, die nur den Zweck haben kann, das Verbot des 2. Strafsenats des Olg Stuttgart, die Gespräche der Gefangenen abzuhören (mal angenommen, es wird überhaupt beachtet), das sich nur auf den 7. Stock bezieht, umzuschiffen."

Gudrun Ensslin
Ingrid Schubert
Irmgard Möller

ZWEITER JUNI UND DIE FOLGEN

22. Juni *Aus Freiburg haben wir folgenden Bericht bekommen:*

Zum 10. Todestag Benno Ohnesorgs hatten wir ein Plakat gedruckt, wo wir unter dem Titel „Die Polizei dein Freund und Henker" eine „ unvollständige Bilanz der Opfer von Polizei und Mobilen Einsatzkommandos" zogen. Eine Liste mit über 60 Opfern des praktizierten Todesschusses in der BRD von Benno Ohnesorg bis Peter Lichtenberg. Mit diesem Plakat sollt plastisch gezeigt werden, daß immer mehr „innere Sicherheit" nicht die versprochene Sicherheit der „Staatsbürger" bringt, sondern (auch) recht wahllos zuschlägt– auch wer sich nicht wehrt kann Opfer werden.

Wir hatten schon Plakate nachts geklebt, als wir am Nachmittag des 2. Juni mit ca. 40 Leuten zum Regierungspräsidium zogen, um dort in aller Öffentlichkeit anzufangen zu plakatieren: Die Dokumentation der zunehmenden Repression in einer Form, die zeigt, daß wir trotzdem und gerade auch deshalb uns weiter wehren, offen auftreten, z. B. plakatieren , auch wenn das nicht erlaubt ist. Diese Aktion als gemeinsamer öffentlicher Akt des Ungehorsams schien uns geeignet , die Ereignisse des 2. Juni 1967 vor dem Vergessen zu bewahren; 2. Juni auch als Brennpunkt der Erfahrung vom tendenziell terrroristischen Rechtsstaat und Ausgangsspunkt militanter Gegenwehr. Gezeigt werden sollte auch, daß Ungehorsam erfolgreich möglich ist und daß es möglich wäre, dachten wir, im Schutze von 40 Leuten ein paar Plakate aufzuhängen. Aber nachdrückliche Bestätigung fand zunächst nur der Inhalt des Plakats:

Binnen vier Minuten war der erste Mannschaftswagen der Polizei da: die Bullen rissen die Plakate von der Wand und versuchten sofort, einige Genossen rauszugreifen und zu verhaften. Kurze Zeit später kamen ca 30 weitere Bullen in Kampfausrüstung und unter Führung des Polizeipräsidenten (SPD). Nachdem es bis dahin gelungen war, die Verhaftungen zu verhindern, kam es jetzt zu brutalen Knüppeleien der Polizei und zur Verfolgungsjagden durch die Innenstadt. Es wurden sieben Leute für einige Stunden festgenommen. Ihnen droht eine Anzeige wegen Widerstand gegen die Staatsgewalt, Körperverletzung, Sachbeschädigung und Teilnahme an einer nichtgenehmigten Demonstration.

Da in diesen Tagen an der Uni eine Filmreihe über die Studentenbewegung 68 lief, war die Möglichkeit geschaffen, in breiterem Rahmen über diese Aktion und diese Anzeige zu diskutieren. Kritisiert wurde zum einen, daß wir zu wenige waren dann wurde gefragt, ob es überhaupt sinnvoll sei, Jahrestage zum Anlaß zu nehmen, etwas zu machen. Die Möglichkeit weiterzumachen und Solidarität zu üben, lassen sich grob auf zwei Alternativen reduzieren:

1. den Versuch, über eine breite Aktionseinheit mit den Organisationen und Parteien am Ort eine Solidaritätskampagne anzuzetteln. 2. am nächsten Tag wieder auf die Straße zu gehen (mit vielleicht 100 bis 200 Leuten). Gemacht haben wir aber was anderes (zum Teil aus Überlegung, zum Teil auch aus Hilflosigkeit):

Die Reaktion in der Badischen Zeitung (BZ) entsprach im wesentlichen dem Polizeieinsatz: volle Übernahme des Polizeiberichts ,ein zweiter Artikel später, mit der Tendenz, uns vollend zu kriminalisieren. Wir haben dann den Entschluß gefaßt, unter Verarbeitung des Informationsmonopols dieser Zeitung eine Gegeninformation zu starten. Am 14. Juni wurde eine BZ–Extra in großer Auflage morgens in die Briefkästen der Freiburger Bürger gesteckt. Ihr Inhalt: Richtigstellung des Verlaufs von Aktion und Polizeieinsatz, Kommentar, Bericht über das in Freiburg am 1.Juni neu eingerichtete MEK sowie Informationen zum neuen Polizeigesetz.

Die Verunsicherung in der Bevölkerung war beträchtlich: zahlreiche Anrufe und Nachfragen bei der BZ, Dementi der BZ, allerdings rein formal, Nachrichten im Südwestfunk, sowie eine Anzeige gegen Unbekannt wegen Urkundenfälschschung, Volksverhetzung und „andere, in Zusammenhang mit der Herausgabe dieses Extrablattes bestehender Delikte" (BZ vom 15.6.)

Daß dieses „Unbekannt" bis heute noch nicht aufgefüllt ist, das zeigt: Widerstand ist möglich!"

BEWEGUNG 2.JUNI ZU H.J. KLEIN

FRANKFURT 28.Juni *In einem Brief ohne Absender kam folgende Stellungnahme der Bewegung 2.Juni zu H.J. Klein:*

„Im Fall H.J. Klein haben wir uns einiges vorzuwerfen. Wir müssen uns vorwerfen in verantwortungslosem liberalismus die lügen und tücken dieses typs immer wieder als schwäche ausgelegt zu haben, als schwäche eines infantilen charakters, der halt mehr nachsicht und zeit braucht für seinen emanzipatorischen prozeß.

keiner als klein selbst weiß es besser, wie lange und mit welcher gründlichkeit wir versucht haben herauszufinden,was er wirklich will. aber die voraussetzung eines revolutionären charakters ist ehrlichkeit und kollektivität. klein ist zutiefst unfähig zu beidem. er hätte schon vor einem jahr den bewaffneten kampf aufgeben und eine andere ebene suchen können, ohne daß ihn die guerilla dafür verfolgt hätte. aber sicher, er hätte sich dann auseinandersetzen müssen mit sich, der poli-

tik und uns, mit seinen motiven, seinen schwächen, hätte sagen müssen, daß er was anderes will, daß er nicht mehr bewaffnet kämpfen will.

statt dessen hat er bis zuletzt mit bodenloser durchtriebenheit den held gespielt, den großen wilden revolutionär, dem noch alles viel zu pisselig war, was die guerilla arbeitet.

selbst als wir unsere erfahrungen mit klein auf den punkt brachten, daß der mann nicht kämpfen will, nie gekämpft, sondern django gespielt hat, daß er von einer welle oberflächlichen ‚draufseins' in die opec-aktion gespült wurde, daß er den internationalen kampf nur als söldner begriffen hat, der für diese aktion und die verwundung, die er sich dabei zuzog, seinen sold verlangte in vielen formen, selbst als wir klein durchschaut hatten als gefährliches wrack, dessen energie und bauernschläue sich nur noch daran entwickelte, wie er die guerilla ausbeuten kann, wie er sie abkochen kann ohne vor aller welt sichtbar zu machen, was er wirklich ist: ein hinterhältiges windiges schwein, durch und durch käuflich, das seine eigene großmutter verkaufen würde,

selbst da hingen wir gelähmt zwischen skrupeln und zweifeln was zu tun sei, in der irrationalen hoffnung, daß wir uns vielleicht doch irren, überließen wir ihm den fortgang der geschichte. — und was wir wissen mußten: er hat sie in seiner manier fortgesetzt.

wir haben klein nicht als fighter reklamiert, wie behauptet wird. er war seit langem kein teil der lösung mehr, sondern ein teil des problems. alle versuche, in diskussionen seine schwierigkeiten und eventuellen zweifel an der internationalen strategie der guerilla aufzudecken, sind fehlgeschlagen. bei ihm, dem größten, gabs nichts zu diskutieren, war alles klar. daß er politische zweifel oder unbewältigte momente haben könne, wies er als infame beleidigung zurück. der zunehmende persönlichkeitszerfall riß immer mehr lücken in sein image als topfighter. er zog wirklich alle lügenregister sie zu stopfen.

klein hat die guerilla für sein persönliches ansehen, sein image, sein krankhaftes heldenspielen ausgenutzt. solange es für ihn möglich war, nannte er sich dabei genosse, jetzt setzt er die ausbeutung fort, als antiguerillaspezialist, der futter für die kanonen des psychologischen kriegs gegen uns produziert.

klein baut darauf, daß wir seine verleumdungen — wir wären gefühllos, menschenverachtend, gar faschistisch — nicht umgehend widerlegen können. das wollen wir auch gar nicht. es wäre dasselbe, wenn wir versuchen würden, den billigen auswurf von peter böhnisch und konsorten zu widerlegen. die vergangene geschichte der befreiungskriege hat diese lügen schon längst widerlegt und die kommende geschichte der befreiung wird dies auch immer wieder tun.

klein baut auch darauf, daß der verkommenste teil der linken begierig ist auf seinen schmarren, seine erlogenen internas aus der guerilla. was er von dieser linken hielt, hätte er vor nicht allzu langer zeit noch gerne seinen revolver sagen lassen, so großmaulte er jedenfalls. jetzt allerdings weiß er diese verkorkste linke besser zu benutzen.

was sind die gründe dafür, daß ein teil der linken, der sich gar als linksradikal begreift, die guerilla mit solcher vehemenz bekämpft? was sind das für leute, die sich ewig auf die seite der verräter, der denunzierer, der bullen stellen mit dem simplen trick, die fakten zum verrat einfach zu ignorieren, die doch tatsächlich den v-mann schmücker heute noch in eine reihe stellen mit den um autonomie kämpfenden kronstädtern. — welch eine unverschämte beleidigung der anarchistischen geschichte!

die linken verhalten sich zur guerilla, als hätten sie in ihr den schuldigen gefunden, für ihre im sumpf von desorientierung, hilflosigkeit und wiederholungen steckengebliebene politik. wer im organisierten bewaffneten kampf die einzige konsequente alternative sieht zu ihrer integrierbaren, paralysierbaren politik innerhalb der herrschenden machtstrukturen, der verwandelt sich in ihren köpfen plötzlich zu einem wesen, das zu allem fähig ist, das seinen verstand, seine menschlichkeit an der pforte zur illegalität zurückgelassen hat, zu einem wesen, das sie nicht mehr unter kontrolle haben, das sich aufmacht, ihre ghettospiele zu zerstören.

es hat in der geschichte des bewaffneten kampfes in der BRD keinen fall gegeben, in dem die widersprüche militärisch gelöst wurden. dies ist einmal mehr eine bösartige verleumdung aus dem verteuflungsprozeß der jemands und niemands. es hat verrat gegeben, und im falle schmücker noch weitergehend seine aktive, subversive bullentätigkeit gegen die guerilla. in keinem fall war der verrat die folge von vorhergegangenen widersprüchen in der gruppe, sondern das resultat der wahl zwischen knast, repressalien, isolation, permanentem kampf — und der eigenen haut, dem satten bauch.

der verräter entscheidet sich für den apparat, gegen den sich die guerilla konzipiert hat. er gibt seine eigenen erfahrungen, die ihn zum bewaffneten kampf brachten, preis, liefert die genossen dem feind aus für sein eigenes heil.

erst das gehirnwäscheprogramm der bullen und psychostrategen macht aus diesem simplen d l ein großes projekt, eine weiterzielende waffe für ihren antiguerillakrieg. erst da entstehet die mähr von den widersprüchen, vom zwang, von der blutrünstigkeit, von der peitsche, von der sinnlosigkeit und vom ‚wiedervernünftigwerden'.

die wirklichen widersprüche innerhalb der bewaffneten linken sind für jeden sichtbar, der sich ernsthaft damit befasst. sie sind erkennbar in der existenz verschiedener bewaffneter gruppen und deren aktionen. die dialektik von kämpfen und lernen, der wille zur revolution eines jeden genossen, der in der guerilla kämpft, die notwendigkeit, unzerschlagbar zu werden, wird die widersprüche unter den gruppen auflösen und den kampf vereinheitlichen. so und nicht anders ist die logik der guerilla.

widersprüche sind diskutierbar, auflösbar. verrat ist ein verbrechen gegen die revolutionären kräfte und wird als solches behandelt.
ES LEBE DIE ANTIIMPERIALISTISCHE GUERILLA!

bewegung 2.juni"

KÖLNER ANTIFASCHISTEN INHAFTIERT

KÖLN
Juni 1977

Von der Roten Hilfe Köln erhielten wir die Abschrift eines Offenen Briefes an Justizminister Posser, in dem es unter anderem heißt:

„Sehr geehrter Herr Minister Posser,

wir fordern von Ihnen als dem verantwortlichen Minister für Justiz und Strafvollzug in NRW: FREIHEIT FÜR DIE KÖLNER ANTIFASCHISTEN. Geben Sie unverzüglich Anweisung, Wolfgang Brod und Manfred Schönenberg freizulassen! Nehmen Sie die Anweisung zurück, Peter Bellinghausen und Michael Gollan inhaftieren zu lassen!

Die Genannten standen im Herbst 1974 als Angeklagte vor der 1. Großen Strafkammer des Kölner Landgerichts, weil sie im Herbst 1973 an einer spontanen Demonstration gegen einen Großaufmarsch der NPD in Köln-Nippes teilgenommen hatten und dort von der Polizei festgenommen wurden. Den Vorsitz führte der bereits damals einschlägig als Reaktionär bekannte Richter Viktor Henry de Somoskeoy, dessen Prozeß und Urteil gegen Beate Klarsfeld nicht nur in Deutschland den Protest vieler Antifaschisten und Demokraten hervorgerufen hatte.

Es dürfte Ihnen bekannt sein, daß die Angeklagten ohne einen einzigen Tatbeweis wegen „gemeinschaftlich begangener schwerer Körperverletzung" zu Gefängnisstrafen ohne Bewährung verurteilt wurden, ebenso wie es Ihnen bekannt ist, daß der BGH der Revision nicht stattgab. Alle vier haben die Aufforderung zum Haftantritt erhalten; Manfred Schönenberg und Wolfgang Brod sind bereits in den Vollzugsanstalten Attendorn bzw. Münster inhaftiert.

Heinrich Böll hat im 'Stern' vom 21. 4. 1977 die Widersprüche dieses Urteils noch einmal aufgezeigt, die keinen anderen Schluß zulassen, als daß hier ausschließlich die politische Gesinnung der Angeklagten verurteilt wurde. Es ist nicht anders, als Sie selbst, Herr Posser, 1961 geschrieben haben:

„Die Urteilsbildung im politischen Prozeß vollzieht sich anders als im Strafprozeß. Das beginnt bereits bei der politischen Einstellung der Richter, der 'Staatsbürger in Robe'. Ein mahnendes Beispiel ist die Haltung vieler Richter in politischen Prozessen in der Zeit der Weimarer Republik. In ihrem Herzen der republikanischen Staatsform feindlich gesonnen, haben viele Strafrichter die Angeklagten sehr unterschiedlich behandelt: bei Rechtsradikalen wurde — selbst bei politischen Morden — die grundsätzlich ehrenhafte Gesinnung hervorgehoben und nach allen nur denkbaren Entlastungsmomenten gesucht; die Gesinnung von Kommunisten und Sozialisten dagegen wurde grundsätzlich für ehrlos erklärt ... "

Sie behaupteten damals, daß in der BRD die Gefahr solcher Rechtsprechung gebannt sei. Das schriftliche Urteil des Herrn de Somoskeoy widerlegt dies jedoch schlagend: Satz für Satz kommt hier die unterschiedliche Behandlung von Antifaschisten als Menschen mit 'querulatorischen Zügen und dumpfer Aggressivität', als 'Gesinnungstäter' gegenüber NPD-Faschisten als Leuten 'von uns' zum Ausdruck. Heinrich Böll zieht den Schluß daraus:

„Wenn das Urteil und die Praxis, eine solche Sache gleich vor das Landgericht zu bringen, Schule macht, dann wird man sehr vorsichtig sein müssen, nicht nur an keiner Demonstration mehr teilnehmen, auch achtgeben, daß man in keine hineingerät, bei keiner dabeisteht: es könnte ja sein, daß man keiner von 'uns' ist, daß man sich zu einer Sympathiekundgebung hinreißen läßt, die 'uns' — wer ist das? — nicht gilt."

Ein Richter wie de Somoskeoy, der nach den Antifaschisten den türkischen Arbeiter Baha Targün, bekannt als Streikführer bei Ford 1973, ausschließlich aufgrund der Anzeige eines türkischen MHP-Faschisten zu sechs Jahren Gefängnis ohne Bewährung verurteilte, der vier türkische Patrioten fast zwei Jahre lang in Untersuchungshaft ließ und sie allein wegen des Besitzes revolutionärer Schriften verurteilte (der § 88 a trat erst kurz darauf in Kraft!), der nach seinem Aufstieg zum Schwurgericht einen Portugiesen zu sieben Jahren Gefängnis verurteilte, weil er sich mit einem deutschen Polizisten angelegt hatte, und der einen Deutschen, der zwei Türken mit einem Messer erstochen und einen dritten lebensgefährlich verletzt hatte, freisprach — ein solcher Richter beweist durch seine faschistischen und rassistischen Urteile, daß er den von Ihnen geschilderten aus der Weimarer Republik in nichts nachsteht, auch und gerade wenn er sich zum 'Rechtsstaat' bekennt.

Und de Somoskeoy ist kein Einzelfall. Heute werden täglich wieder Kommunisten, Antifaschisten und ausländische Revolutionäre und Patrioten vor Gerichten in der BRD angeklagt und verurteilt — und zwar genau nach den 'Staatsschutz'-Paragraphen und der Einschränkung der Möglichkeiten der Verteidigung, die Sie, Herr Posser, 1961 'aus der Sicht des Verteidigers' — wenn auch wenig entschieden — kritisiert haben. Gerade Ihre Partei, die SPD, hat die Staatsschutzparagraphen aus der Weimarer Zeit, die unter Hitler wie unter Adenauer ungebrochen angewandt wurden, in ihrer Regierungszeit nicht nur übernommen, sondern verschärft sie mit Strafrechtsänderungen ständig, ebenso wie sie die Rechte der politischen Gefangenen und Angeklagten durch das neue Strafvollzugsgesetz und die Änderungen der Strafprozeßordnung bis zum Nullpunkt abbaut. Als Justizminister in NRW tragen Sie eine besondere Verantwortung für diese Entwicklung!

Auf der anderen Seite kann man gerade in NRW die 'ungleiche Behandlung' sehen: im Düsseldorfer 'Maidanek-Prozeß' gehen Richter und Staatsanwalt mit alten Hitlerfaschisten und KZ-Mördern äußerst zuvorkommend um. In Köln wurden Faschisten der 'Aktion Widerstand' teilweise freigesprochen, weil ihnen bei ihren Aktionen angeblich keine 'Absicht' nachgewiesen werden konnte. Eine solche Rechtsprechung ist ein Hohn in den Augen aller ehrlichen Demokraten!

Wir fordern Sie deshalb nachdrücklich auf:
Geben Sie Anweisung, Wolfgang Brod und Manfred Schönenberg unverzüglich aus der Haft zu entlassen! Nehmen Sie die Anweisung zur Inhaftierung von Peter Bellinghausen und Michael Gollan sofort zurück! FREIHEIT FÜR DIE KÖLNER ANTIFASCHISTEN!

Köln, 29. 5. 1977 ROTE HILFE, Ortsgruppe Köln"

WIR SIND GEGEN DIESEN WAHN — FRAUEN GEGEN DIE STADTAUTOBAHN !

KÖLN 30. Juni Mit dieser Parole demonstrierten am Samstag, dem 25.6., ca. 100 Frauen und Kinder gegen den Bau der Stadtautobahn und die Zerstörung von Köln.

Wir wollen die Leute, besonders die Frauen darauf aufmerksam machen, wie wir von den Stadtplanern verschaukelt und belogen werden.
Durch den Bau von noch mehr Hochhäusern, Supermärkten und Autobahnen werden wir die Folgen der lebensbedrohlichen Verplanung besonders spüren:
Wir sollen noch mehr als bisher isoliert werden, unsere Kinder müssen zwischen Betonmauern und Autos aufwachsen und spielen. Wenn wir den Lärm, die Kinder, die Männer, oder das Alleinsein nicht mehr ertragen können, sollen wir uns in die Kaufhäuser stürzen und unsere Bedürfnisse nach Leben und Wärme durch Waren ersetzen.

Aber das lassen wir uns nicht länger bieten!
Deshalb wollen wir den Bauplatz nach unsren Bedürfnissen einrichten, nämlich:
als Treffpunkt, wo wir gemeinsam Kaffeetrinken und quatschen können, wo unsere Kinder nach ihren Vorstellungen spielen können.

Der Anfang ist schon gemacht:
Eine neue Wiese grünt, Blumen blühen, ein Freundschaftshaus chen steht und Wege sind angelegt.

DAS UMWELTLIED

1. Es stinkt in unsern Städten
wer kann sich da noch retten?
Die Wiesen wer'n zu Straßen,
wo nur noch Autos rasen.
Kein Platz für Kinder mehr
—— nur Verkehr.

2. Die Luft ist nur noch Dreck
der Sauerstoff ist weg.
Wird's Wetter auch noch feucht,
läuft alles rum und keucht,
Wir spür'n nicht mehr die Wonne
—— der Sonne.

3. Die Flüsse sind verdreckt,
das jeder Fisch verreckt.
Die Weiher sind Kloaken,
wo keine Frösche quaken.
Was ist mit unserm Meer?
—— nur Teer!

Melodie: Baggerführer Willibald

Nippeser Frauen



Photo: Gegen den Bau der Kölner Stadtautobahn demonstrierten am 25. Juni ca. 100 Frauen und Kinder. Rollschuhe, Fahnen und Phantasie sind Mittel ihres Kampfes.

Zu dem Ablauf der Ereignisse, über die Beteiligten und die Stadtplanung konkret auf Köln-Nippes bezogen , haben wir eine Dokumentation erstellt. Dieses „Nippeser Veedels-Blatt Extra" (Preis DM 1,50) könnt Ihr über:
„der andere Buchladen", Zülpicher Str. 197, 5 Köln 41, bestellen.
Wenn eben möglich, Bestellungen ab 10 Exemplaren, da für uns sonst der Arbeitsaufwand zu groß wird.

Nippeser Bürgerwehr.



PRESSEERKLÄRUNG DES „ANTI–ROEDER–ARBEITSKREISES"

FRANKFURT
Juni 77

Presseerklärung

„Auf Initiative des „Antifaschistischen Arbeitskreises Hamburg", der seit Anfang dieses Jahres Aktivitäten gegen den Neonazi-Anwalt Manfred Roeder ergriffen hat, konstituierte sich am 18.6.77 in Frankfurt der „Anti-Roeder-Arbeitskreis".

Der Einladung waren Vertreter linker Organisationen, Journalisten, junge Filmer und Antifaschisten aus Nürnberg, Frankfurt, Hamburg und Flensburg gefolgt. Außerdem unterstützen über 50 Einzelpersonen und Organisationen die bisher begonnenen Aktivitäten.

Ziel des Arbeitskreises ist, die faschistischen Umtriebe von Roeder ("Deutsche Bürgerinitiative"), Thies Christophersen ("Bauern- und Bürgerinitiative") und Erwin Schönborn („Kampfbund Deutscher Soldaten") aufzudecken. Anders als „gemäßigte", auf Tarnung bedachte Faschisten zeichnen sich diese drei und ihr Anhang durch politische Militanz aus. Sie betreiben offen und unverhüllt Propaganda gegen jede Form von Demokratie („Die Demokraten müssen weg" — Roeder; FR 29.8.75) und für die Errichtung einer faschistischen Diktatur („Für uns gilt es, das Vierte Reich aufzubauen" — Christophersen; „Bauernschaft" 4/75). Sie feiern „NSDAP"–Gründungen, „Reichstage" und „Freiheit-für-Heß"-Veranstaltungen unter dessen vielsagendem Motto „Ich bereue nichts".

Westdeutsche Justizbehörden unternehmen nichts dagegen — im Gegenteil: „Allerdings kann ich mit Bescheiden über Einstellungen von Strafverfahren schon bald die Wände tapezieren" (Christophersen; „B'schaft" 2/76).

Der Arbeitskreis wird in ca. sechs Wochen eine Dokumentation über das Treiben des Trios vorlegen, die der Beginn der Kampagne „Roeder und Co. gehören hinter Gitter" sein soll. Nach Erscheinen der Dokumentation wird zu einem weiteren Treffen aller interessierten Antifaschisten nach Frankfurt aufgerufen, um den weiteren Kampf gegen Roeder und Co. zu diskutieren.

ANTI–ROEDER–ARBEITSKREIS
Postlagerkarte 087869 A, 2000 Hamburg 36

PS: Wir bitten um Verständnis, daß wir für unsere Adresse keinen Namen nennen. Dies tun wir aus Selbstschutz, weil neonazistische Terrorgruppen vor Anschlägen gegen Antifaschisten nicht zurückschrecken."

BRÜCKNER IN WÜRZBURG NICHT TRAGBAR

WÜRZBURG
26. Juni

Das Therapeutische Kollektiv in der Evangelischen Studentengemeinde (ESG) und der Arbeitskreis „Helfende Gespräche" an der Katholischen Hochschulgemeinde (KHG) haben eine Diskussionsveranstaltung mit Peter Brückner (Hannover) und Würzburger Selbsthilfegruppen (psychologische Beratungsstellen für Studenten, Fachschaftsinitiativen, Frauengruppe) gemacht. Das Thema: „Objektive gesellschaftliche Veränderungen seit der Studentenbewegung 1967 und ihre Auswirkungen auf den subjektiven Faktor der Studenten". Warum die Veranstaltung vor dem ESG-Haus stattfinden mußte, schildern die Initiatoren:

„Nachdem die KHG uns seit zwei Monaten die Zusage für einen Saal gegeben hatte, erfuhren wir am Montag, dem 20. 6., von einem Schreiben des Würzburger Bischofs Stangl an die Gemeindeleitung der KHG, in dem die Veranstaltung „oberhirtlich" untersagt wurde, da „die Person des Referenten für das Auftreten in kirchlichen Räumen nicht geeignet" sei.

Die daraufhin vom Christlichen Verein Junger Männer (CVJM) gegebene Zusage für einen Vortragssaal wurde am Freitag, fünf Studen vor der Veranstaltung, zurückgezogen, „da eine Veranstaltung mit Professor Brückner für den CVJM in seinem Hause untragbar ist und mit den Grundsätzen seiner Arbeit nicht vereinbart werden kann." (Dr. Vocke, Vorsitzender des CVJM.) Den Hinweis zur Person Brückners hatte Vocke von Oberstaatsanwalt Fischer erhalten, der auch gleich die Politische Polizei einschaltete, worauf Vocke sich veranlaßt sah, die Polizei um Objektschutz fürs CVJM-Haus zu ersuchen.

Das Gesuch um einen Uniraum wurde von Präsident Berchem ohne Begründung abgelehnt. Im Gespräch mit ihm wurde jedoch deutlich, daß die Person Brückners für die Ablehnung maßgeblich war, da das Thema seines Vortrages nicht von dem Vorwurf seiner „Terroristenbegünstigung" zu trennen sei. Wir mußten die Veranstaltung dann vor dem ESG-Haus unter sehr schlechten Bedingungen (stark befahrene Straße neben dem Haus) durchführen. Die 150 Teilnehmer der Veranstaltung verabschiedeten bei zwei Enthaltungen ohne Gegenstimme folgende Resolution:

> *„Die Teilnehmer sind empört über die Versuche des Bischöflichen Ordinariats, des CVJM-Heims und der Universitätsleitung, eine Veranstaltung von studentischen Selbsthilfegruppen zu verhindern. Wir bewerten dies als Ausdruck davon, daß durch verwaltungstechnische Maßnahmen kritische Auseinandersetzung mit der derzeitigen Situation an unserer Universität unterbunden werden soll. Wir wehren uns gegen die Tendenz, daß durch die formale Maßnahme des Raumentzugs studentische Veranstaltungen immer mehr verhindert werden. Wir fordern freie Betätigung studentischer Gruppen und Organisationen ohne inhaltliche Zensur."*

ÜBER DAS GESUNDE VOLKSEMPFINDEN IM STADTRAT

VON DER INITIATIVGRUPPE HOMOSEXUALITÄT BIELEFELD

BIELEFELD
26. Juni

Als das Theaterkollektiv „Brühwarm" von der Bielefelder Schwulengruppe IHB eingeladen wurde, Mitte Mai 77 sein neues Stück „Männercharme" im (städtischen) Jugendheim Niedermühlenkamp zu spielen, wiederholten sich Szenen aus dem vergangenen Jahr (ebenfalls anlässlich eines Brühwarm-Gastspiels): Anfrage der CDU im Stadtbezirk Mitte – ein „solches Stück" gehöre nicht in ein städtisches Jugendheim. Was das für ein Stück war, wußte zu dem Zeitpunkt noch niemand, es reichte, daß dort Schwule, die ihr Schwulsein nicht länger verstecken mögen, Theater spielen wollten.

Die (noch regierenden) Sozial-Liberalen mochten – zumindestens öffentlich – den Christen nicht folgen: strikte Einhaltung des Grundgesetzes, keine Zensur – tönte es von ihrer Seite durch die Lokalpresse. In der Praxis sah das so aus, daß sich die IHB als veranstaltende Gruppe u.a. verpflichten mußte, nur über 18jährige hereinzulassen und gegebenenfalls Ausweiskontrollen durchzuführen. (Gerade in Bezug auf Altersvorschriften für Schwule nichts Ungewöhnliches: die „Gleichheit vor dem Gesetz" heißt schließlich auch – „Schutz" alter 16 für Heteros, 18 für Schwule ...)

Doch es kommt noch besser: Besorgt über den Schwund der Bielefelder Bevölkerung diskutierte der Stadtrat über die Unlust der Bielefelder, Kinder zu produzieren. Genüßlich vermerkte „Neue Westfälische"-Reporter Gerke eine Äußerung von CDU-Ratsmitglied Heimen: man könne zwar niemand zwingen, Nachwuchs zu erzeugen (wie lange noch ? ? ?) – doch „Gegenpropaganda" in Form des Auftritts eines„Schwulentheaters" im städtischen Jugendheim, die sei zu verhindern. Von einer Gegenrede aus dem Stadtrat wurde nicht berichtet.

Hier wird klar, aus welcher Ecke der Wind bläst: unter anderem mit der Begründung der Unfähigkeit, Kinder (als Kanonen- und Maschinenfutter) in die Welt zusetzen, wurden Schwule im Faschismus gnadenlos verfolgt und in Konzentrationslagern ermordet. Die wenigen Überlebenden sind bis heute kriminalisiert, erhielten nie eine Wiedergutmachung. Kein Wunder in einem Staat, in dem faschistisches Denken, Sprechen und Handeln an der Tagesordnung sind. Wer heute von „verhindern" redet, sagt morgen vielleicht „vergasen".

Kontakt: IHB, c/o Asta Universität, Postfach 8640, 48 Bielefeld 1

WIE TERRORISTEN LEBEN

BERLIN
Juni 77

Im „Berliner Tagesspiegel" vom 7. Juni dieses Jahres erfreute der Korrespondent „Zi." aus Bonn die West-Berliner Leser mit dem überaus informativen Beitrag „Wie Terroristen leben." Aufmerksame Leser sollen in die Untergrund-Tricks der Terroristen eingeweiht werden, um diese, auch wenn sie sich als Stehlampe tarnen sollten, auf den ersten geschärften Blick zu erkennen. Gerhard Boeden, Leiter der Abteilung „Terrorismus" (TE) des Bundeskriminalamtes verrät via Korrespondent Zi., daß Terroristen zwischen 18 und 35 Jahre alt sind (meist), sich als Ehepaare tarnen, oft umziehen, mit neuen Autos durch die Gegend brausen, Taschen im Auto verladen, nicht arbeiten. „Wenn mehrere dieser Merkmale zusammentreffen, sollte man die Polizei informieren. Das hat nichts mit Denunziation zu tun. Denn Terroristen sind mit brisanten Dingen unterwegs, die eine Gefahr für ihre Nachbarn darstellen", sagte Boeden wörtlich.

Weiter gehts, also Augen auf: „Terroristen verbergen sich auch in einsamen Gebieten, etwa im Schwarzwald, wo sie sich als harmlose Naturfreunde mit Rucksack und Wanderstab tarnen." Nach Abfassen dieses Beitrags mach' ich mich also auf und verpfeife meinen Nachbarn von schräg oben drüber, den ich jüngst im Taunus mit Wanderstab gesichtet habe. Denn natürlich macht der, gut getarnt, „heimlich Schießübungen".

Verdächtig ist übrigens auch, wer „jeden Preis" für eine Wohnung zahlt, also nicht gegen überhöhte Neubaumiete mault. Die Welt ist voller Terroristen ! Verdächtig auch, „wenn die Miete regelmäßig überwiesen, die Wohnung aber wenig benutzt wird." Also, macht euch nicht verdächtig, zahlt säumig, vor allem, wenn ihr Vertreter oder Handelsreisende seit, sonst treffen, siehe oben, schon zwei Verdachtsmomente zu. Wer sich gegen den Einblick von außen abschirmt ist dran. Vor allem wohl, wer die Haustüre schon ab 18 Uhr freiwillig verriegelt und verrammelt. Der klassische Terrorist bevorzugt außerdem den „Mittelklassewagen, am besten gebraucht".

Zum Schluß verrät Boeden noch einen Trick, mit dem man Strafzetteln entgehen kann. Kommt von irgendwoher ein solcher, und man selbst weiß sicher, daß man sich den nicht mit dem eigenen Auto eingehandelt hat, wars ein Terrorist, der mit einer „Doublette" durch die Gegend kutschiert (gefälschtes Nummernschild und gleicher Fahrzeugtyp). Terroristen sind zudem Privatpatienten bei Ärzten.

Der Beitrag im Tagesspiegel endet: „Schon jetzt kann die Polizei mit der Mitarbeit aus der Bevölkerung zufrieden sein. Selbst in ruhigen Zeiten kommen täglich etwa 50 Hinweise. Wenn die Fahndung auf Hochtouren läuft, sind es leicht 500 oder mehr Hinweise pro Tag." Und: „Jeder, der einmal zuviel zur Polizei geht, ist uns lieber als derjenige, der einmal zuwenig zu uns kommt." Weiter oben im Beitrag hieß es: „Das hat nichts mit Denunziation zu tun." Na also, auf ans Telefon, in meiner Straße weiß ich mindestens 20 Verdächtige.

Dazu noch ein Leserbrief, den das geschätzte Blatt am 19. Juni abdruckte:

„Dieser Bericht im Berliner Tagesspiegel hatte die Unterzeile: Bundeskriminalamt hofft auf mehr Hinweise aufmerksamer Bürger. Ich möchte Sie von folgenden Tatsachen in Kenntnis setzen. Mein Alter liegt zwischen 18 und 25 Jahren. Außer meiner Wohnung in Berlin besitze ich auch noch ein Wochenendhaus im Weserbergland, welches ich sporadisch benutze und auch Freunden zur Verfügung stelle. Ich besitze einen Mittelklassewagen mit vier Türen, der auch häufiger mit Taschen, Koffern oder Säcken beladen wird (womit denn sonst?). Wenn ich mich in meiner Wohnung aufhalte, pflege ich mich gegen Einblicke von außerhalb abzuschirmen, und ich habe die Angewohnheit, mir ab und zu die Haare schneiden zu lassen und manchmal auch eine Sonnenbrille zu tragen. Und schließlich bin ich polizeilich gemeldet."

GEFÄHRLICHES LESEN – ZENSURMASSNAHMEN IN DER AMERIKA–GEDENKBIBLIOTHEK

BERLIN
23. Juni

Die Amerika-Gedenkbibliothek (AGB) ist eine der größten Handbibliotheken Europas. Auch bibliotheksungewohnte Besucher haben einen ziemlich leichten Zugang, da sie „ihr" Buch an Hand der ausgestellten Exemplare aussuchen können. Das soll jetzt anders werden.

So sollen bestimmte Bücher nicht mehr in die dem Leser frei zugänglichen Regale gestellt, sondern sofort „magaziniert" werden. Laut einer neuen internen Dienstanweisung dient das dem Schutze derjenigen „mündigen" Leser, „die nicht alle Voraussetzungen für eine Art von Literatur haben, die man nicht uneingeschränkt jederman vorsetzen kann". Diese Bücher können zwar weiterhin angefordert werden, aber (lt. Dienstanweisung): „Was die Leser nicht unmittelbar vor Augen haben, sehen sie nicht und fordern sie auch nicht über Katalog an."

Die zu „magazinierenden Pol-Titel" zerfallen laut Dienstanweisung in drei Kategorien:
1. Bücher mit „nationalsozialistischem, sozialistischem oder kommunistischem Gedankengut, deren Wirkung problematisch erscheint."
2. Bücher aus „Ostverlagen mit aggressiver kommunistischer Tendenz" und „polemisierendem, unsachlichem Vokabular". Information des Leiters der AGB (Berliner Tagesspiegel, 15.6.): „Auch diese werden ausgeliehen, jedoch nur über den zuständigen Bibliothekar, den die Kennzeichnung daran erinnert, daß er insbesondere jugendliche Entleiher ... auf die Existenz anderere Literatur zu dem betreffenden Thema freundlich hinweisen soll."
3. Sondermagazin („ ... und nur mit Unterschrift und bei besonderem wissenschaftlichen Interesse zu verleihen"): „verbotene Westliteratur", "kommunistische Propagandaschriften", „nationalsozialistische Schriften", (als Beispiel: einige Schriften von Wagenbach – für linke Literatur). Bei der Beschaffung wird ohnehin eine Vorauswahl getroffen: „... reines Tendenzschrifttum (schaffen wir ohnehin) gar nicht (an)." Der neue Schutz des mündigen Lesers geht also über diese Literatur hinaus.

Zur Zensur kommt die Möglichkeit der Gesinnungsschnüffelei: Die Sondersignierung radikal-politischer Literatur erleichtert es, bestimmte politische Werke auf ihre Leser hin auszuwerten. Der Senator für Inneres hält einen solchen Verdacht für „überraschend" und „bestürzend", weil er zeige, „welche absurden Vorstellungen über die Tätigkeit des Verfassungschutzes heute in Teilen der Öffentlichkeit bestehen müssen ..."

STERN DENUNZIERT CISNU

FRANKFURT
14. Juni

„Nach allseitigen Versuchen der Reaktion und offiziellen Stellen der BRD die CISNU zu kriminalisieren und zu diskriminieren (siehe z.B. den Verfassungsschutzbericht von 1975) wurde im Wochenmagazin Stern Nr. 21 vom 12.5.77 ein Artikel mit dem Titel „Warum morden sie" veröffentlicht. In dem Artikel wird von Faramarz Bayani ein Mitglied der CISNU Äußerungen zitiert, die dazu dienen, die CISNU zu denunzieren. Wir zitieren aus dem Stern: „Dabei blieb die Faszination, die der in sich gekehrte und passive Grübler Sonnenberg für die Tatmenschen des Untergrunds empfand, völlig unpolitisch." So beschreibt ihn Faramarz Bayani, Vorstandsmitglied der CISNU. Er kannte Sonnenberg und dessen Freundin Sabine Schmitz zwischen 1973 und 1975 genauer. „Von Politik hatte der keine Ahnung", sagte Bayani. „Seine Freundin Sabine wußte wenigstens, was in der Dritten Welt vor sich geht. Der Sonnenberg hatte nicht mal einen Dunst von den politischen Facts in der BRD."

Diese Behauptungen dieses Artikels im ‚Stern' sind falsch. Richtig ist:
1. Bayani hat sich mit einem ‚Sternreporter' unterhalten, aber er hat nie ein Interview gegeben.
2. Bayani hat sich weder wörtlich noch sinngemäß in dieser Weise geäußert.

3. Bayani hat sich nicht als CISNU-Vorstandsmitlgied, sondern als einfaches CISNU-Mitglied bezeichnet.
4. Das Gespräch kam auf folgende Weise zustand und verlief wie folgt:

Vor ca. 5 Wochen nahm ein Mann, der sich als ‚Sternreporter' ausgab, telefonisch mit unserem Genossen Bayani Kontakt auf. Zuvor hatte er eine Woche lang beim AStA der Uni Karls-

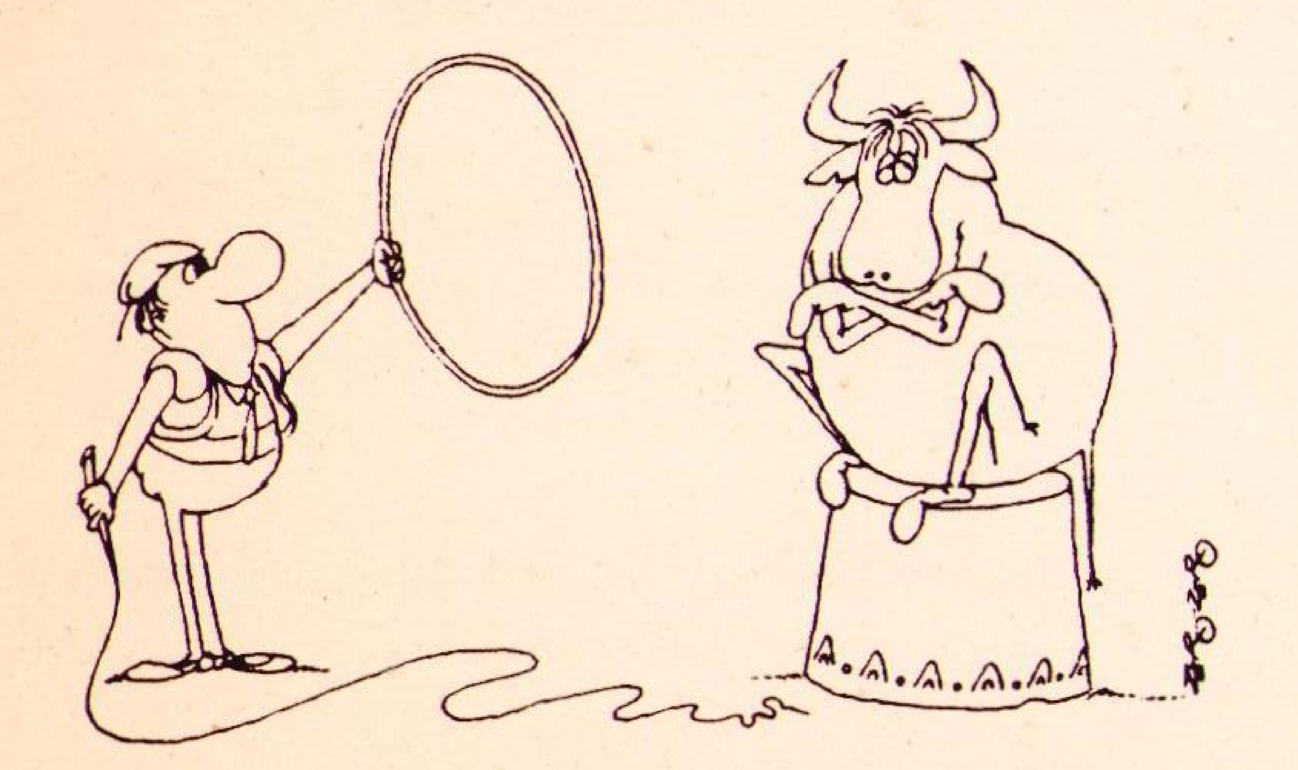
ruhe und bei Nachbarn versucht, Bayani ausfindig zu machen. Der ,Reporter' teilte Bayani sein Interesse an einer Unterhaltung mit, worauf dieser frage, um was es gehe.
Der Reporter nannte die ,Buback-Geschichte' als Gesprächsthema. Als Bayani fragte, was das mit ihm zu tun habe, erwiderte der ,Reporter': „Wir haben gehört, daß Sie eine kritische Meinung über die deutsche Polizei haben." Bayani antwortete: „Ich habe viele Meinungen über die deutsche Polizei, insbesondere über das Unterdrückungssystem der Polizei zur Liquidierung der linken Kräfte hier in der BRD, aber ich weiß nicht, in welchem Zusammenhang das mit Ihrem Interesse an der ,Buback-Geschichte' steht."

Bayani traf sich mit dem ,Reporter', um herauszufinden, welches Komplott im Gange sei. Er berichtete dem Reporter über die polizeilichen Methoden zur Unterdrückung aller fortschrittlichen Kräfte sowie über die „Bekämpfung des Terrorismus" und brachte einige Beispiele dazu.
Nach diesem Gespräch, bei dem der ,Reporter' durch ständiges Kopfnicken, Bayanis Meinung zu unterstreichen vorgab, fragte er Bayani plötzlich, inwieweit er Herrn Sonnenberg kenne. Bayani antwortete: „Ich habe ihn hier und da gesehen, aber ich kenne ihn nicht." Der ,Reporter' fragte nach Sonnenbergs Aktivitäten in der Vergangenheit. Bayani darauf: „Wie ich schon sagte, ich kenne ihn nicht und ich weiß überhaupt nicht, wie und wie oft er sich in der Vergangenheit politisch betätigt hat." (vgl. Stern!)
Dann fragte der ,Reporter' nach Frau Sabine Schmitz. Bayani sagte, daß er sie noch nie gesehen habe. Er habe lediglich von einem Genossen gehört, daß sie im Vergleich zu ihren Mitschülern politisch sehr informiert sei und die Probleme im mittleren Osten kenne. Er (Bayani) selbst aber wisse nichts über sie.

Im weiteren Verlauf des Gesprächs fragte der Reporter Bayani nach seinen Aktivitäten als aktives und verantwortliches Mitglied der CISNU in Karlsruhe. Neben seinen Erläuterungen zu dieser Frage stellte Bayani klar, daß er keine Verantwortung in der CISNU hat und nur einfaches Mitglied ist. Zuletzt bat der ,Reporter' um ein Interview mit Sonnenberg: „Es wäre gut, wenn wir eine Gelegenheit hätten, Sonnenberg zu interviewen. Selbstverständlich können Sie sicher sein, daß wir ihre Geheimnisse bewahren werden und sie sollen auch unter den jetzigen Bedingungen, die Sie auch bezüglich der deutschen Polizei erklärten, im Untergrund bleiben."

Bayani schrieb am Tag der Veröffentlichung dieses Artikels eine Gegendarstellung an die Illustrierte ,Stern'. Diese wurde jedoch bis heute nicht veröffentlicht. Die Art und das Ziel des Artikels im ,Stern' und die Konstruktion von Aussagen über eine Organisation (CISNU) „Aus der dritten Welt" als Interview mit dem ,Stern' machen deutlich, daß damit von den Organen und Schutzorganen des BRD-Imperialismus eine verstärkte Hetze, Verleumdungskampagne und ein Komplott gegen die linken und antiimperialistischen Kräfte zur Stiftung von Verwirrung im Gang ist.
Deshalb appellieren wir an alle fortschrittlichen und demokratischen Medien den Inhalt und den Zweck dieses Briefes so schnell wie möglich in ihren Zeitungen wiederzugeben."

Der Vorstand der CISNU



INTERNATIONALES

DER VERUNGLÜCKTE BEGINN VON RADIO VERTE

PARIS 23.Juni

Bereits kurz nach dem überraschenden Wahlsieg der Listen der Ökologen bei den Kommunalwahlen in Paris — sie hatten 10% der Stimmen erhalten — wurde bereits im März das nächste Projekt groß in der Tagespresse angekündigt: der Piratensender ,radio verte'. Nach dem italienischen Vorbild von Radio Alice sollte radio verte ein Kommunikationsmittel vor allem in den einzelnen Wohnvierteln sein. Basisnah nicht nur der Quantität nach gedacht, sondern geplant gleichzeitig der Idee nach als Medium der Information und Verständigung unter den Bürgern gegen das staatliche Monopol über Fernsehen und Funk in Frankreich. Um einen Anfang zu machen und zum Nachmachen zu ermutigen, wurden 8 Sendungen vorbereitet zu Themen wie Verkehrsprobleme in Paris, Wohn- und Lebensfragen, sanfte Technologien oder anti-nuklear-Bewegung. Am Freitag, den 16.Mai wurden von 19 Uhr bis 19.35 Uhr auf 89 Mgz die erste Sendung erfolgreich ausgestrahlt. Der Piratensender wurde mit Musik und Interviews bekannter Ökologen vorgestellt. Zu diesem verbotenen Ereignis wurde die bürgerliche Presse eingeladen und selbst die Tagesschau brachte einen ausführlichen Bericht.

Die am darauffolgenden Montag zur gleichen Zeit ausgestrahlte Sendung wurde bereits nach 2 Minuten so gestört, daß kaum jemand etwas hören konnte; man sprach von einem Krieg auf den Wellen. Die staatliche Radioanstalt IDF ging einer politischen Diskussion über das staatliche Nachrichtenmonopol dadurch aus dem Wege, daß sie praktisch zwar die Sendungen störte, offiziell aber die Existenz von radio verte leugnete.

Zum Überdenken der Situation hat radio verte nach der dritten Sendung, die ebenfalls gleich gestört wurde, die Sendungen erst einmal eingestellt. Dabei ging es nicht nur darum, technisch neue Möglichkeiten ausfindig zu machen,die nicht so leicht gestört werden können, sondern auch um die Diskussion und Kritik des Auftaktes von radio verte, der kaum etwas mit der Idee der Kommunikation der Bewohner in den Wohnvierteln zu tun hat. Erstens wurde die erste Sendung aus der Wohnung von M.Hallier ausgestrahlt, einem reichen,sehr zwielichtigen Paris-Nicht-Ökologen; zweitens wurde nur die bürgerliche Presse zu einer Pressekonferenz eingeladen, an die dann Exklusivinterviews gegeben wurden und drittens bestanden die ersten Sendungen in der Mehrzahl aus Vorträgen bekannter Ökologen. Auch die Auswahl der Technikergruppe, die zwar der ökologischen und linken Bewegung nahesteht, aber keine militante Gruppe ist, spricht mehr für ein ehrgeiziges mondänes Projekt.

Nach einigen internen und in der Presse geführten Debatten und Selbstkritiken sind sich die verschiedenen Gruppen des mouvement ecologist (Ökologiebewegung) darin einig, daß ein radio verte oder ein radio libre ein Sender für die Wohnviertel sein soll und auch in ihnen installiert werden sollte. Das bedeutet die Aufhebung des Mythos, daß die Realisierung der technischen Seite einer Gruppe von Spezialisten überlassen bleiben muß. Erstens ist es nicht schwer, den Bau von Sendern und Empfängern zu lernen; zweitens kann radio libre auch heißen, daß man an einer bestimmten

Stelle Kassetten abholt und diese in den Cafés oder anderen Treffpunkten der Wohnviertel abspielt. Das staatliche Monopol über Radio und Fernsehen kann nur verhindert, lächerlich gemacht und seinem Inhalt nach verändert werden, wenn überall viele kleine Piratensender entstehen.

Radio verte hat trotz des etwas zwielichtigen Auftakts zu einer guten Diskussion und weiteren Versuchen geführt. Es senden schon „radio beau delire" in Lille, „radio verte" in Fessenheim, in einigen Quartiers in Paris werden Kassetten abgespielt und für Süd-Paris laufen die Vorbereitungen für ein radio libre in vollem Gange. Bleibt zu hoffen, daß sich durch Multiplikation vieler kleiner radio libre die Bewohner dieses Medium der Kommunikation aneignen.



NEUES AUS OKZITANIEN (SÜDFRANKREICH)

FRANKFURT 23. Juni

Vom 13. bis 14. August wird auf dem LARZAC ein Meeting stattfinden, in einem Aufruf der Larzac-Bauern steht dazu: "In den 6 Jahren, die wir den Larzac verteidigen, hat sich die offizielle Haltung nicht geändert: die Ausweitung des Militärlagers ist notwendig für die Nationale Verteidigung. Lebensnotwendig für uns ist es, ständig aktiv zu bleiben und uns dagegen zu wehren.
Aus dieser Lage heraus wird in diesem Sommer auf dem Larzac ein militantes und offensives Treffen mit all denen stattfinden, die, wie wir, dafür kämpfen, in ihrer eigenen Region zu leben und zu arbeiten, ihr Leben, ihre wirklichen Bedürfnisse und ihre Erwartungen selbst zu bestimmen.

Gegen Wirtschaftsinteressen einer Politik, die nur solche Folgen hat wie:
- Verelendung der Bauern und Landflucht
- Arbeitslosigkeit und Entlassungen
- wachsende Militarisierung der Gesellschaft
- die Umweltverschmutzung und im Besonderen die Errichtung von Kernkraftwerken

LEBEN UND ARBEITEN IM EIGENEN LAND

Das 'Land' ist nicht nur der Ort, wo man arbeitet, es ist vielmehr auch der Ort, an dem man sich in jeder Hinsicht entfaltet in der Umgebung, der Kultur, der Denkweise, den menschlichen Bindungen, in denen wir uns entwickelt haben. Durch den erzwungenen Auszug versuchen die Mächtigen den Menschen aus seinen kulturellen Bindungen herauszureißen. So zwingen sie ihm ihre eigenen Werte und einen neuen Lebensrahmen auf. Deshalb ist das 'Land' auch der Ort, wo man lernen muß, zu kämpfen, wenn man da bleiben will......

Programm des Larzac-Treffens

In diesem Jahr soll die Veranstaltung einen offensiveren Charakter haben als in den Jahren davor. 1973 haben wir mit den Paysans–Travailleurs (Bauern-Arbeiter) einen Demonstrationszug zu dem Schafstall in La Blaquiere gemacht, der damals gerade illegal erbaut wurde. 1974, nach der Getreideernte, die symbolisch für die 3. Welt eingebracht wurde, haben wir ein Feld umgepflügt, dás der Armee gehörte.
In diesem Jahr werden wir auf das Gelände gehen, das gegenwärtig der Armee gehört, um das zu beleben, was die Armee zerstört.

1. Foren werden organisiert, um sich kennenzulernen und Erfahrungen auszutauschen. Jeder soll sagen können, wie er sich seine Zukunft vorstellt, wie wir alle sie sehen und welche Mittel wir uns verschaffen müssen, sie so zu sichern. Wir wollen zeigen, daß die, die sich entschieden haben, für eine andere Gesellschaft zu kämpfen, sich zusammenfinden können, wenn sie es wollen und wie sie es wollen, um ihre Erfahrungen zu vergleichen, um sich zu vereinen.

2. Eröffnung des Treffens am Samstag, den 13. August um 18 Uhr, Ende Sonntag um 18 Uhr.

3. Diese Aktion unterstützt nicht nur den Larzac, sondern auch andere vergleichbare Kämpfe. Wir wollen einmal mehr vielen Menschen die Gelegenheit geben, sich auf dem Larzac – als Ort der freien Meinungsäußerung – Gehör zu verschaffen, Bauern und anderen Arbeitern, die in ihrem Lebensrahmen und ihren Produktionsmitteln bedroht sind, damit sie von ihren Existenzbedingungen und Kämpfen berichten.

4. Wir wenden uns besonders an jene Organisationen, die in ihren politischen Überlegungen den Problemen Rechnung tragen, die in diesem Aufruf angesprochen werden.

5. Dieses Treffen, am Rande und im Inneren des Manöverterrains wird seine ganze Bedeutung dann erhalten, wenn die Teilnehmer und auch die Mächtigen es als eine Prä-Mobilisierung für den Tag betrachten, an dem die Drohungen der Zwangsausweisung auf dem Larzac oder anderswo wirklich wahr gemacht werden.

Wir wollen, daß alle die, die auf unseren Appell reagieren werden, mit der Gewißheit nachhause gehen:
Es ist möglich, sich zu vereinen und siegreich zu kämpfen, um in seinem Land zu leben, arbeiten und autonom zu bestimmen – trotz aller Technokraten.

Für weitere Auskünfte folgende Adresse: Secretrariat des Paysans du Larzac B.P. 96, 12100 Millau.

Dieses Meeting beschließt den MARSCH FÜRS LEBEN Malville-Larzac (vgl. ID Nr. 181)

(Das Hochplateau des Larzac ist am besten über die Autobahn bis Beziers, von dort über die Route nationale 9 Richtung Millau zu erreichen. Ein Zelt ist zu empfehlen und gefüllte Wasserkanister auch).

Praktische Solidaritität auf dem Larzac ab Anfang Juli:
Nachdem der von Bauern und zahlreichen freiwilligen Helfern aus aller Welt illegal erbaute Schafstall zum Symbol des Widerstandes der Bauern gegen die Armee geworden ist, will nun dieses Jahr eine Gruppe von Larzacbewohnern eine große Scheune ausbauen. Vorigen Herbst von der Armee aus einem besetzten Bauernhaus vertrieben, brauchen sie dringend eine neue Bleibe, um ihr Projekt zur Erforschung und Verbreitung der Formen des gewaltfreien Widerstandes (d.h. konkret Auswertung von Zeitung und Literatur, Aufbau einer Bibliothek) weiter fortführen zu können. Dazu gehörten und gehören in immer größerem Umfang Arbeitstreffen, Wochenseminare von Gruppen z.B. Kriegsdienstverweigerern, 'Gewaltfreier' etc. /Sie suchen übrigens noch feste Mitarbeiter für ihr Projekt.

Wer Lust hat für einige Zeit an dem Bau mitzuarbeiten, kann sich ab sofort bei Hervé Ott, Le Cun, La Blaquererie, 12 230 La Cavallerie erkundigen. Hervé spricht deutsch.
Wer im übrigen als Erntehelfer bei der Weinlese helfen will, kann sich an eine Cooperative wenden /in den Departements Herault und Aude gibt es in jedem Ort eine. Wer gegen geringere oder ohne Bezahlung bei politisch aktiven Winzern helfen will, kann sich an unsere Adresse wenden.
Wer in Languedoc/Roussillon Urlaub macht und dabei von der okzitanischen Bewegung etwas mitbekommen will, sollte sich dort unten am besten die Wochenzeitung 'SUD' kaufen, eine linke Regionalzeitung mit Sitz in Montpellier, in der alle wichtigen Demos, Meetings, Straßentheater und Protestmusikveranstaltungen angekündigt sind.

Direktverkauf von okzitanischem Wein in der BRD

Eine Aktion praktischer Solidarität mit der durch EG-Weinhändler–Trusts schwer bedrängten südfranzösisch/okzitanischen Winzern läuft in der BRD seit einem halben Jahr.
Anfang 1977 begann unsere Gruppe in Neu-Isenburg mit dem Direktverkauf von okzitanischem Rotwein (s.ID 163). Inzwischen ist diese Idee/Aktion von mehreren Gruppen in der BRD aufgenommen worden, wir haben uns kennengelernt und arbeiten zusammen.
Außer uns in Neu-Isenburg verkaufen kontinuierlich Wein:

Weinlädchen, Liebfrauenstr. 38, Darmstadt
3. Weltladen Ingrimstr. 28, Heidelberg
Tanja Karow, Rellingerstr. 12, 2 Hamburg 19
Kronenburg, Münster, Hammerstr. 7,
Lebascha, München, Breisacher Str. 12
Paraphenalia, Podbielskistr. 10, Hannover

Es gibt noch mehr Gruppen, die hier nicht aufgeführt sind.
In Berlin haben Genossen schon seit längerem einen Weinhandel aufgebaut: **Wein und Glas Volker Winhold und Gerd Weber, Prinzregentenstr. 2, 1 Berlin 31.**

Weinverkauf in Neu-Isenburg: **Donnerstag 17 Uhr bis 19.30 h**

Sommerpause vom 15. Juli bis 21 September 77, Die anderen verkaufen aber weiter in diesem Zeitraum.

Außerdem gibt es noch eine Broschüre "das Fass ist voll", 96 Seiten, viele Bilder für DM 4.

Verein zur Förderung der deutsch/okzitanischen Freundschaft Karlstr. 30, 6078 Neu-Isenburg, Tel. 37281

SUPERPHENIX UND WIDERSTAND IN DER REGION MALVILLE

MALVILLE

... Wenn man nur auf die Leute zählen will, die keine Angst haben, dem Elektrofaschismus

Einhalt zu gebieten,
habe ich ANGST, daß
man sehr lange warten kann.
(E. Marty)

Ein schneller Brüter mit einer Leistung von 1 200 MW wird zur Zeit in Greys-Malville (Isere, Frankreich) gebaut. Zwei Gründe verursachen eine Einstimmigkeit gegen dieses Projekt:

– Die besonders große Gefahr, die mit der Verwendung von flüssigem Natrium (4 600 Tonnen), und hauptsächlich mit der Herstellung von Plutonium (7,5 Tonnen) verbunden ist. Natrium explodiert und brennt bei Kontakt mit Luft und Wasser, man ist zur Zeit nicht in der Lage, ein Natriumfeuer mit mehr als 100 kg dieses Stoffes zu löschen. Plutonium ist ein besonders energiereicher Brenn-, gleichzeitig aber auch hochgiftiger Stoff.
Eine Kernexplosion kann im Schnellen Brüter stattfinden: sie braucht nicht sehr stark zu sein, um weite Flächen (z.B. bis Süddeutschland über die Schweiz) zu verseuchen.

– Die Schnellen Brüter (insbesondere Superphènix) spielen eine Schlüsselrolle im europäischen Kernenergieprogramm: ohne sie wird der Mangel an Uranreserven in 10–15 Jahren akut. Wenn es uns also gelingt, die Schnellen Brüter heute zu stoppen, kann die Entwicklung der Kernindustrie morgen verhindert werden: ein Ziel, wonach alle Leute streben, die sich überall gegen die unkontrollierte Ausdehnung der Atomtechnologie wehren.

Im ID 181 brachten wir schon eine Zusammenstellung der Route und der verschiedenen Aktionen, die in Malville geplant sind.

Wie die staatlichen französischen Energiekonzerne das Atomenergieprogramm bisher durchführten und weiterhin planen, und vom Widerstand dagegen, berichten die französischen Initiativen gegen den Bau des Superphenix:

„Nicht weniger ehrgeizig als die deutsche Atomindustrie, die sich beeilt, das Atomenergieprogramm durchzuziehen, handeln die staatlichen französischen Energiekonzerne (schade, hier gäbs für die DKP nichts mehr zu verstaatlichen).
Nach Angaben der 'Electricité de France' (Le Monde, 29.3.77) sollen allein in den Jahren 1977–1985, also in acht Jahren, Atomkraftwerke mit einer Gesamtleistung von 39.600 MW in Betrieb gehen, dazu der auf 1.200 MW geplante, natriumgekühlte Schnelle Brutreaktor in Malville.
Dabei sind geplant für die Jahre

1977 – 1978	–	8 00	MW
1979 – 1981	–	10 00	MW
1982 – 1983	–	12 00	MW
1984 – 1985	–	9 60	MW

Neun Atomkraftwerke sind heute schon in Betrieb, dazu der (seit acht Monaten außer Betrieb befindliche) 240 MW „Schnelle Brüter" (dieser ist verdammt langsam; bei Betrieb auch nur 40–50% Verfügbarkeit) in Marcoule und die Wiederaufbereitungsanlage in „La Hague" (Bretagne).

Höhepunkt (und notwendige Weiterentwicklung, um das in Leichtwasserreaktoren anfallende Plutonium wiederverwenden zu können) des nuklearen Energieprogramms soll der Superphenix in Malville werden. Der Standort Malville, direkt an der Rhone, 22 km entfernt von Bourgoin, 38 km von Chambéry, 44 km östlich von Lyon und 72 km südwestlich von Genf, liegt in einer nicht gerade dünn besiedelten Landschaft.
Am 14. April 1976 fällte Staatspräsident Giscard-d'Estaing die endgültige Entscheidung über den Bau des Superphenix (ohne das französische Parlament und das gesamte Kabinett zu konsultieren).
Die betroffene Bevölkerung bezeichnete die Entscheidung des Präsidenten und die sofortige Umwandlung des vorgesehenen Bauplatzes in eine Festung a la Brokdorf als einen Akt der Gewalt; die Anwohner mußten erleben, daß Einwände und Proteste nicht die geringste Auswirkung auf die Entscheidung gehabt haben.
Der Bau des Superphenix ist nicht nur eine französische Angelegenheit. Das finanziell und aufwendig technische Projekt ist ein Produkt internationaler Zusammenarbeit (Frankreich, Italien, Bundesrepublik Deutschland).
1971 wurde zwischen dem französischen Konzern EDF, dem italienischen Konzern ENEL und dem deutschen Energiekonzern RWE ein Vertrag abgeschlossen, der die Gründung der NERSA(Centrale Nucleaire a Neutron Rapides, S.A.) zum Ziele hatte. Diese Gesellschaft fungiert als Bauherr. Sie hatte ein Anfangskapital von 50 Mill. Francs, der Sitz ist in Paris, der Verwaltungssitz in Lyon und im Vorstand sitzen drei Franzosen, zwei Italiener und ein Deutscher. Die Beteiligung sieht im einzelnen so aus:

EDF	–	51 %
ENEL	–	33 %
RWE	–	16 %

Außer in Frankreich hat sich kaum sonst irgendwo in Europa Widerstand gegen dieses Projekt geregt (immerhin ist die BRD zu 16% am Bau beteiligt und man sollte das RWE auch in dieser Frage nicht ganz ungeschoren lassen).

Der Widerstand in der Region um Malville war stark, er wird in diesem Sommer sicherlich einen neuen Höhepunkt erreichen. Zu vergleichen ist er, wenn überhaupt, am ehesten mit dem Widerstand der Wyhler Bevölkerung. Der Kampf der Bevölkerung gegen das illegale Bauwerk des Superphenix soll an dieser Stelle kurz dokumentiert werden:

Die ansässige Bevölkerung hat ihren – auch militanten – Widerstand von vornherein nicht nur als notwendig, sondern auch als legitim erkannt. Sie hat sich schon im Vorfeld der Standortentscheidung als Bürgerinitiative „Rhone-Alpes" konstituiert und konnte von Anfang an auf die Unterstützung vieler Wissenschaftler (vor allem der Universitäten Grenoble und Lyon) zählen.
Inzwischen gibt es über 50 lokale Initiativen (deren Organisationsform ungefähr der der BUU entspricht).
Die Entwicklung des Widerstandes ist im wesentlichen in fünf Phasen zu charakterisieren:

I. Die ersten Aktionen finden im Februar 1975 statt:
- Petitionen an Präsident Giscard-d'Estaing, die ohne Antwort blieben
- 50 Informationsveranstaltungen in den Orten rund um Malville
- eine Podiumsdiskussion in Morestel mit über 1.000 Zuhörern
- Plakat- und Flugblattaktionen
- Aktionen auf den lokalen Märkten (Musik- und Theaterveranstaltungen)

II. Die zweite Phase hat ihren Höhepunkt in „Flévieu dans Ain" in einer Demonstration mit über 2.000 Teilnehmern der umliegenden kleinen Orte (die allerdings nur ca. 500—1.5000 Einwohner haben).

III. In der dritten Phase, die ungefähr den Zeitraum von Juli – Dezember 1975 umfaßt, tritt eine leichte Demobilisierung der Initiativen ein, die auch darin begründet ist, daß die Bevölkerung die Grenzen und die Wirkungslosigkeit der Aktionen „legalen Typs" deutlich sieht.
Zunächst werden Aktionen auf lokalen Festen, Musikveranstaltungen usw. fortgeführt; aber schon am 17.12.1975 werden die Verwaltungssitze der EDF (des beteiligten französischen Konzerns) in der Region „Rhone-Alpes" besetzt. Eine größere Öffentlichkeit ist hergestellt.

IV. In der Zeit von Januar 76 bis zum Sommer desselben Jahres spitzt sich die Entwicklung zu.
Im März 1976 beschließen die Initiativen, am 3.7.76 den Bauplatz zu besetzen.

V. Am 3. Juli findet eine Demonstration von 20 – 25.000 Menschen direkt am Bauzaun statt (etliche tausend Demonstranten bleiben ca. 14 Tage, campen auf abgeernteten Feldern und werden von der einheimischen Bevölkerung mit Trinkwasser und Nahrungsmitteln versorgt).
Am nächsten Tag gelingt der Durchbruch an einer Stelle (Zaun und Nato-Draht-Verhaue sind unter Strom gesetzt); der Polizei gelingt es schnell – mit großer Brutalität –, die Demonstranten wieder vom Baugelände zu vertreiben. Am darauffolgenden Wochenende (die Demonstranten hatten eine Woche lang Tag und Nacht am Bauzaun campiert) hatte ein Besetzungsversuch Erfolg, die Demonstranten konnten auch ca. zwei Tage weitere Bauarbeiten verhindern, wurden dann jedoch wieder außerhalb des Baugeländes zurückgedrängt.

Zwischenzeitlich hatten die flics (Bullen) einen brutalen Überfall auf außerhalb des Baugeländes campierende Demonstranten gestartet. Die Verletzungen bei einigen Demonstranten waren z.T. erheblich.
Am 17./18. September 1976 fand eine weitere Großkundgebung am Baugelände statt, die noch einmal die Bereitschaft der Bevölkerung dokumentierte, entschlossen Widerstand zu leisten.

Die EDF (staatlicher französischer Energiekonzern) plant zwei weitere Superphenix (Größenordnung 1.200 MW):
Saone 1 Saone 2
bei Senecey le Grand, in der Region Chalons-sur-Saone.
Zusätzlich ist hier eine Urananreicherungsanlage geplant.

Zeitschrift atomwirtschaft/atomtechnik, 10/1975:
EDF, ENEL und RWE haben folgende Vereinbarung getroffen:
Baubeginn eines Superphenix Nr. 2 noch vor 1980 in der BRD.

Nach dem bisher vorliegenden Informationsstand ist der Patenschaftsort aller deutschen Gruppen, die nach Malville fahren:

Morestel (oder Poleyrieu)

Unser Anreisetag hängt von den Planungen der Franzosen ab; steht also noch nicht fest. Gemeinsames Anreisen wäre sinnvoll (regional).

Adressen: **Secrétariat des Comités Malville**
c/o Marcel Cottier
Montgarel
38 510 Morestel

Mouvement Ecologique
65, Boulevard Arago
75 013 Paris, Tel.: 331.22.74

Comité contre Verbois Nucléaire (CCUN)
Case Postale 225
CH-1227 Caronge, Schweiz

BETTER ACTIVE TODAY THAN RADIOACTIVE TOMORROW (WYHL IN USA)

SEABROCK 18. Juni

Wir haben jetzt einen Bericht von amerikanischen Freunden bekommen, die noch einmal über die Besetzung des AKW-Bauplatzes Seabrock schreiben. Da hier mehr über die Strukturen innerhalb der amerikanischen Umweltschutzbewegung und über das Zustandekommen solcher Aktionen ausgesagt wird als in der Meldung im ID 178, drucken wir ihn vollständig ab.

„Liebe Freunde, haben uns überlegt, daß wir mal einen Artikel über die Kernkraftbewegung in den USA schreiben könnten, weil wir nunmal hier wohnen und somit besser wissen, was abläuft. Einer der Artikelschreiber war selbst in Seabrook dabeigewesen, die beiden anderen haben sich ausührlich mit dieser Sache auseinandergesetzt. Wir hoffen, daß ihr eventuell den Artikel noch abdrucken könnt, obwohl er euch erst sehr spät erreicht, was daran liegt, daß wir erst abwarten wollten, wie die ganze Sache zu Ende geht.
Übrigens wollen wir auch einige Bilder zuschicken, aber das dauert so unendlich lange mit dem Entwickeln, daß wir uns entschlossen haben, zuerst einmal den Artikel loszuschicken und dann die Bilder von der Seabrockbesetzung nachzuschicken.

„Better active today than radioactive tomorrow", mit diesem Slogan traten am 30.4.77 zweitausend Demonstranten zu einer Besetzung des KKW Seabrock in New Hampshire an. Dies war der erste Versuch einer Massenbesetzung in den USA, die damit zum Wyhl der Vereinigten Staaten geworden ist.

Geschichte von Seabrock:

Seabrock (ca. 6 000 Einwohner) liegt ungefähr 70 Kilometer von Boston an der Atlantikküste. Früher war die einheimische Bevölkerung auf Muschelfang, Landwirtschaft und Kunsthandwerk konzentriert (Landwirtschaft und Muschelfang verloren an Bedeutung und an deren Stelle siedelte sich Industrie an). Dennoch lebte ein nicht unbeträchtlicher Teil von Menschen weiterhin vom Fischfang. Als Folge eines Raubbaus wurden um-

liegende Gegenden in Naturschutzgebiete umgewandelt.
In den späten 60er Jahren kaufte die Public Service Company (PSC) große Teile von Land auf und verkündete dann im Mai 68 den Bau von zwei 1150 Megawatt-Reaktoren im Werte von zwei Milliarden Dollar, um den wachsenden Energiebedarf der Wirtschaft zu decken. Dies wurde mit Ausnahme von Fischerfamilien, die beunruhigt über die Zerstörung ihrer Lebensgrundlage waren, als eine neue Industrie zur Schaffung von Arbeitsplätzen begrüßt. Durch unkontrolliertes Wachstum kam es zu immer größeren wirtschaftlichen und sozialen Problemen: Lebensqualität nahm ab, Wasserrationierung wurde eingeführt, man wußte nicht wohin mit dem Müll, der Bau von Wohnungen wurde 1973 gestoppt und die Vermögenssteuer wurde immer unerträglicher.

In einer Volksabstimmung sprach sich die Mehrheit der Bevölkerung 1976 gegen den Bau des KKW's aus. Trotzdem aber gewährten Bundesbehörden im Juli 76 die erste Teilgenehmigung. Als Reaktion auf diese Ereignisse bildete sich die Clamshell Alliance (wörtlich: Schellmuschel). Von Anfang an war die Clamshell eine Grassroot-Organisation mit bald 40 Regionalgruppen. Am 1. August versuchten 18 Clammitglieder, unterstützt von 600 Sympathisanten, gewaltlos den Bauplatz zu besetzen und wurden verhaftet. Schon am 22. August erschienen 180 Platzbesetzer und 1 200 Sympathisanten. Auch hier schritten Polizeikräfte ein und verhafteten alle.

Im Oktober organisierte die Clamshell eine alternative Energieausstellung und eine Kundgebung gegen Kernenergie, an der 5 000 Menschen teilnahmen.
5 000 Unterschriften waren gegen den Bau des KKW's in Seabrock gesammelt worden und wurden der PSC übergeben.
Bis zum April 77 geriet die PSC immer mehr in Schwierigkeiten: Verstärkter Druck der Bevölkerung; Probleme mit der Nuclear Regulatory Comission wegen des Kühlsystems. Im November 76 wurde ein Baustopp verfügt, weil das ins Meer zu leitende Kühlwasser, das sich um 22 Grad erhitzen würde, die Temperatur des Meerwassers im Küstengebiet erheblich erhöhen und dadurch eine ökologische Katastrophe auslösen würde. Als einzige Alternative hierzu blieben nur noch Kühltürme, die die Powercompany schon längst als unökonomisch abgelehnt hat. Bis heute hat sie schon über 100 Millionen Dollar in das KKW investiert.

Die erste Massenbesetzung für den 30. April war schon lange gründlich vorbereitet worden. Überall in New Hampshire und anderen Bundesstaaten übten sich Kerkraftgegner in gewaltfreiem zivilem Ungehorsam und bildeten Affinitygroups (selbstversorgende Einheiten). Jede A-group besteht aus 10 bis 20 Mitgliedern, die sich untereinander kennen, einen Gruppensprecher wählen und eine Person, die Außenkontakte aufrechterhält. Es war Pflicht für jeden Besetzer, in solch einer A-group zu sein. Von jedem Besetzer wurde dadurch erwartet, die folgenden Regeln – wie beschrieben im Besetzerhandbuch – zu kennen und zu befolgen:

1. Alle Besetzer müssen vorbereitende Übungen gewaltfreier Aktion mitgemacht haben, bevor sie an der Besetzung teilnehmen dürfen.
2. Keine Waffen jeglicher Art.
3. Keine Beschädigung oder Zerstörung von Eigentum der PSC.
4. Zu jeder Zeit ist es verboten zu laufen.
5. Keine Bewegungen nach Dunkelwerden.
6. Kein Durchbrechen von Polizeiketten.
7. Keine Hunde.
8. Keine Drogen oder Alkohol
9. Im Falle von Konfrontation sofort hinsetzen.

Am Samstag, dem 30. April, ging's dann los:
Die Mehrheit näherte sich dem Bauplatz von Land, aber es kamen auch Gruppen aus dem Norden und Süden über Sumpfgebiete und ca. 100 kamen mit Booten aus dem Osten (eine Gruppe wurde von Krabbenfängern an Land gebracht, nachdem ihr Boot kenterte). Nachdem die Campingausrüstung aufgestellt war, wurden die Straßen der Zeltstadt benannt. Eine erhielt den Namen Karen Silkwood (sie wurde durch einen dubiosen Autounfall getötet, nachdem sie Informationen über ein Kernkraftwerk an die Presse weitergeben wollte), eine andere wurde Ho-Shi-Ming-Weg zum Gedenken an den 2. Jahrestag der Befreiung Vietnams genannt. Eine der A-groups gab sich den Namen Soweto als Zeichen der Solidarität mit allen Unterdrückten und die gesamte Gegend in Seabrock wurde umbenannt in Freebrook. Es war eine ausgezeichnete Stimmung, und Entscheidungen wurden schnell und energisch durchgeführt. Am nächsten Morgen traf man sich, um zu entscheiden, ob man die Bauarbeiter beim Betreten des KKW's hindern sollte, oder den Bau einer Stadt beginnen sollte, um noch mehr Leute zu gewinnen. In einem Dorf in der Nähe nahmen Tausende an einer Sympathiekundgebung teil, während die Besetzer nur durch gelegentliche Aufklärungsflüge des Gouverneurs Thompson gestört wurden. Um ein Uhr kam der Gouverneur mit seinem Ultimatum: Sofortiges Verlassen des Bauplatzes oder Verhaftung. Die Besetzer packten alle ihre Sachen zusammen und setzen sich auf den Boden mit ihren A-groups. Bundespolizei und Nationalgarde traf um 15.30 Uhr ein und begann mit Verhaftungen. Die meisten Leute ließen sich widerstandslos festnehmen, andere blieben bei der Festnahme sitzen, die zunächst alle A-groups geschlossen zu verhaften suchten. Alle blieben diszipliniert bei der Verhaftung und folgten dem Aufruf, freundlich und gewaltlos mit den Polizisten umzugehen. Zuvor ließ Thompson erklären, daß er sich nicht von ein paar tausend Demonstranten erschrecken lasse und nannte die Besetzung später aber einer der bestgeplantesten kriminellen Aktivitäten und bezeichnete die Besetzer als 'Terroristen'. Es dauerte 14 Stunden, bis der Platz geräumt war. Da nicht genügend Platz für alle Festgenommenen vorhanden war, wurden sie auf verschiedenen Lagerkasernen verteilt, nachdem viele für mehr als 12 Stunden in Bussen ohne Verpflegung und Waschgelegenheit die Nacht unter fürchterlichen Bedingungen verbringen mußten.

Die Polizei versuchte später bei den Festnahmen, die A-groups auseinanderzureißen, um so leichter ihren Widerstand und Spirit zu brechen. Wegen der Anzahl der Gefangenen dauerte die Festlegung der Kaution bis zu mehreren Tagen. Für diejenigen, die aus verschiedensten Gründen schnell raus mußten, wurde gesammelt, die meisten übten sich in 'Kautionssolidarität', d.h. sie alle weigerten sich zu bezahlen, auch die, die nur kleine Kautionen zu bezahlen hatten. Die Kosten für Verpflegung betrugen 50 000 Dollar pro Tag. Der Governeur machte zwar einen Spendenaufruf zur Deckung der Kosten und richtete später eine Anfrage an staatliche Behörden, um Geld zu bekommen, hatte damit aber keinerlei Erfolg. Auf Grund der Kosten mußten alle Verhafteten nach etwa 11 Tagen freigelassen werden und warten nun auf ihren Prozeßbeginn.

Noch kurz zum Leben im Knast:
Etwas besseres für die Kernkraftgegner hätte sich Thompson gar nicht ausdenken können, als alle zusammen einzusperren und sie auch noch zu verpflegen: Durch die gute Vorbereitung in den A-groups gelang es der Polizei nicht, die Gruppen zu spalten und ein Chaos unter den Leuten zu bewirken; z.B. liessen sich die Frauen nicht von den Männern trennen und die Männer nicht von den Frauen. Wenn Spaltungen doch glückten, dann bildeten sich sofort neue A-groups. Beispiel für eine kleine aber dafür sehr wirkungsvolle Aktion war das Zusammenbinden aller Schuhe auf den Befehl hin, daß jeder verpflichtet sei, Schuhe jederzeit zu tragen, wodurch dies vereitelt wurde.

Da ihnen jeder technische Kontakt zur Außenwelt abgeschnitten wurde (Telefon), organisierte sich spontan ein sehr wirkungsvoller Zetteldienst zur Aufrechterhaltung der Verbindungen.

Es kam keine Langeweile auf, weil sich z.B. Theatergruppen bildeten, sie viel Musik machten, getanzt wurde und sich vor allem überall politische Arbeitsgruppen bildeten, die in ihren Gedanken schon längst bei neuen Aktionen waren.
Auf Vegetarier wurde insofern Rücksicht genommen, als sie keine Hamburger essen mußten.

Zur Zeit wird in allen regionalen Clamshellgruppen das weitere Vorgehen geplant und man wartet schon auf das längst überfällige Urteil der NRC über das Kühlsystem.

P.S. Kontaktadresse: Fred Darimont, 4920 Piney Branch RD N.W.; Washington D.C. 20011

SPIELEN GEGEN DIE ANGST, FÜR DIE REVOLUTION

Gespräch mit der portugiesischen Theatergruppe COMUNA DE LISBOA (2.Teil.)

FRANKFURT 17. Juni *Auf Einladung der portugiesischen Botschaft in Bonn zum portugiesischen 'Tag der Gemeinschaften' war die COMUNA – TEATRO DE PESQUISA (Experimentelles Theater), eine Gruppe von 15 Leuten, in Dortmund. Danach hat sie einen Abstecher nach Frankfurt gemacht und ist – nach einer Aufführung in Offenbach vor portugiesischen Emigranten – zweimal in der BATSCHKAPP aufgetreten. Mit dem Stück FOGO (Feuer – Uraufführung Januar 1976) und dem neuesten Stück EM MAIO (Im Mai – Uraufführung Mai 1977).*

Die COMUNA arbeitet und spielt seit fünf Jahren zusammen: sieben professionelle Schauspieler, zwei Frauen und fünf Männer. Ihr Stammhaus in Lissabon ist gleichzeitig ein Kulturzentrum, ein besetztes Haus, das inzwischen legalisiert ist. Die COMUNA ordnet sich der Bewegung der Volksmacht (PODER POPULAR) zu, d. h. sie ist überparteilich.

Da die Zuschüsse (vom Kultusministerium) zu gering sind (umgerechnet 280,-- DM/Monat/Kopf), geht die Gruppe häufig auf Tournee. Von Frankfurt aus fuhr sie auf ein Festival in Paris, dann geht's für drei Monate nach Hause, und im Herbst für einige Wochen nach Lateinamerika, in die nichtfaschistischen Staaten Kolumbien, Ecuador, Venezuela und Mexiko.

„EINE REVOLUTION IST EIN FEST"

Frage: Vor drei Jahren (nach dem 25. April 1974) hat die COMUNA an den kulturellen Dynamisierungskampagnen der MFA teilgenommen, vor allem auf dem Land. Heute, nach dem Rechtsputsch am 25. November 1975, ist die Lage anders. Was hat sich für euch verändert?

COMUNA: Eine Revolution ist ein Fest. Sie war es in dem Jahr zwischen 1974 und 1975 in Portugal. Aber sie existiert nicht mehr. Als sie begann, hat das Volk die Führung des revolutionären Prozesses in seine Hand genommen. Als Intellektueller hast du ein Fest erlebt, in dem du deine Gefühle, deine Fehler entdeckt hast. Aber anders als das Volk, das auch aufgewacht ist.
Bei uns in der Gruppe passierte folgendes: wir lernten mehr, als wir vermitteln konnten.
Für uns war dies eine totale Erfahrung. Heute, glauben wir, gibt es dieses Feuer im Volk immer noch – aber kontrolliert.
Zur Zeit der kulturellen Kampagnen zählten die Parteien nicht. Die Leute sprachen über ihre Probleme, sie waren nicht in Parteischemata eingepaßt. Es spielte keine Rolle, ob du Kommunist oder Sozialist warst. Heute, glauben wir, sind die Leute durch die diversen Linien eingebunden.
Am Anfang traten wir z. B. in Betrieben wie den großen Werften LISNAVE oder SETENAVE auf, wo die Arbeiteravantgarde war. Wir hörten ihnen zu, wenn sie über das sprachen, was 50 Jahre unterdrückt und verschwiegen worden war. Wir tauschten unsere Erfahrungen aus. Du gingst mit dem Gefühl hinaus, sie und du, wir haben voneinander gelernt. Die Erfahrungen wurden reicher.



Heute ist das Gegenteil der Fall. Die Positionen sind definiert, und man muß sie verteidigen. Du merkst auf einer Veranstaltung mit 1.000 Arbeitern sofort, welche politischen Linien die Diskussionen führen, wie eingeordnet wird. Diese Erfahrung demobilisiert die Leute sehr. Es herrscht Mißtrauen: „Was sagst du da, warum sagst du das? Die Partei sagt dies, du sagst das – warum?"
Jeder will sich vom anderen abgrenzen. Das ist für uns die schlimme Erfahrung nach dieser Revolution. Bisher gibt es keine, in der es echt pluralistisch zuging.

Frage: Was hat sich für euch im politischen Prozeß in Portugal verändert? Wie unterscheiden sich die Inhalte eurer Stücke heute von damals?

COMUNA: Es gibt in unseren Stücken eine Veränderung der Formen und der Inhalte. Wir existieren seit fünf Jahren, und wir beschreiben die Jahre so: zwei „vorher" und drei „nachher". Unser Hauptthema ist weiterhin der Faschismus. Vom ersten bis zum derzeit jüngsten Stück.
Das letzte Stück vor dem 25. April setzte sich mit dem Verhältnis zwischen Kirche und Staat auf der einen und dem Volk auf der anderen Seite auseinander. Wir schufen einen Symbolismus: Kirche und Staat saßen an einem Tisch, auf dem das Volk das Essen darstellte. Die Leute lernten an diesem Stück die bestehenden Verhältnisse: die Herrschenden, die essen – und die Gegessenen. Das Volk begann im Stück zu revoltieren; das Stück zeigte seinen täglichen Kampf, wie es immer wieder abgeschnitten und zerschlagen wird. Und das Stück endete mit einem Umschwung: das Volk im Kampf und die Herrschenden in der Defensive. Das war die Situation in Portugal. Dann kam der 25. April. Wir spielten das Stück wieder. Jetzt wurde der Tisch zur Leinwand, und die Ereignisse des

25. April passierten — im Film. Die Leute verstanden das sofort. An diesem Punkt diskutierten wir mit den Leuten, sammelten ihre Meinungen.

Das nächste Stück ging davon aus: wir sind ein unpolitisiertes Volk, lernen wir also das ABC. Wir stellten die Entwicklung der menschlichen Gesellschaften dar von der kommunitären Gesellschaft bis zum Kapitalismus. Ein didaktisch einfaches Stück, das die Darstellung von Marx wie für Kinder vermittelte. Bis zu dem Zeitpunkt, als die Hauptleute der MFA kamen und die Diktatur stürzten. Das spielten wir auch in den kulturellen Kampagnen.

Das nächste Stück war FOGO (Feuer), in dem wir das zusammenfaßten, was wir vorher von den Leuten gehört und gesammelt hatten: wie sich in ihren Familien der Einfluß von Religion, Fußball und Massenmedien auswirkt.

Mit dem 25. November 1975 kam das alte Thema des Faschismus wieder auf: die Angst.

DIE ALTE ANGST KOMMT WIEDER: EM MAIO

Portugal hatte nie Krieg erlebt. Wenn die Söhne der Familien starben, dann war das weit weg, in Afrika. Hier fühlten sie sich in Frieden. Man hörte keine Schüsse. Das hat in unserem Volk immer eine wichtige Bedeutung gehabt. Als der 25. April kam, fühlten wir die Armee und die Waffen auf unserer Seite. Als sich das Militär dann am 25. November sichtbar auf die andere Seite stellte, zog sich das Volk zurück, wartete ab. Das Gefühl der Angst begann sich auszubreiten. Das typische Schweigen des Faschismus kam wieder auf. Die Leute wollten nicht mehr sprechen.

Wir nahmen das Stück eines portugiesischen Autors, das die Angst zum Thema hat. Schließlich kamen wir zu einem Punkt, wo wir merkten, wie die Leute sagten, der Faschismus sei besser gewesen als das Heute: „Salazar, ja, der war schlimm, aber wir hatten zu essen, wir hatten dies und das."

Jetzt sind wir dabei, die Geschichte wie einen Zyklus, in der Wiederholung darzustellen. Unser jüngstes Stück — es heißt EM MAIO (Im Mai) — behandelt drei in Portugal wichtige Ereignisse, die allesamt im Mai passiert sind. Am 28. Mai 1926 fand der Militärputsch statt, die fast 50jährige Diktatur begann. (Mai 1928 Machtübernahme Salazars als „Finanzdiktator".) Der 13. Mai 1917 ist das Datum der „Erscheinung der Jungfrau von Fátima". Das war übrigens während der russischen Oktoberrevolution, und der Platz in Fatima stellt das Gegenstück zum Roten Platz in Moskau dar. Fatima wurde also als antirevolutionäres Symbol geschaffen. Und schließlich feiern die Arbeiter seit über 100 Jahren den 1. Mai als Kampftag.

Wir entdecken einen geschichtlichen Zyklus: die jetzige bürgerliche legalistische Macht wiederholt die gleichen Slogans, die gleiche Art der Massenbeeinflussung, wie sie vor 50 Jahren nach dem Militärputsch benutzt wurden. Das Stück nimmt kurz die Geschichte Portugals vor dem Faschismus auf: die letzten 100 Jahre Monarchie, ihren Sturz, 15 Jahre Erwachen im Volk mit einer starken anarchistischen Bewegung, dann der Militärputsch vom 28. Mai 1926. Ruhe und Ordnung kommen an die Macht. Fast 50 Jahre lang. Dann, am 25. April 1975, wieder eine Revolution. Und heute, 1977, erleben wir erneut eine Wiederholung. Wieder etablieren sich Ruhe und Ordnung. Das Stück beginnt im Mai 1930 — mit einer Rede von Salazar — und es endet im Mai 1977 — nach einer Rede von Soares (Ministerpräsident). Und: du wirst keinen Unterschied erkennen!

Das Publikum lacht zunächst, wenn es Salazar im Originalton reden hört: „Die Arbeiter und Bauern müssen arbeiten, und die Intellektuellen müssen regieren." Die Einteilung in Klassen, so und nicht anders, ganz einfach.

> Auszug aus der Salazar-Rede vom 1. Mai 1930:
> **„Die Arbeiter auf den Feldern, in den Kaufhäusern, Büros und Fabriken können lediglich das Recht beanspruchen, mit der Kraft ihrer Arme beizutragen zur Anstrengung für unsere Verteidigung. Die Intelligenz, die Leitenden von Tätigkeiten jeder Art haben keinerlei andere Absicht, als mit ihren Fähigkeiten zum allgemeinen Fortschritt beizutragen, daß das Maximum erreichbar wird. Es ist alles in Ordnung, und eine andere Ordnung kann es nicht geben."**

Die Rede von Soares am Ende: **„Die Arbeiter müssen arbeiten, sie müssen den Gürtel enger schnallen."** Die Kapitalisten werden jetzt 'empreendedores' — 'Unternehmende' genannt. **„Sie sollen jetzt ihr Geld und ihre Initiative beitragen, und auf diese Weise geht das Land vorwärts."**

> Auszug aus der Soares-Rede vom 1. Mai 1977:
> **„Wir richten einen Appell an den Mut und die Selbstverleugnung unserer Arbeiter, sie sollten dieses Übel korrigieren: die Lohnsteigerung darf nicht länger andauern, da sie unvermeidbar zu einem unverträglichen Konsum für unser Land führt. Wir können ein beträchtliches Entwicklungsniveau erreichen, auch diejenigen, die ärmer sind als wir. Aber dafür müssen wir mehr arbeiten und besser produzieren. Die Schwierigkeiten, die uns begegnen, machen uns alle verantwortlich. Und ich bin sicher, daß alle ihre Vaterlandsliebe beweisen wollen und zugunsten des Fortschritts und der Demokratie auf maßlose Ambitionen verzichten. Unsere Mission ist, unserem Land mit Hingabe und Opfer zu dienen, indem wir das Interesse aller über irgendwelche Sonderinteressen stellen.**

Das ist dasselbe wie damals, nur die Etiketten haben gewechselt; heute nennt man das Demokratie.

FOLTER ALS GESETZ

Die alten Stützen des Faschismus treten auf: das Heer, die Bourgeoisie und die Kirche; und sie bereiten das Volk auf den Kolonialkrieg vor. Erziehen es um. Wir führen dann die PIDE (Gestapo) und die Folterungen vor. Und wir gelangen in die Gegenwart, in der (in diesem Frühjahr) der frühere Chef der PIDE freigesprochen wird mit der Begründung, er habe den Gesetzen gehorcht. Die Folterszene wird abgeschlossen mit einer Redepassage beim Freispruch des PIDE-Chefs vor zwei Monaten. Das ist Portugal heute.

> Auszug aus dem Gerichtsprozeß beim Freispruch des ehemaligen PIDE-Chefs im März 1977:
> **„Das Bild des Folterers, das einige vermitteln wollen, deckt sich nicht mit dem Charakter des Menschen, der so viel tat, um die Institution zu verbessern. Im übrigen beruht die Existenz der PIDE juristisch auf gesetzlichen Grundlagen, und daher können Handlungen nicht wie Verbrechen bestraft werden, die innerhalb eines vollkommen gesetzmäßigen Schemas stattgefunden haben. Waren die Gesetze hart? Nein, sie wurden gemacht, damit sie erfüllt würden, und diese Institution (der Folter) hat sie nicht gebrochen. Daher kann keins ihrer Mitglieder verurteilt werden; vielmehr ist vorher zu würdigen, daß er ein so außerordentlich betontes Gefühl seiner Verantwortlichkeit gezeigt hat und solche Gesetzestreue aufgrund seiner Anlage und Bildung."**

Wir wollen also den Leuten erklären, wie das 50jährige faschistische System geschaffen, aufrechterhalten und ersetzt wurde und wie heute wieder ein ähnliches System

da ist — nicht identisch mit dem alten, du kannst es 'Sozialdemokratie in einem unterentwickelten Land' nennen. Heute macht man wieder diese großen Bankette mit dem Kardinal von Lissabon und dem Ministerpräsidenten an der Spitze. Und auch dies wird in unserem jüngsten Stück EM MAIO gezeigt. Das ist eine Szene, in der es keine Sprache gibt, in der die Bourgeoisie nicht mehr redet. Es ist egal, ob sie redet oder nicht, weil sie eigentlich nichts zu sagen hat.

Und aus den Erfahrungen, die wir mit diesem Stück — bisher wurde es erst drei Wochen lang in Lissabon gespielt — und dem Publikum machen, werden wir ein neues Stück entwickeln. Wir gewinnen daraus neues Material.

Frage: Wo, an welchen Orten spielt COMUNA, wenn sie nicht in ihrem eigenen Haus auftritt?

COMUNA: Normalerweise spielen wir in Betriebskantinen, Dorfzentren oder Landkooperativen. Dabei versuchen wir, jedes Stück jeweils am gleichen Ort zu spielen. Wir haben Dörfer, Kooperativen und Fabriken, zu denen wir regelmäßig hingehen. Dort ist unsere Arbeit tiefer, kontinuierlicher und mit mehr Kontakt verbunden.

Es gibt dabei eine Sache, vor der wir Angst haben. Wir wollen keine Führer im politischen Prozeß sein. Wir sind nicht erleuchtet, und wir sind keine Götter. Wir wollen möglichst viel lernen. Wir sind Kleinbürger, das ist uns bewußt, und wir wollen nicht zu Führern einer Klasse werden, der wir nicht angehören. Aber wir wollen nicht von den Arbeitern getrennt, sondern an ihrer Seite sein. Wir wollen niemandem eine Bibel vorführen. Das ist in unserer Gruppe Konsens. Wir wollen Sachen in Frage stellen, die Gründe diskutieren. Aber eben nicht in dem Sinn, daß wir uns als Avantgarde fühlen. Denn das sind wir nicht.

Die ersten, die Häuser besetzt, Ländereien besetzt, Fabriken besetzt haben, waren eben keine Intellektuellen, sondern das Volk, die Arbeiter und Bauern. Es war auch keine kommunistische Partei. Wir haben in Portugal gelernt, daß das Volk eine revolutionäre Kreativität hat, die die Mittel, die wir selbst kennen, überschreitet.

Frage: Besteht die Gefahr, daß euer jüngstes Stück EM MAIO verboten wird? Existiert eine Zensur?

COMUNA: Nein, nicht direkt. Du kannst in Portugal alles machen. Aber sie nehmen dir die finanziellen Mittel. Sie drehen dir den Geldhahn zu. Denn für die Bourgeoisie in Portugal ist zur Zeit das größte Übel der Hinweis auf „Mangel an Freiheit". Man darf alles machen. Aber du siehst: in Lissabon gibt es 20 Tageszeitungen, 15 davon sind rechtsextrem.

Zwar steht in der Verfassung: 'Faschistische Aktivitäten sind verboten'. Wenn man aber sagt: 'Diese Zeitung ist faschistisch', heißt es: 'Sie zu verbieten verstößt gegen die Meinungsfreiheit.' Darüber sind sie sehr stolz und sagen: 'Wir sind das Land mit der größten Pressefreiheit.' Warum gibt es also kaum linke Zeitungen? Weil sie kein Geld haben. Die ökonomisch starken Gruppen unterstützen rechte Zeitungen. Die größten Zeitungen sind unter staatlicher Kontrolle.

Bis zur Regierung Gonçalves im Herbst 1975 bekamen wir Zuschüsse von Staat. Nach dem 25. November 1975 wurden sie gestrichen. Jetzt bekommen wir vom Kultusministerium einen minimalen Zuschuss. Für 15 Leute zu wenig. Bis zum 25. November gab uns die Armee Transportmittel, um in alle Ecken des Landes fahren zu können. Heute müssen wir uns selbst finanzieren. Wollen wir in einer Landkooperative spielen, dann müssen wir uns selbst um den Transport kümmern. Die Landarbeiter können uns nichts zahlen. Wir spielen deshalb häufiger in unserem Zentrum für 80 Escudos (ca. 4,-- DM) Eintritt. Wir haben eine Tournee durch Spanien gemacht, um uns davon einen Lastwagen zu kaufen. Dadurch wollen wir uns unabhängig machen.

Werbung in den Zeitungen für uns findet nicht statt, denn die sind wie gesagt fast alle rechts. Wir werden total verschwiegen. Es gibt diesen Boykott, gegen den wir dauernd zu kämpfen haben, um spielen zu können.

GRUNICKS – DIE ENTSCHEIDENDE SCHLACHT

LONDON 25.Juni

Seit August 1976 streiken 90 Arbeiter/innen bei Grunicks, einem Filmentwicklungsdienst im Norden von London (Dollis Hill). Sie wollen eine gewerkschaftliche Vertretung im Betrieb haben. Die Mehrzahl der Streikenden sind Immigranten, Frauen aus Indien. Im Moment arbeiten in der Fabrik fast ausschließlich Streikbrecher, die eine 25%ige Erhöhung gekriegt haben,seit letzten August. Der Boss von Grunicks, George Ward, kann sich solche Löhne leisten, weil hinter ihm eine Vereinigung reicher Konservativer steht, sie seine Freiheit schützen will. Sollte er sich durchsetzen, wird dies einen wichtigen Sieg für die Bosse über alle militanten Gewerkschaftler bedeuten.

Deshalb sind Tausende von Bergarbeitern und Metallarbeitern bereit, sich mit dem Kampf zu solidarisieren. 500 Streikposten standen letzte Woche vor den Toren. Die Polizei zeigte ihr wahres Gesicht und machte einen brutalen Angriff nach dem anderen gegen die Streikposten. Mehr als 100 sind festgenommen worden — unter ihnen ein ehemaliger Polizist! Diese Woche schon sind Tausende aus ganz Großbritannien vor Grunicks Toren — Bergarbeiter aus Yorkshire, Metallarbeiter aus Birmingham und aus ganz London.

Am Wochenende wollte die rechte Sonntagszeitung ‚Sunday Telegraph' eine Aufforderung an ihre Leser drucken, worin sie aufgefordert werden sollten, ihre Filme an Grunicks zu schicken. Die Drucker weigerten sich, diesen Artikel zu drucken, der Verleger weigerte sich, die Artikel zurückzunehmen. Ergebnis: die ganze Zeitung ist nicht erschienen.

Arbeiter bei der Post weigern sich, die Post für Grunicks zu sortieren, obwohl sie unter Umständen dafür in den Knast wandern können. Sie haben wiederholt gesagt: „Lieber im Knast, als den Streik brechen."

Grunicks ist zum Testfall für die gegenwärtige Klassenauseinandersetzung in Großbritannien geworden."

(aus: Socialist Worker vom 25.6.77)

WINDSCALE–ANHÖRUNG FÄNGT AN

WINDSCALE/LONDON 14. Juni

Am 14. Juni hat das kontroverse Anhörungsverfahren wegen dem geplanten Ausbau der Windscale-Wiederaufbereitungsanlage (WAA) angefangen. Windscale soll, wenn der "British Nuclear Fuels Limited" (BNFL) sich durchsetzen kann, ein nuklearer Eimer für Grossbritannien und die ganze Welt werden. Die Zukunft der "Plutonium Economy" häng t von dieser Anhörung ab, weil ohne Wiederaufbereitung die "Plutonium Economy" so gut wie tot ist.

Obwohl BNLF, eine von zwei in der Welt funktionirenden Wiederaufbereitungsanlagen, schon operierten, ist diese Anlage den Anforderungen der jetzigen "Plutonium Economy"

nicht gewachsen. Die Anlage ist gebaut worden, um Magnox (Uran, umhüllt mit Magnesium Oxyd)-Brennstoff wiederaufzubereiten – und kaum ein AKW in der Welt verbrennt noch Magnox. BNLF hat eine Genehmigung, um diese Magnox-Anlage umzubauen, aber es ist für sie geschäftlich uninteressant.BNFL will eine WAA für Uranoxyd bauen. Mit so einer Anlage kann Grossbritannien die Wiederaufbereitungsprobleme der BRD, Japan, Kanada etc. auf sich nehmen, um die leeren Staatskassen mit harten Devisen aufzustocken.

DIE PROBLEME: Die Wiederaufbereitung von Uranoxyd ist wesentlich schwieriger als Magnox – was BNFL aus eigener Erfahrung weiß! 1973 verursachte eine unerwartete chemische Reaktion in ihrer ersten WAA für Uranoxyd ein radioaktives Leck, das 35 Arbeiter schwer verseuchte. Seit damals ist diese WAA "ausser Betrieb". Trotz solcher Erfahrungen glaubt BNFL, daß der Ausbau der WAA sich lohnt, weil jedermann einen Mülleimer braucht.
BNFL's Zuversicht aber wird nicht von allen geteilt. 6 Jahre nach der Inbetriebnahme ihrer WAA in West Valley, New York, mußte "Nuclear Fuel Services Inc."(NFSI) es wieder dicht machen. Der entscheidenste Grund waren Verluste von 7,5 Millionen Dollar! Außerdem mußten ihre Arbeiter eine unzulässig hohe Dosis Radioaktivität als Abschiedsgeschenk mit nach Hause nehmen.

"Allied General Nuclear Services"(AGNS) – ein Konsortium von Gulf Oil, Allied Chemical and Royal Dutch Shell – hofft jetzt, diese Marktlücke in den USA füllen zu können. Aber mindestens 2 Milliarden Mark müssen jetzt zusätzlich investiert werden, wenn sie im Geschäft bleiben wollen – damit hatten die 3 Multis nicht gerechnet. Aber auf jeden Fall bedeutet AGNS eine Konkurrenz für Windscale, was, rein ökonomisch gesehen, die Investition von 1,6 Milliarden sehr fraglich macht.

WINDSCALE,ARBEIT UND KREBS – VIER SICHERHEITSRISIKEN

1. In 10 Jahren werden wir mit Sicherheit wissen, ob das Arbeiten bei Windscale krebsfördernd ist (nach 10 Jahren erst gibt es zuverlässige statistische Informationen!) – bis dahin müssen wir es nur annehmen! Die häufigen Unfälle bei Windscale zeigen deutlich die Gefährdung solcher Arbeitsplätze.
2. Untersuchungen vom Ernährungsministerium haben gezeigt, daß durch die routinemäßige Emission von radioaktivem Müll, Gas etc. die Konzentration in der Irischen See 83% des maximal Zulässigen schon erreicht hat. Ausserdem hat sich die Konzentration von Caesium in Fischen, die bei Windscale gefangen worden sind,zwischen 1973 und 1975 verzehnfacht! Dazu wird es langsam klar, daß die „zulässige Höhe" der Radioaktivität für die Irische See völlig falsch berechnet ist. Die Auflösungskapazität der Irischen See ist nämlich viel niedriger, als zuerst angenommen.
3. BNFL hat keine adäquaten Methoden, den hochradioaktiven Müll zu beseitigen. Sie meinen jetzt, daß es möglich sein soll, diesen Müll in eine Art Glas zu verwandeln – ein Verfahren, das seit den 50er Jahren nicht weiter entwickelt worden ist,und es ist niemals außerhalb eines Labors ausprobiert (Gott sei Dank!). Ob dieses Verfahren den Anforderungen Tausender von Tonnen radioaktiven Mülls gerecht wird, weiß kein Mensch. Wir können es nur ahnen!
4. Wer möchte uns garantieren, daß auf dem Gelände eines erweiterten Windscale ein neuer „unerwarteter" Unfall nicht passieren kann wie in der Vergangenheit? Der 73er Unfall ist bekannt (siehe oben), aber wir sollten uns auch mal an das Reaktorfeuer von '57 erinnern, das starke Verseuchung der unmittelbaren Umgebung zur Folge hatte. Damals mußte das Landwirtschaftsministerium die Zerstörung Tausender von Litern radioaktiver Milch veranlassen. Angaben über weitere Schäden haben sie nicht gemacht.

ARBEITSPLÄTZE – ZU WELCHEM PREIS?

Die Oxydaufbereitungsanlage in Windscale wird schätzungsweise 350 Millionen Pfund kosten. Es werden etwa 1000 feste Arbeitsplätze dadurch geschaffen. Jede Stelle wird etwa 350.000 Pfund kosten. Laut ‚Socialist Environment and Resources Association' sind das die teuersten Arbeitsplätze im ganzen Lande. Ein typischer Arbeitsplatz in einer fortgeschrittenen automatisierten benzin-/chemischen Industrie kostet etwa 100.000 Pfund, in Massenfabrikationsindustrien 20.000 Pfund und in vielen arbeitsintensiven Produktions- und Dienstleistungsstellen etwa 6000 Pfund.

Sorgfältige Vergleiche der Beschäftigungs- und Energiefolgen für Kern-, Sonnen- und Kohletechnologien sind in den USA durchgeführt worden und zeigen, daß pro Energieeinheit ein Sonnenergie-Programm ungefähr 2,5 mehr Arbeitsplätze mit sich bringen würde als ein Kernkraftprogramm.

WEITERGABE

Russel Fox (Vorsitzender der australischen Untersuchung der Folgen des Uranbergbaus) meinte, die Atomindustrie trägt – unabsichtlich – zum Risiko eines Atomkrieges bei. Das ist die Befrüchtung der Kernkraftgegner-Lobby bezüglich des zunehmenden weltweiten Plutoniumhandels und des Verkaufs der Wiederaufbereitungsanlagen, die das Plutonium produzieren. Genauer: der Einwand gegen den „British Nuclear Fuels Limited'-Vertrag für die Wiederaufbereitung von 4000 Tonnen japanischen Atomabfall ist, daß man daraus 40 Tonnen Plutonium produzieren wird – genug für 4000 Bomben. Und diese 40 Tonnen Plutonium werden an ein Land zurückgeliefert, das den Vertrag zur Nicht-Weitergabe von Kernwaffen (nuclear non-proliferation treaty) nicht unterschrieben hat.

Dazu sagt ‚British Nuclear Fuels Limited':
a) wenn wir die Wiederaufbereitung nicht machen, dann tut es jemand anders und das Geld könnten wir genauso gebrauchen.
b) Wenn Wiederaufbereitung nötig ist (sie meinen, es ist nötig), dann ist es gu t, wenn es im politisch stabilen Großbritannien gemacht wird.

Die Frage bleibt unbeantwortet, ob Großbritannien (wenn es überhaupt eine ist) eine Demokratie bleibt infolge der Repressionsmaßnahmen, die notwendig sind, die Welt für Plutonium sicher genug zu machen.

Im Jahre 2005 wird es sicherlich noch einfacher sein, ein paar Pfund Plutonium zu besorgen, um eine eigene Bombe zu Hause zu basteln.

BÜRGERLICHE FREIHEITEN

Die Vorsichtsmaßnahmen, die Regierungen unternehmen werden, eine solche Bedrohung zu verhindern, werden weitgehende Beschneidungen unserer bürgerlichen Freiheiten bedeuten (d.h. die, die noch übrigbleiben nach solchen Gesetzen wie dem Antiterrorismusgesetz).

Laut einem Bericht des königlichern Gremiums für Umweltverschmutzung ist eine zunehmende Verheimlichung der Beobachtung und Kontrolle der Menschen zu befürchten. Im Falle einer Plutonium-Diebstahls z.B. werden umfangreiche Fahndungsaktionen notwendig sein, wo allgemeine Durchsuchungsbefehle (die zur Zeit illegal sind) Einschränkungen der Bewegungs- und Versammlungsfreiheiten usw. nötig sein werden.

(aus: Undercurrents Nr. 22)

ONZE BUREN RECHTS – UNSRE NACHBARN RECHTS

Amsterdam
Juni 1977

'Onze buren rechts' heißt eine Zeitung, die in einer Auflage von momentan 1000 Stück gerade zum 2. Mal in Holland erschienen ist. Mit dieser Zeitung soll das Zustandekommen eines Russell-Tribunals über die Repression in der BRD unterstützt werden. Die Leute, die daran arbeiten, beschäftigen sich schon lange mit der politischen Situation in der BRD (indem sie entweder diverse politische Kontakte zu Deutschen hatten und haben, durch den Armeeaufenthalt oder dadurch, daß sie nahe der deutschen Grenze aufgewachsen sind bzw. für ein Jahr in der BRD gelebt haben oder durch die Zusammenarbeit mit dem internationalen Verteidigerkommitee).
Nachdem zunächst Uneinigkeit über die Art der Unterstützung des Russell-Tribunals herrschte, beschlossen die jetzigen Mitarbeiter, einfach eine Zeitung herauszugeben. Schwerpunktmäßig soll in jeder Nummer eines der Gebiete behandelt werden, die ursprünglich für das Tribunals vorgesehen waren. 'Onze buren rechts' will aber auch die Entwicklung der Diskussion über ein Russell-Tribunal in der BRD darstellen (die Uneinigkeit der verschiedenen Gruppen/Initiativen). Die holländischen Genossen/innen vertreten hierbei den Standpunkt, daß ein Russell-Tribunal über alle Arten von Repression in der BRD berichten muß (auch Ausschlüsse in den Gewerkschaften). Darin unterscheiden sie sich von verschiedenen holländischen linken Parteien, die am liebsten nur über Berufsverbote in der BRD berichten. Da ebenfalls in der holländischen Presse nicht über alle Arten der Repression in der BRD berichtet wird, will 'onze buren rechts' diese Nachrichtenlücke versuchen zu stopfen. Mit dieser Zeitung soll jedoch auch das Ziel verfolgt werden, die analoge politische Entwicklung in Holland aufzuzeigen. So sollen die holländischen Gesetze an die europäische Konvention angepaßt werden:

Die europäische Konvention wurde 1976 von dem holländischen Außenminister van der Stoel unterzeichnet. So soll in Holland ein neues Waffen- und Durchsuchungsgesetz verabschiedet werden, daß vorsieht, Hausdurchsuchungen oder Durchsuchungen von Autos auch ohne richterlichen Befehl zu ermöglichen, wenn der Verdacht auf illegalem Waffenbesitz besteht. Bisher dürfen Autos nur nach technischen Mängeln hin untersucht werden –nicht Kofferraum oder Handschuhfach–. Außerdem werden Überlegungen über die Einführung eines § ähnlich dem § 129 angestellt.

Zum Zweiten soll der Widerstand gegen Kernkraftwerke in Holland vorangetrieben werden. Im Moment wird von der holländischen Regierung eine Kampagne durchgeführt, in der die Bevölkerung sagen darf, was sie von den KKW's hält. Es gibt schon zwei (in Borsele und in Dodewaard bei Arnheim) und angeblich sind noch drei weitere notwendig, für die 6 oder 7 mögliche Standpunkte zur Verfügung stehen. Die Anti-KKW-Bewegung ist in Holland noch sehr gering. Sie ist bisher noch in der Hand von linken Parteien, was auch die Form bestimmt: Hearings und Plakate, aber keine offensiven Aktionen (z.B. Demos, Haus-zu-Haus-Propaganda). 'Onze buren rechts' will deshalb auf die Formen der Anti-KKW-Bewegung in der BRD hinweisen, um so evtl. die Bewegung in Holland stärken zu können.
Inhaltlich wird die Zeitung so gestaltet, daß es für jede Nummer ein Hauptthema und drei feste Themen gibt. Als kontinuierliche Themengebiete sind das: die Chronologie 'das deutsche Repressionswunder', in der z.B. über Todesschüsse, Entwicklung des Radikalenerlasses und RAF-Verfolgung seit 1945 berichtet wird. Weiter wird über die Anti-KKW-Bewegung berichtet und über die Entwicklung und politische Diskussion eines Russell-Tribunals.
In der 2. Nummer ist ein Interview mit Otto Schily abgedruckt, das von einer anderen holländischen Zeitung –Haagse Post'– nicht abgedruckt wurde, weil der Journalist Niko Haasbroek



Collage aus der holländischen Zeitung ,Onze buren rechts', die sich gegen Repression in der BRD wendet.

Nummer des Abonnements | bezahlt bis ID—Nummer | Exemplare

Bei Nichtaushändigung an den Gefangenen bitte mit dem Grund der Nichtaushändigung an Absender zurückschicken.

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt
D 1870 CX
Informations Dienst
Postfach 90 03 43 6 Ffm 90

3

Achtung, liebe Abonennten!
Wenn auf dem Adressaufkleber das Zeichen !? ! auftaucht, bitte baldigst Geld auf das ID—Konto überweisen—sonst meinen wir, ihr wollt keinen ID mehr
UND STELLEN DIE LIEFERUNG EIN !? !

Posteinlieferung des letzten ID: *Freitag* Nr. 184

angeblich schon zuviel über die RAF geschrieben hätte (von 18 Artikeln innerhalb 2 Jahre jedoch nur 3). Als Schwerpunktthema gilt : Berufsverbote und Ausschluß in den Gewerkschaften sowie Entwicklung des Werkschutzes in der BRD (80% sind Gewerkschaftsmitglieder!).
Für die nächste Nummer, die Ende September erscheinen soll, ist als Schwerpunktthema 'Repression und Widerstand im Knast' vorgesehen. Die Nummer 4 soll über Zensur (§88a), Alternativpresse und Straßenmusik berichten. Für beide kommende Nummern wird noch Material gesucht (wie überhaupt über alle Repressionsmaßnahmen in der BRD Informationsmaterial erwünscht ist). Hierzu gibt es eine Kontaktadresse:

'Onze buren rechts'
Postbus 15008
Amsterdam, Tel. 003120/865840

Wer die Zeitung abonnieren will, kann dies natürlich tun. Acht Nummern kosten 22,50DM und sind zu überweisen auf:

Postscheckkonto 2105248
'Deutschland—Bulletin'
Amsterdam

allerletzte meldung - allerletzte meldung - allerletzte

Spontis weiter stärkste Fraktion

Frankfurt 30. Juni **Bei den Wahlen zum Frankfurter Studentenparlament blieben die Spontis, vertreten durch die SHI, stärkste Fraktion. Sie erhielten sieben Sitze, zwei weniger als im Vorjahr: das Ergebnis: SHI 7 Sitze/27,8 Prozent, RCDS 3/13,9, Jusos 3/13,1, LHV (Liberale) 2/10,8, UF (Unabhängige) 3/13,7, KSB -/2,6, AdA -/0,5, GOL (Gewerkschaftsorientierte Liste) 2/10,0, LiLi (linke Liste - Koalition SB, KB, Irlandkomitee) 2/7,4.**

